Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Geschäftsbericht 2014/15

Sichere Dokumente
Sichere Identität

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Geschäftsbericht 2014/15

Österreichische Staatsdruckerei

Inhalt

Die wichtigsten Konzernkennzahlen im Überblick 7
Das Unternehmen 9

Vorwort des Vorstandes 11

Konzern-Lagebericht 2015 15

1. Geschäftsverlauf, Geschäftsergebnis und Lage des Konzerns 15
1.1. Geschäft und Rahmenbedingungen sowie nicht finanzielle Leistungsindikatoren 15
1.2. Geschäftsergebnis, Ertragslage 17
1.3. Finanzlage 17
1.4. Vermögenslage 18
1.5. Mitarbeiter 19
1.6. Forschung und Entwicklung (Forschungsbericht) 20
1.7. Umwelt 21
1.8. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 21
2. Voraussichtliche Entwicklung 21
3. Risikoberichterstattung 22
3.1. Wesentliche Risken und Ungewissheiten, denen der Konzern ausgesetzt ist 22
Absatz- und Umsatzrisiko 22
Operational-Risiko 22
Forschung und Entwicklung 22
Beschaffungsrisiko 22
Liquiditätsrisiko 23
Preisrisiko 23
3.2. Risiken im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten 20
4. Angaben gemäß § 243a UGB 24

Corporate Governance Bericht 2015 29

IFRS-Konzernabschluss 33

A Grundlagen und Bilanzierungsmethoden 41

B Erläuterungen zur Konzern Bilanz und zur Konzern Gesamtergebnisrechnung 67

C Sonstige Angaben zum Konzernabschluss 93

Bestätigungsvermerk 106

Bericht des Aufsichtsrates 109

Vorschlag für die Gewinnverteilung 110

Erklärung aller gesetzlichen Vertreter gemäß § 82 Abs. 4 Z3 BörseG 111

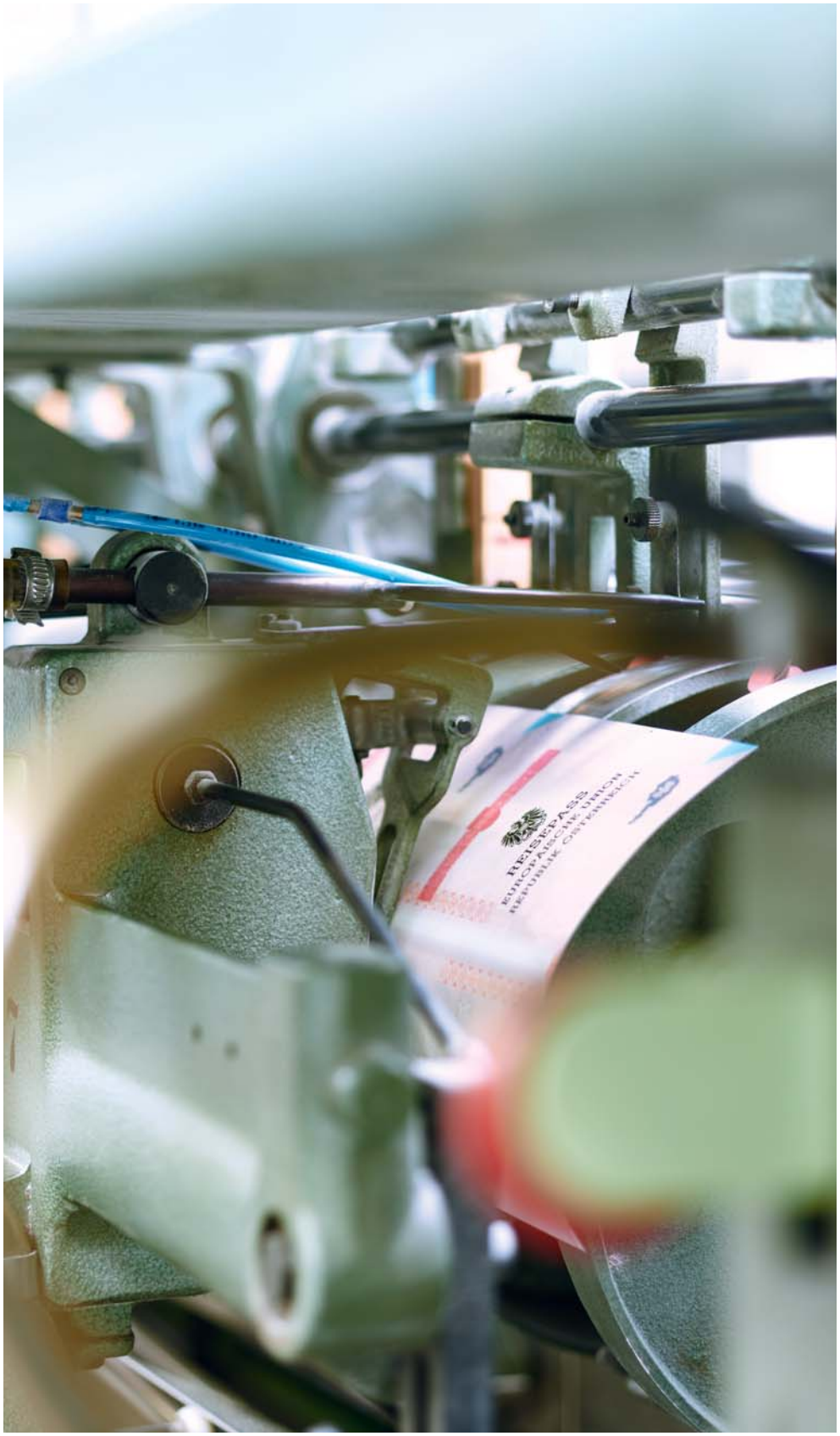
OSD

Die wichtigsten Konzernkennzahlen im Überblick:

		2014/15	2013/14
Umsatzerlöse	TEUR	35.869	34.272
Exportanteil	%	16,0%	14,2%
EBITDA	TEUR	7.407	6.604
Betriebsergebnis (EBIT)	TEUR	5.575	4.903
Ergebnis vor Steuern (EBT)	TEUR	5.072	4.371
Jahresüberschuss	TEUR	4.156	3.484
Kapitalstruktur			
Eigenkapital	TEUR	18.560	18.475
Eigenkapitalquote	%	34,9%	35,4%
Fremdkapital	TEUR	34.611	33.706
Fremdkapitalquote	%	65,1%	64,6%
Personalstand im Durchschnitt		134	143
Anzahl der ausgegebenen Aktien	Stück	7.500.000	7.500.000
davon Eigene Aktien (Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung und Rückkauf)	Stück	592.500	480.000
Angaben pro Aktie			
Ultimokurs	EUR	15,00	11,80
Jahresgewinn	EUR	0,60	0,49
Dividende	EUR	0,45[1]	0,35

[1] Vorschlag für die Gewinnverwendung an die Hauptversammlung

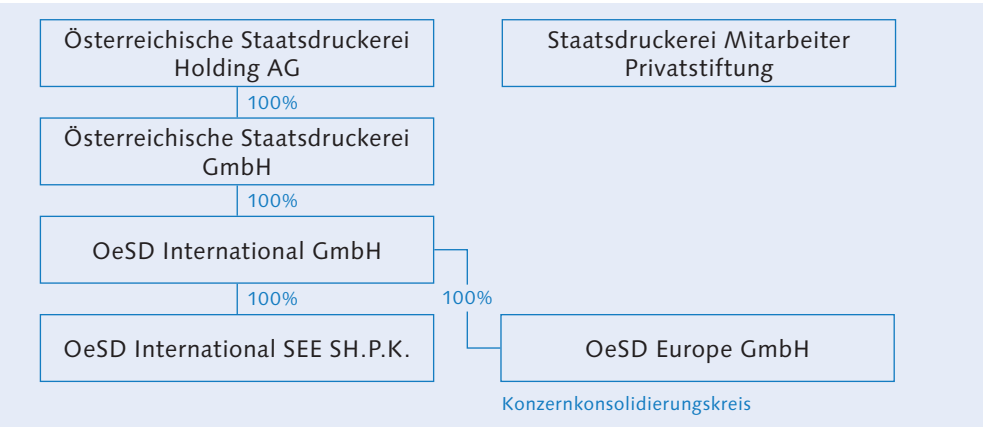
Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wurde auf eine geschlechtsspezifische Differenzierung wie z.B. Teilnehmer/Innen, verzichtet. Entprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung für beide Geschlechter.


REISEPASS
EUROPÄISCHE UNION
REPUBLIK ÖSTERREICH

Das Unternehmen

Die Österreichische Staatsdruckerei (OeSD) verfügt über mehr als 200 Jahre Erfahrung auf den Gebieten Identitätsmanagement und Sicherheitsdruck. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG und ihre Konzernunternehmen (OeSD Gruppe) sind Anbieter von gesamtheitlichen Identitätsmanagementlösungen. Wir entwickeln und produzieren Hochsicherheitsidentitätsdokumente, wie z.B. den Reisepass mit Chip und biometrischen Sicherheitsmerkmalen, den Scheckkartenführerschein, den Personalausweis, den biometrischen Aufenthaltstitel mit Chip und den Scheckkartenzulassungsschein. Die Geschäftstätigkeit der OeSD Gruppe umfasst die Beratung für die Entwicklung, Implementierung und Verwaltung von Identitätsmanagementsystemen einschließlich Daten- und IT-Sicherheit und Biometrie und die Personalisierung von ID Dokumenten sowie die damit zusammenhängende Logistik. Ein weiteres Geschäftsfeld ist die Produktion von fälschungssicheren Blankosicherheitsdokumenten und anderen Hochsicherheitsdruckprodukten. Neben zahlreichen internationalen Preisen ist die OeSD als „High Security Printer" zertifiziert. Die OeSD Gruppe beliefert und betreut Kunden in mehr als 60 Staaten auf fünf Kontinenten.

Konzern Organigramm



Organe der Gesellschaft

Der Aufsichtsrat

Dr. Johannes Strohmayer
Vorsitzender

Dr. Wilfried Stadler
Stellvertreter des Vorsitzenden

Mag. Wilhelm Hemetsberger
Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. Peter Hoffmann-Ostenhof (seit 10.07.2014)

Alfred Hahn

Robert Nebel (bis 31.03.2015)

Martin Smit (seit 01.04.2015)

Der Vorstand

Ing. Robert Schächter
Vorsitzender

Prof. Reinhart Gausterer
Vorstandsmitglied

Mag. Helmut Lackner
Vorstandsmitglied

Prof. Reinhart Gausterer, Ing. Robert Schächter, Mag. Helmut Lackner

Vorwort des Vorstandes der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Sehr geehrte Damen und Herren!
Verehrte Aktionärinnen und Aktionäre!

Wir können auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2014/15 zurückblicken, in dem es uns gelungen ist sowohl den Umsatz als auch das Ergebnis zu steigern. Wir sehen dies als Bestätigung unserer langjährigen Strategie, die die Entwicklung unseres Unternehmens als Dienstleister und Vorreiter im Bereich Hochsicherheitstechnologie zum Ziel hat. Insbesondere im Geschäftsfeld „sichere Identität" ist es uns gelungen, national und international eine starke Stellung in den Märkten zu besetzen. Damit haben wir nicht nur die Basis für den künftigen Geschäftserfolg unseres Unternehmens gelegt, sondern profitieren auch nachhaltig davon.

200 Jahre Identität und Sicherheit „Made in Austria"

Als international anerkannter Impulsgeber im Bereich sichere Identität entwickeln und liefern wir Dienstleistungen für die sichere Identifikation sowohl in der analogen als auch in der digitalen Welt. Dabei blickt unser Unternehmen auf eine spannende und wechselvolle Erfolgsgeschichte zurück. 200-jährige Erfahrung und Innovation gepaart mit der Schlagkraft eines effizient geführten Unternehmens machen die OeSD zu einem verlässlichen Partner, den jeder Staat für die Produktion von hochsicheren ID-Dokumenten braucht. Eine zeitgemäße strategische Ausrichtung des Unternehmens hin zum Hochsicherheitsdienstleister legte den Grundstein für diese Entwicklung. Heute realisiert die OeSD jene Sicherheitsstandards für den Umgang mit personalisierten Dokumenten, die eine zweifelsfreie Identitätsfeststellung und Feststellung der Echtheit eines Dokumentes garantieren.

Innovationsmanagement

Unsere Unternehmenswerte sind Sicherheit, Innovation und Internationalität, denn wir erfüllen weltweit führende Standards im Bereich Datensicherheit, sind Innovationsführer im Bereich Datenverarbeitungstechnologien und agieren seit Jahren international. Die Kundenbedürfnisse und damit auch die Anforderungen an unsere Produkte und Dienstleistungen verändern sich kontinuierlich. Ein wesentlicher Innovationsschwerpunkt der OeSD liegt dabei auf der digitalen Identität. Hier arbeiten wir an technischen Konzepten und User-orientierten Umsetzungen von digitalen Ausweisen auf Smartphones.

OeSD MitarbeiterInnen als wichtigstes Kapital

Um das Innovationstempo zu halten und in Zukunft noch weiter zu wachsen, setzen wir auf eine kontinuierliche Qualifikation unserer MitarbeiterInnen. Arbeitsplätze zu sichern, sie attraktiv zu gestalten, die Vielfalt der Belegschaft zu fördern, sind zentrale Anliegen der OeSD. Denn jeder einzelne Mitarbeiter/-in trägt zum Erfolg unseres Unternehmens bei. Im Rahmen der „Staatsdruckerei Mitarbeiter Stiftung" sind unsere MitarbeiterInnen seit März 2012 am Unternehmenserfolg beteiligt.

Investitionen in Forschung und Entwicklung

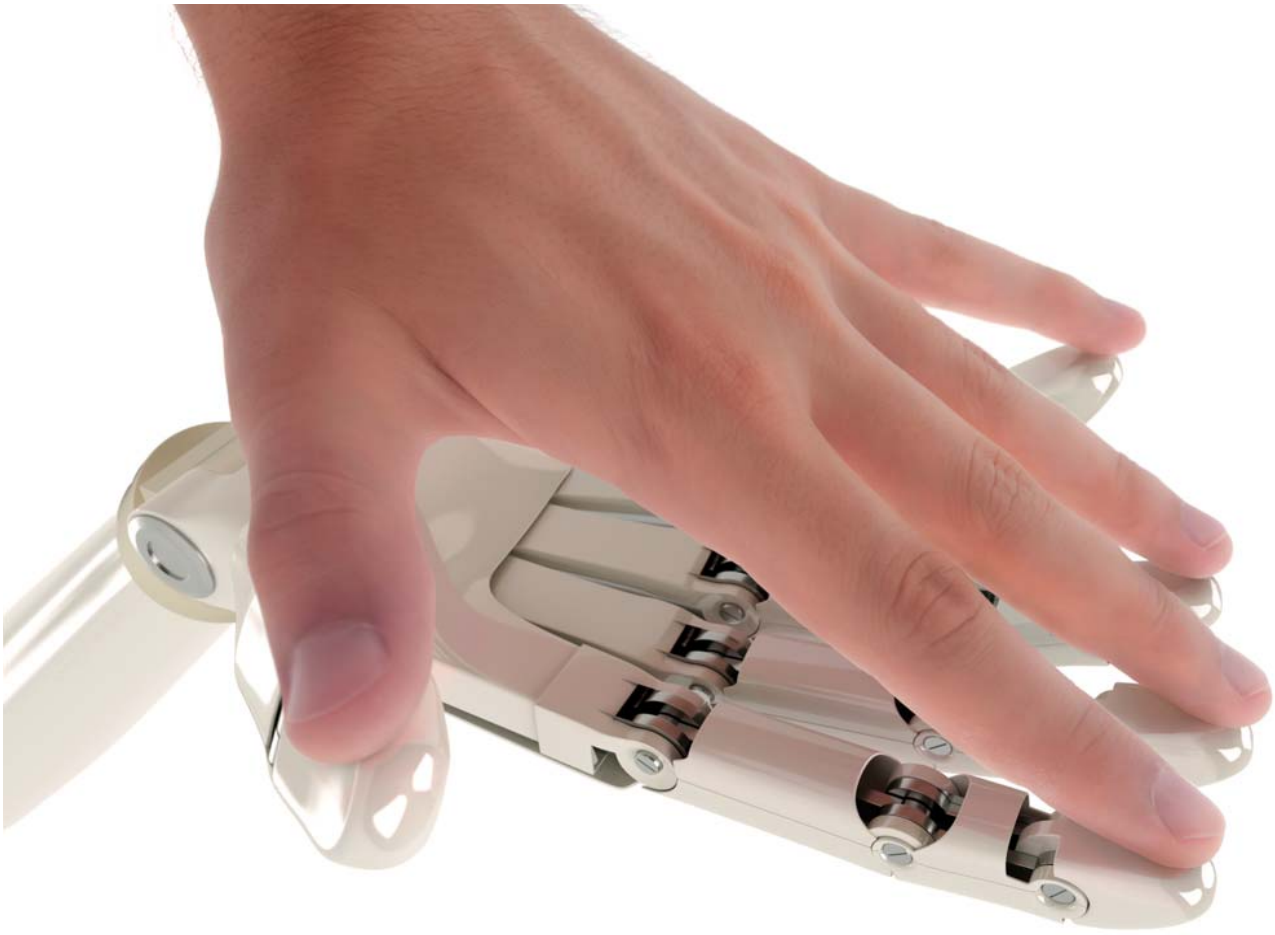
Gemeinsam mit unseren Partnern treiben wir die Entwicklungen innovativer Lösungen und Produkte voran, investieren in Forschung und Wissenschaft und setzten internationale Projekte um. Unser Unternehmen arbeitet seit vielen Jahren an Lösungen, die einen Beitrag zur persönlichen Sicherheit liefern und sieht sich als Think-Tank im Bereich des digitalen Identitätsmanagements.

Investitionen zur Standortsicherung

Parallel zur Forschung und Entwicklung investieren wir laufend in unseren Standort in 1230 Wien, um eine moderne State-of-the-Art-Produktion sicherzustellen. Für das Geschäftsjahr 2014/15 sind erhebliche Investitionen in neue Druckmaschinen vorgesehen.

Touch the Future – Sicherheit und Identität in der digitalen Welt

Sichere Identitäten sind ein Kennzeichen für die Stabilität einer Gesellschaft. Der Schutz von Identitäten wird vor allem in unserem digitalisierten Zeitalter immer wichtiger. Täglich werden rund eine Million Bürger weltweit Opfer von Internetkriminalität. Pro Jahr entstehen dadurch Kosten in Höhe von 290 Milliarden Euro – Tendenz steigend. Die OeSD beschäftigt sich schon heute mit der Entwicklung einer langfristigen Strategie für ein modernes und sicheres Identitätsmanagement. Die Entwicklung von Lösungs-Know-how in Zusammenarbeit mit Partnern und der Aus-



bau von Sicherheitstechnologien sind dabei entscheidend. Das Ziel ist die Positionierung der OeSD als kompetenten Partner für sichere Identität für Regierungen und Wirtschaft. Konkret denken wir seit einigen Jahren mit verschiedenen Partnern wie mit Ministerien und Behörden in einer eigenen „OeSD Academy" über die Zukunft der sicheren digitalen Identität nach. Um die Sicherheitsstandards weiterhin aufzubauen ist die OeSD im Berichtsjahr 2013/14 der FIDO Alliance beigetreten – einer Allianz aller namhaften weltweit tätigen IT-Unternehmen mit dem Ziel neue Sicherheitsstandards zu setzen.

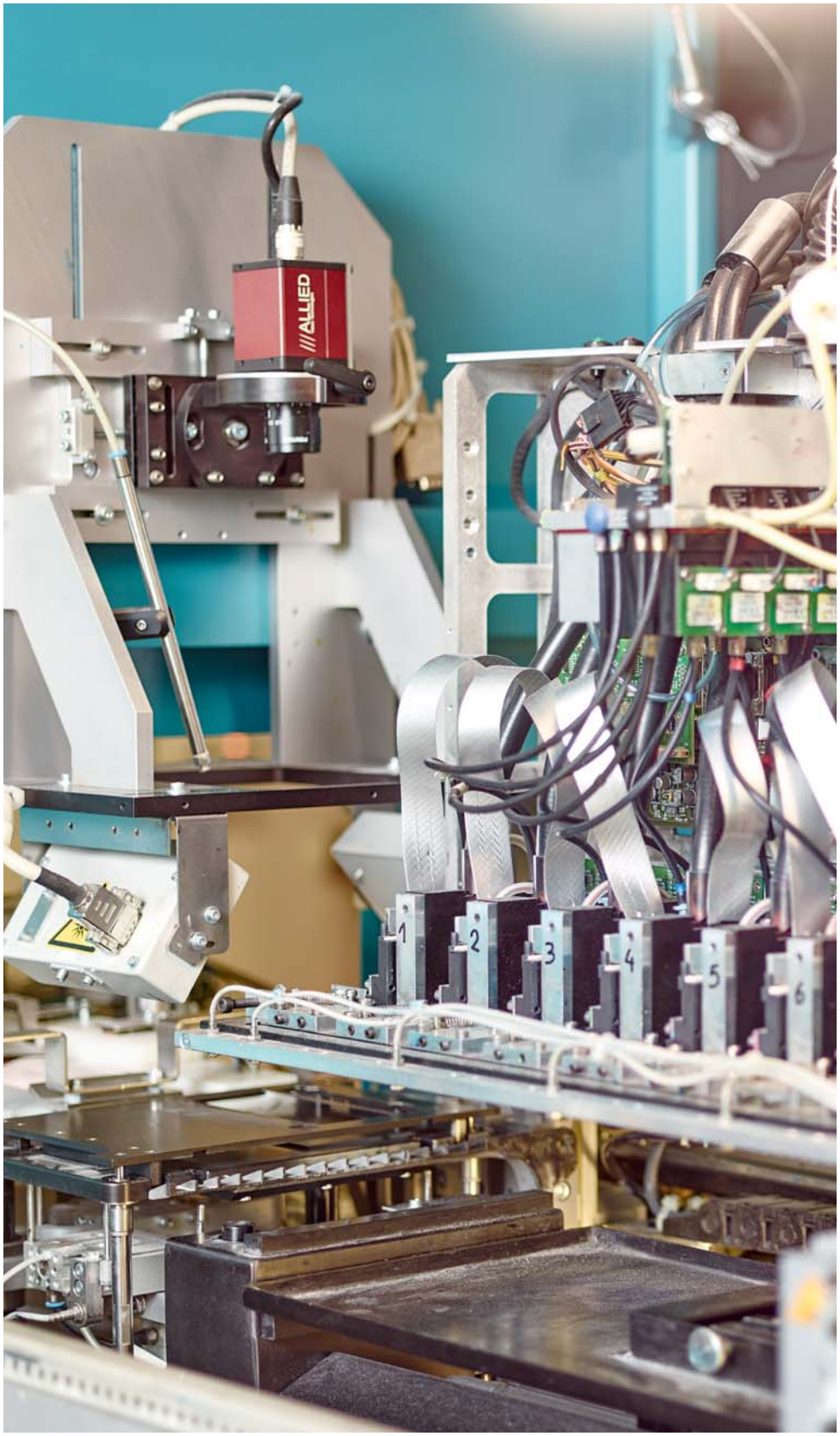
Zielgerichtete Vorbereitung auf 2015/16

Stabilität und Werterhaltung sind auch weiterhin wesentliche Ziele. Wir wollen darüber hinaus unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken. 2015/16 werden wir alles daran setzen, um nationale und internationale Kunden weiterhin von unserer Dienstleistungsqualität zu überzeugen und so unsere Strategie gezielt fortzusetzen. Der verlässliche Schutz der persönlichen Identität in der digitalen Welt wird immer wichtiger. Der Markt für „sichere Identität" wird in den kommenden Jahren weiter rasant wachsen. Mit unserem zukunftsfähigen Portfolio und einer hoch motivierten Belegschaft sind wir gut aufgestellt, um die sich bietenden Chancen weltweit zu nutzen. Ganz besonderer Dank gilt unseren Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern, die mit ihrem Engagement und ihrer Expertise den Unternehmenserfolg nachhaltig möglich machen.

Wir laden Sie herzlich ein, sich selbst zu überzeugen: Machen Sie sich mit dem vorliegenden Geschäftsbericht ein Bild von unserem Unternehmen, unseren Arbeitsschwerpunkten und unserem Geschäftserfolg 2014/15.

Wien, 26. Mai 2015

Ing. Robert Schächter
Vorstandsvorsitzender


ALLIED
1
2
3
4
5
6

Konzern-Lagebericht 2015

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

1. Geschäftsverlauf, Geschäftsergebnis und Lage des Konzerns

1.1. Geschäft und Rahmenbedingungen sowie nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Das Geschäftsjahr 2015 betrifft den Zeitraum 1. April 2014 bis 31. März 2015. Sämtliche in diesem Lagebericht dargestellten Jahresabschlusszahlen basieren auf IFRS-Werten.

Alle Angaben erfolgen in TEUR. Nachdem bei der gerundeten Darstellung in der internen Rechnungsgenauigkeit auch die nicht dargestellten Ziffern berücksichtigt werden, können Rundungsdifferenzen auftreten.

Der Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG umfasst neben der Gesellschaft selbst, die Österreichische Staatsdruckerei GmbH, die OeSD International GmbH, die OeSD International SEE SH.P.K. (Kosovo), die OeSD Europe GmbH und die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung.

Seit 11. November 2011 notieren die 7.500.000 auf Inhaber lautende Aktien der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG an der Wiener Börse. Die Notiz erfolgt im Handelssegment ‚Standard Market Auction'. Kernaktionäre der Gesellschaft sind mit einem Anteil von jeweils rd. 45,7% die GRT Privatstiftung, die G3 Industrie Privatstiftung sowie mit einer Beteiligung von 4,9% die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung. Bei den von der Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung gehaltenen Aktien handelt es sich aus Sicht des Konzerns um eigene Anteile. Nach österreichischem Unternehmensrecht sind diese Aktien stimmberechtigt.

Mitglieder des Konzernvorstands waren im Berichtsjahr Herr Ing. Robert Schächter (Vorstandsvorsitzender), Herr Prof. Reinhart Gausterer und Herr Mag. Helmut Lackner. Zu Beginn des Geschäftsjahres gehörten folgende Personen dem Aufsichtsrat an: Dr. Johannes Strohmayer (Vorsitzender), Dr. Wilfried Stadler (Vorsitzender-Stv.), Mag. Wilhelm Hemetsberger (Vorsitzender Stv.), Herr Alfred Hahn (Arbeitnehmervertreter) und Herr Robert Nebel (Arbeitnehmervertreter). In der Hauptversammlung am 11.07.2014 wurde zusätzlich Herr Dr. Peter Hoffmann-Ostenhof als Aufsichtsrat bestellt. Mit 31.03.2015 wurde Herr Robert Nebel abberufen und an seiner Stelle wurde Herr Martin Smit als Arbeitnehmervertreter ab 01.04.2015 neu entsandt. Im Geschäftsjahr fanden vier ordentliche Aufsichtsratssitzungen und eine Sitzung des Prüfungsausschusses statt.

Der Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG ist Anbieter von gesamtheitlichen Identitätsmanagementleistungen. Dies umfasst die Entwicklung und Herstellung von Sicherheitsdokumenten, bei deren Herstellungsprozess Geheimhal-

tung bzw. die Einhaltung von Sicherheitsvorschriften geboten ist (Sicherheitsdruck, z.B. elektronische Reisepässe), die Erbringung damit verbundener Dienstleistungen (z.B. Personalisierung und Consulting) sowie die Bereitstellung integrierter Identitätsmanagementsysteme. Ziel ist es den Konzern als Kompetenzzentrum für sichere Identität für Regierungen und Wirtschaft zu positionieren.

Die Produktion erfolgt zentral am Unternehmensstandort 1230 Wien, Tenschertstraße 7, auf einer Betriebsfläche von rund 7.000 Quadratmeter.

Es gelang im Geschäftsjahr 2014/15 sowohl im Inlands- als auch im Auslandsgeschäft die Umsätze zu steigern. Der Umsatz stieg von TEUR 34.272 auf TEUR 35.869. Im Berichtsjahr wurden wie im Vorjahr 0,8 Mio. Reisepässe, 0,9 Mio. ID-Cards (im Vorjahr 0,8 Mio.), 5,0 Mio. Visa (im Vorjahr 2,3 Mio.) und 10,7 Mio. Gutscheine (im Vorjahr 10,3 Mio.) abgesetzt.

Es konnte ein Inlandsumsatz von TEUR 30.131 erzielt werden (im Vorjahr TEUR 29.398). Bei nahezu sämtlichen wesentlichen österreichischen Hochsicherheitsausweisen, die vom Konzern hergestellt werden – Elektronischer Reisepass, Führerschein, Zulassungsschein, Personalausweis, Aufenthaltstitel – wurden Zuwächse verzeichnet.

Der Auslandsumsatz betrug TEUR 5.738 (im Vorjahr TEUR 4.874). Entsprechend der Strategie integrierte Gesamtleistungen aus einer Hand anzubieten, wurden verschiedenste Elemente aus dem Gesamtangebotsportfolio zur Herstellung von Hochsicherheitsausweisen abgesetzt. So wurde das Projekt über die Lieferung und Installation eines Zentralregisters für die Föderation von Bosnien und Herzegowina erfolgreich abgeschlossen. Für die Republik Malediven wurde ein Personalisierungssystem geliefert. Für mehrere Staaten wurden Visa- und Reisepassaufträge abgewickelt.

Der Entwicklungsschwerpunkt des Konzerns lag wie in den Vorjahren bei Lösungsentwicklungen für eine sichere digitale Identität und konkreter Umsetzungsmöglichkeiten.

Das im Geschäftsjahr 2012/13 von der OeSD angestrengte Schiedsgerichtsverfahren bei der Internationalen Handelskammer in Paris gegen die Republik Kosovo wegen offener Forderungen und Gewinnentgang ist nach wie vor im Laufen. Da die Republik Kosovo die vertragsgemäße Zuständigkeit des Schiedsgerichts bestritt, wurde in einem ersten Verfahrensschritt die Zuständigkeit geprüft. Im Oktober 2014 erklärte sich das Schiedsgericht für zuständig und nunmehr wird die Klage der OeSD auch materiell behandelt. Mit einem Ausgang des Verfahrens ist frühestens mit Jahresende 2015 zu rechnen. Der in den Vorjahren gewählte Bilanzansatz für Prozess- und Ausfallsrisiken bei der Geltendmachung von Ansprüchen aus offenen Forderungen und Schadenersatzansprüchen gegen die Republik Kosovo wurde unverändert fortgeführt. Das Ergebnis des Berichtsjahres ist somit vom Projekt Kosovo im Wesentlichen unbeeinflusst.

Am 19.09.2014 wurden zum Zweck der Bedienung des Aktienoptionsprogramms 112.500 eigene Aktien zu je EUR 12,10 erworben (Gesamtkaufpreissumme

TEUR 1.361). Die angeschafften Aktien entsprechen 1,5% der ausgegebenen Aktien. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG hält somit insgesamt 225.000 eigene Aktien, dies entspricht 3% der ausgegebenen Aktien.

1.2. Geschäftsergebnis, Ertragslage

Die Summe aus den Umsatzerlösen (TEUR 35.869, im Vorjahr TEUR 34.272), den Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen (TEUR -548, im Vorjahr TEUR 506), anderen aktivierten Eigenleistungen (TEUR 460, im Vorjahr TEUR 462) sowie den sonstigen betrieblichen Erträgen (TEUR 643, im Vorjahr TEUR 240) ergab Gesamterträge in Höhe von TEUR 36.424 (im Vorjahr TEUR 35.480).

Der Betriebsaufwand konnte im Wesentlichen konstant gehalten werden. Beim Materialaufwand gab es aufgrund des Umsatzanstiegs einen erhöhten Materialaufwand von TEUR 14.547 (im Vorjahr TEUR 14.185). Der Personalaufwand blieb mit TEUR 10.753 um TEUR 67 unter dem Vorjahr (TEUR 10.820) Die Abschreibungen lagen mit TEUR 1.832 über dem Vorjahr (TEUR 1.701). Der sonstige betriebliche Aufwand konnte durch Einsparungen um TEUR 153 reduziert werden (TEUR 3.717, im Vorjahr TEUR 3.870).

Das Betriebsergebnis betrug TEUR 5.575 (im Vorjahr TEUR 4.903). Nach Abzug des Finanzergebnisses (TEUR -503, im Vorjahr TEUR -532) und der Ertragsteuern (TEUR 916, im Vorjahr TEUR 887) ergab sich ein Jahresüberschuss von TEUR 4.156 (im Vorjahr TEUR 3.484).

Unter Berücksichtigung des sonstigen Gesamtergebnisses nach Steuern aufgrund der Anwendung IAS 19 von TEUR -255 (im Vorjahr TEUR -31) betrug das Gesamtergebnis TEUR 3.901 (im Vorjahr TEUR 3.453).

1.3. Finanzlage

Der Cash Flow aus der betrieblichen Tätigkeit betrug im Berichtsjahr TEUR 4.085 (im Vorjahr TEUR 3.461). Der Cash Flow aus der Investitionstätigkeit belief sich auf TEUR -995 (im Vorjahr TEUR -949). Der Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit betrug TEUR -4.075 (im Vorjahr TEUR -4.438) und setzte sich zusammen aus der Aufnahme von Geldkrediten und der Abnahme von Leasingverbindlichkeiten (TEUR 256, im Vorjahr TEUR 614), der Auszahlung für den Kauf eigener Aktien (TEUR 1.361, im Vorjahr TEUR 1.328) und der Dividendenausschüttung von TEUR 2.458 (gekürzt um die Auszahlung an die Mitarbeiter im Wege der Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung in Höhe von TEUR 129, die aufgrund der Darstellung im Personalaufwand bereits im Cash Flow der betrieblichen Tätigkeit erfasst ist). Im Vorjahr war die Dividendenausschüttung mit TEUR 2.496 geringfügig höher, da zum Ex-Dividendentag noch keine eigenen Aktien gehalten wurden.

Der Finanzmittelbestand sank somit um TEUR 985 und betrug zum Bilanzstichtag TEUR 2.392 (im Vorjahr TEUR 3.377).

1.4. Vermögenslage

Die Bilanzsumme stieg im Berichtsjahr um TEUR 991 und beträgt zum 31.03.2015 TEUR 53.172 (im Vorjahr TEUR 52.181).

Das langfristige Vermögen stieg um TEUR 309 auf TEUR 36.592 (im Vorjahr TEUR 36.283). Das kurzfristige Vermögen stieg um TEUR 683 auf TEUR 16.580 (im Vorjahr TEUR 15.897).

Auf der Passivseite sank das langfristige Fremdkapital im Wesentlichen aufgrund Tilgung langfristiger Finanzverbindlichkeiten um TEUR 1.047 und betrug zum 31.03.2015 TEUR 20.541 (im Vorjahr TEUR 21.588).

Das kurzfristige Fremdkapital stieg um TEUR 1.952 und betrug zum 31.03.2015 TEUR 14.070 (im Vorjahr TEUR 12.118). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Zunahme der kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten um TEUR 1.667 und der sonstigen kurzfristigen nicht finanziellen Verbindlichkeiten um TEUR 550.

Das Eigenkapital wuchs um TEUR 85 auf TEUR 18.560 (im Vorjahr TEUR 18.475). Die Eigenkapitalveränderung resultiert aus dem Gesamtergebnis von TEUR 3.901 abzüglich der Dividendenzahlung korrigiert um die Auszahlung an die Mitarbeiterstiftung von TEUR 2.458 und dem Kaufpreis für eigene Aktien von TEUR 1.361 zuzüglich der Dotierung der Optionsrücklage von TEUR 3.

Die Konzerneigenkapitalquote liegt bei rd. 34,9% (im Vorjahr rd. 35,4%).

1.5. Mitarbeiter

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer betrug 134 und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 9 Personen reduziert. Von den 134 Mitarbeitern waren 59 Arbeiter (im Vorjahr 63) und 75 Angestellte (im Vorjahr 79). Der letzte Beamte ging im Vorjahr in den Ruhestand. Es wurde ein Lehrling ausgebildet.

Der Anteil weiblicher Mitarbeiter im Unternehmen betrug 27% (im Vorjahr 30%). Die Frauenquote bei den Führungskräften beträgt wie im Vorjahr 31%.

Aufgrund der hohen Anforderungen an die Arbeitnehmer bezüglich Fachwissen und Vertraulichkeit ist der Konzern bemüht die Mitarbeiter langfristig an das Unternehmen zu binden. Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug wie im Vorjahr 44 Jahre. Die durchschnittliche Dauer der Betriebszugehörigkeit lag bei 15 Jahren (im Vorjahr 14 Jahre). Die Fluktuationsrate lag bei 14% (im Vorjahr 15%). Bereinigt um Pensionierungen beträgt die Fluktuationsrate wie im Vorjahr 12%.

Um die Attraktivität als Arbeitgeber weiter zu steigern, wurde im März 2012 die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung gegründet, die mit 4,9% an der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG beteiligt ist und Dividendenzahlungen der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG an die Mitarbeiter des Konzerns auszahlt. Damit partizipieren die Arbeitnehmer am finanziellen Erfolg und Wachstum des Unternehmens. Im Geschäftsjahr 2014/15 wurden TEUR 129 an 115 anspruchsberechtigte Mitarbeiter ausbezahlt (im Vorjahr 129 TEUR an 114 anspruchsberechtigte Mitarbeiter). Die Anspruchsberechtigung setzt eine Betriebszugehörigkeit von mehr als zwei Jahren voraus.

Mitarbeiter der Österreichische Staatsdruckerei, Wien

Die Österreichische Staatsdruckerei GmbH ist zertifiziert mit dem Audit Beruf und Familie und setzt entsprechende Aktivitäten um die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie zu erhöhen. Die Personalentwicklung wird mittels bedarfsorientierter Fördermaßnahmen sichergestellt. Im Berichtsjahr lag ein großer Schwerpunkt auf der Umsetzung der neuen gesetzlichen Vorgaben im Arbeitnehmerschutz hinsichtlich psychischer Belastungen am Arbeitsplatz. Durch Befragung aller Mitarbeiter mittels Fragebogen fand eine unternehmensweite Evaluierung statt. Darauf aufbauend wurden für alle Abteilungen differenzierte Maßnahmen entwickelt.

1.6. Forschung und Entwicklung (Forschungsbericht)

Die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten des Konzerns dienen der Stärkung der Kernkompetenzen Hochsicherheitsdruck, e-government und Identitätsmanagement insbesonders unter dem neuen Aspekt der digitalen Identität.

Im Hochsicherheitsdruck wird am Einsatz und der Weiterentwicklung von Sicherheitsmerkmalen gearbeitet. Seit 2010 existiert ein modernes Forschungs- und Qualitätszentrum mit fünf Mitarbeitern. Mit Spezialgeräten wird die Qualität der Vormaterialien und Endprodukte überprüft. Parallel werden neue Verfahren zur Fälschungssicherheit entwickelt.

Der Bereich e-government entwickelt Software, die für Steuerung, Optimierung und Qualitätskontrolle von Personalisierungsprozessen eingesetzt wird. Weiters werden im Bereich e-government neue Sicherheitstechnologien im Bereich der Kryptografie, Steganografie und der Wasserzeichen gemeinsam mit Partnern entwickelt und getestet.

Im Berichtsjahr gab es folgende Forschungs- und Entwicklungsprojekte:

- Umstellung des Chips für Reisepass und Aufenthaltstitel auf ein neues Betriebssystem laut EU-Vorgabe „PACE“. Das neue Betriebssystem wurde mit Ende Dezember 2014 erfolgreich implementiert.
- Konzeption eines neuen Sicherheitslaminates für die Datenseite des österreichischen Reisepasses.
- Entwicklung einer Ink Jet Tinte mit Hochsicherheitspigmenten

Die OeSD nimmt derzeit an einem geförderten EU-Forschungsprojekt als Projektpartner teil. Im Rahmen des EU-Forschungsprogrammes FP 7 geht es im Projekt „Fast Pass“ um die Entwicklung eines harmonisierten Prozesses für die Grenzkontrolle unter Verwendung von automatisierten Grenzkontrollsystemen (z.B. e-gates). Die Österreichische Staatsdruckerei GmbH hat hierbei den Part der Konzeption der IT-Systemarchitektur übernommen und koordiniert elf Partner aus mehreren EU Ländern. Das Projekt hat am 01.01.2013 begonnen und läuft bis 31.12.2016.

Im Zuge des Entwicklungsschwerpunkts der digitalen Identität (digitaler Ausweis) arbeitet die OeSD an technischen Konzepten und User-orientierten Umsetzungen von digitalen Ausweisen auf Smartphones. In diesem Zusammenhang nimmt die OeSD an zwei Projekten des Österreichischen Forschungsförderungsprogrammes

für Sicherheitsforschung ‚KIRAS' teil. Im Projekt Modentity wird die mobile Kontrolle von Dokumenten mittels Smartphone untersucht (Start 11/2014, Laufzeit zwei Jahre). Das Projekt E-Participation sucht nach Anwendungsmöglichkeiten für sichere digitale Identität in Partizipationsprojekten (Start 10/2014, Laufzeit zwei Jahre).

Zur Unterstützung der Aktivitäten zur elektronischen Identität und entsprechender webbasierender Lösungen ist die OeSD im Geschäftsjahr 2013/14 der FIDO Alliance beigetreten. Dabei handelt es sich um eine Allianz aller namhaften weltweit tätigen IT-Unternehmen, die das Ziel hat Softwarestandards für einfachen Login ohne Username/Password zu entwickeln. Im Geschäftsjahr nahmen Mitarbeiter der OeSD an Workshops der FIDO-Alliance teil.

1.7. Umwelt

Im Konzern wurde ein Umweltmanagementsystem gemäß ISO 14001 eingerichtet. Das erstmalige Audit fand am 19.04.2011 statt, das letzte Überwachungsaudit erfolgte am 17. und 18.03.2015. Die wesentlichen Umweltziele sind die Reduktion des Ressourceneinsatzes (Energie, Papier), die Optimierung der Brandschutzmaßnahmen sowie der Arbeitnehmerschutz.

1.8. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Nach dem Bilanzstichtag kamen keine Vorgänge von besonderer Bedeutung vor.

2. Voraussichtliche Entwicklung

Für das Kerngeschäft in Österreich – den Sicherheitsdokumenten – bestehen seit vielen Jahren aufrechte Lieferverträge und eine hohe Kundenzufriedenheit, womit eine solide Basis für die nächsten Geschäftsjahre gegeben ist. Der Vorstand geht auch für die kommenden Jahre von einer stabilen Ertrags- und Ergebnislage aus.

Das Wachstum des Konzerns wird über weitere Produktinnovationen sowie die Verbreiterung des Angebotsportfolios getrieben. Proaktive Vertriebsarbeit im Ausland soll eine nachhaltige Umsatzsteigerung im Ausland sicherstellen.

Neben den Marktzielen liegt der Managementfokus auf einer weiteren Vertiefung der Produktions- und Sicherheitskompetenz des Konzerns um den höchsten Kundenanforderungen gerecht zu werden.

3. Risikoberichterstattung

3.1. Wesentliche Risiken und Ungewissheiten, denen der Konzern ausgesetzt ist

Absatz- und Umsatzrisiko

Ein großer Teil der Produkte des Konzerns hat die Republik Österreich als Abnehmer, so dass die Absatzmengen und Umsatzerlöse des Konzerns maßgeblich von der Fortsetzung der Geschäftsbeziehungen mit der Republik Österreich beeinflusst werden.

Aufgrund der seit vielen Jahren aufrechten Lieferverträge mit der Republik Österreich (insbesondere des neuen elektronischen Reisepasses mit Fingerprint, des Scheckkartenführerscheines und der Personalausweis CARD) und der hohen Kundenzufriedenheit schätzen wir das Absatz- und Umsatzrisiko gering ein. Seit 2010 läuft ein EU-Verfahren gegen die Republik Österreich über die Vergabepraxis bei Sicherheitsdokumenten an die Österreichische Staatsdruckerei GmbH. Hier bleibt abzuwarten, ob dies Änderungen der Vergabepraxis nach sich zieht.

Operational-Risiko

Die Österreichische Staatsdruckerei GmbH ist nach ISO 9001 zertifiziert. Das letzte Audit fand im März 2015 statt. Darüber hinaus ist die Österreichische Staatsdruckerei GmbH von der International Confederation for Printing and Allied Industries (Intergraf) als „High Security Printer" zertifiziert. Das entsprechende Sicherheits-Audit fand im August 2013 statt. Mit diesem zertifizierten Qualitäts- und Sicherheitsmanagement wird das Operational Risiko minimiert.

Zur Minimierung möglicher Risiken aus der Informationstechnologie setzen wir moderne Hardware und aktuelle Software ein. Im Jahr 2004 wurde die Software „SAP" erfolgreich eingeführt und seither laufend erweitert.

Höchstes Augenmerk wird auf IT-Security und Datenschutz gelegt. Dem Rechnung tragend hat sich der Konzern im Dezember 2012 dem ISO-Audit 27001 Informationssicherheit unterzogen und wurde erfolgreich zertifiziert. Das jüngste Überwachungsaudit fand am 17. und 18.03.2015 statt.

Darüber hinaus wurde in Abstimmung mit dem österreichischen Innenministerium ein Datenschutzbeirat eingerichtet, der insbesondere den Umgang mit persönlichen Daten bei der Herstellung von Ausweisdokumenten in der Österreichische Staatsdruckerei GmbH überwachen und optimieren soll.

Forschung und Entwicklung

Da unsere Forschung und Entwicklung sehr anwendungsbezogen und großteils durch unser eigenes Personal erfolgt, sehen wir derzeit kein Risiko, dass konkrete Projekte nicht fortgeführt werden oder die Zulassung für daraus hervorgehende Produkte nicht erteilt wird.

Beschaffungsrisiko

Bei der Lieferantenauswahl sind Qualität und Liefersicherheit die wesentlichen Entscheidungskriterien. Für die wesentlichen Materialien und Dienstleistungen bestehen mittel- und langfristige Liefervereinbarungen. Soweit möglich wird eine Se-

cond-Source-Strategie verfolgt, sodass Lieferausfälle vermieden werden. Zur Absicherung von Gewährleistungs- und Garantieansprüchen werden entsprechende Haftrücklässe einbehalten.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, sich nicht jederzeit Finanzmittel beschaffen zu können, um eingegangene Verbindlichkeiten zu begleichen. Die Beherrschung des Liquiditätsrisikos im Konzern erfolgt durch vorausschauende Liquiditätsplanung, die Vereinbarung ausreichender Kreditlinien sowie die ausreichende Diversifizierung der Kreditgeber.

Soweit bei Kreditverträgen bestimmte Finanzkennzahlen erreicht werden müssen, hat der Konzern die Finanzkennzahlen in der Vergangenheit immer erreicht und ist seinen Verpflichtungen aus den Kreditverhältnissen nachgekommen.

Preisrisiko

Im nationalen Markt existieren langfristige Lieferverträge mit unseren Kunden, mit indexierten Verkaufspreisen. Auf der Beschaffungsseite existieren für die wesentlichen Vorprodukte ebenfalls mittel- und langfristige Rahmenverträge. Das Preisrisiko halten wir daher für gering.

3.2. Risiken im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten

Da der Konzern zum überwiegenden Teil öffentliche Stellen bzw. Postgesellschaften als Kunden hat, war das Forderungsausfallsrisiko in den letzten Jahren sehr gering. Im Reisepassprojekt Kosovo kam es im Geschäftsjahr 2012/13 aufgrund offenbar doloser Handlungen zu Zahlungsausfällen, die beim Schiedsgericht der Internationalen Handelskammer in Paris eingeklagt wurden. Die ursprüngliche Klagsforderung betrug TEUR 3.081, wobei TEUR 1.512 bereits im Geschäftsjahr 2012/13 wertberichtigt wurden. Im Nachtrag wurde auch der entgangene Gewinn eingefordert, sodass der aktuelle Streitwert TEUR 5.867 beträgt. Mit dem Abschluss des Verfahrens ist nach Einschätzung der befassten Rechtsanwaltskanzlei nicht vor Jahresende 2015 zu rechnen.

Forderungen und Verbindlichkeiten bestehen im Wesentlichen in Euro, sodass das Fremdwährungsrisiko sehr gering ist.

Wertpapiere werden lediglich in geringfügigem Ausmaß gehalten. Im Berichtsjahr wurden wie auch im Vorjahr keine derivativen Finanzinstrumente eingesetzt.

4. Angaben gemäß § 243a UGB

Zusammensetzung Kapital, Maßgebliche Aktionäre und Angaben zur Ausübung von Stimmrechten (§ 243a Abs. 1 UGB)

Das Grundkapital der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG beträgt TEUR 7.500 und ist in 7.500.000 nennbetragslose, auf Inhaber lautende, Stückaktien zerlegt.

Gemäß § 243a Abs. 1 Z 3 UGB anzugebende Aktionäre mit einer Beteiligung von zumindest 10% sind die GRT-Privatstiftung und die G3 Industrie Privatstiftung mit jeweils rund 45,7%.

Die im März 2012 gemeinsam mit der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG errichtete Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung hält einen Anteil von 4,9%. Jede Verfügung über diese Anteile durch die Stiftung (z.B. Verkauf, Verpfändung, Schenkung usw.) bedarf der Zustimmung durch die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG. Die Stiftung wird durch den Stiftungsvorstand vertreten. Vorsitzender des Stiftungsvorstands ist Mag. Helmut Lackner, der auch Vorstand der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG ist. Bei der Ausübung ihrer Stimmrechte wird die Stiftung durch den Stiftungsvorstand vertreten.

In der Hauptversammlung vom 30.09.2011 wurden u.a. folgende Beschlüsse gefasst, die künftig Auswirkungen auf das Eigenkapital der Konzernmuttergesellschaft entfalten können:

- Ermächtigung des Vorstands gemäß § 169 AktG, das Grundkapital innerhalb von fünf Jahren ab Beschlussfassung, mit Zustimmung des Aufsichtsrats um bis zu maximal Nominale TEUR 1.875 durch Ausgabe von bis zu 1.875.000 Stück auf Inhaber oder Namen lautende Stückaktien zum Mindestausgabekurs von 100% des anteiligen Betrags am Grundkapital, in einer oder mehreren Tranchen gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen und die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Dabei wird das Bezugsrecht der Aktionäre hinsichtlich der neuen Aktien ausgeschlossen (genehmigtes Kapital I.).

- Ermächtigung des Vorstands gemäß § 169 AktG, das Grundkapital innerhalb von fünf Jahren ab Beschlussfassung, mit Zustimmung des Aufsichtsrats um bis zu maximal Nominale TEUR 1.875 durch Ausgabe von bis zu 1.875.000 Stück auf Inhaber oder Namen lautende Stückaktien zum Mindestausgabekurs von 100% des anteiligen Betrags am Grundkapital, in einer oder mehreren Tranchen gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen und die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Dabei kann ein Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre hinsichtlich der neuen Aktien vorgesehen werden (genehmigtes Kapital II.).

- Ermächtigung des Vorstands gemäß § 174 Abs. 2 AktG, innerhalb von fünf Jahren ab Beschlussfassung, Wandelschuldverschreibungen, mit denen ein Umtausch- oder Bezugsrecht auf bis zu 3.750.000 Stück auf Inhaber oder Namen lautende Stammaktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von

bis zu TEUR 3.750 verbunden ist, in einer oder mehreren Tranchen auszugeben und sämtliche Bedingungen der Wandelschuldverschreibungen festzusetzen. Dabei wird das Bezugsrecht der Aktionäre gemäß § 174 Abs. 4 AktG in Verbindung mit § 153 AktG im Falle der Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen gemäß dieser Ermächtigung ausgeschlossen.

- Beschluss über eine bedingte Erhöhung des Grundkapitals gemäß § 159 Abs. 2 Z 1 AktG um bis zu TEUR 3.750 durch Ausgabe von bis zu 3.750.000 Stück neue, auf Inhaber oder Namen lautende Stammaktien der Gesellschaft zur Gewährung von Umtausch- oder Bezugsrechten an die Gläubiger der Wandelschuldverschreibungen (bedingtes Kapital).

In der Hauptversammlung vom 11.07.2014 wurde der Vorstand für die Dauer von 30 Monaten zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 65 Abs. 1 Z 8 sowie Abs. 1a und 1b AktG bis zu maximal 10% des Grundkapitals ermächtigt. Der Vorstand wurde weiters ermächtigt, erworbene eigene Aktien ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss einzuziehen oder wieder zu veräußern und die Veräußerungsbedingungen festzusetzen. Die Ermächtigung kann ganz oder in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen oder für Rechnung der Gesellschaft durch Dritte ausgeübt werden.

Gemäß § 65 Abs. 1b AktG in Verbindung mit § 153 Abs. 3 und 4 AktG ist, unbeschadet der Bestimmung des § 65 Abs. 1b letzter Satz AktG, die Verwendung von erworbenen eigenen Aktien zum Zwecke der Bedienung von Mitgliedern des Vorstands gewährten Aktienoptionen im Ausmaß von maximal bis zu 225.000 Aktien gestattet, wobei diesfalls das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen ist.

Schließlich wurde der Vorstand für die Dauer von fünf Jahren ermächtigt, erworbene eigene Aktien gemäß § 65 Abs. 1b AktG in Verbindung mit §§ 169 bis 171 AktG mit Zustimmung des Aufsichtsrats auf jede andere gesetzliche Art, auch außerbörslich zu veräußern, wobei der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht (das Wiederkaufsrecht) der Aktionäre ausschließen kann.

Mit diesem Beschluss wurde der vorangegangene Hauptversammlungsbeschluss vom 14.09.2012 widerrufen, dessen Inhalt durch den neuen Beschluss obsolet geworden ist.

Weiters wurde im Geschäftsjahr 2012/13 ein Aktienoptionsprogramm für Mitglieder des Vorstands beschlossen:

Das Aktienoptionsprogramm wurde unter Einhaltung der Grundsätze für Bezüge der Vorstandsmitglieder gemäß § 78 AktG erstellt. Die inhaltlichen Bedingungen wurden vom Aufsichtsrat festgelegt. Die Bedienung der Aktienoptionen soll mit eigenen Aktien erfolgen, eine entsprechende Beschlussfassung dazu ist in der Hauptversammlung vom 14.09.2012 bzw. 11.07.2014 erfolgt.

Das Aktienoptionsprogramm läuft ab dem Geschäftsjahr 2012/13 (beginnend mit 01.04.2012). Der Zeitraum, in welchem den Vorstandsmitgliedern Optionen eingeräumt werden, beträgt fünf Jahre und ist in fünf idente Tranchen unterteilt. In das

Aktienoptionsprogramm wurden die Mitglieder des Vorstands mit Ausnahme von Herrn Vorstandsvorsitzenden, Ing. Robert Schächter, einbezogen.

Gemäß dem Aktienoptionsprogramm werden den Berechtigten pro Geschäftsjahr 22.500 Optionen gewährt. Die Gesamtanzahl der an Vorstände im Rahmen des Aktienoptionsprogramms einzuräumenden Optionen beträgt unter Berücksichtigung der ursprünglich anspruchsberechtigten Vorstandsmitglieder maximal insgesamt 337.500. Jede Option berechtigt zum Erwerb einer Aktie der Gesellschaft.

Der Ausübungspreis wurde mit EUR 3,00 je Aktie festgelegt. Die eingeräumten Optionen können von jedem Vorstandsmitglied jeweils nach einer Wartefrist von zwei Jahren ab dem Zeitpunkt der Einräumung der Optionen bis zum Ablauf der nächsten drei Jahre ausgeübt werden. Eingeräumte Optionen sind nicht übertragbar. Für die aufgrund der Ausübung der Optionen erworbenen Aktien besteht keine Behaltefrist. Die Bedienung der Aktienoptionen erfolgt durch Erwerb eigener Anteile.

Die Bilanzierung des Aktienoptionsprogramms erfolgt in Einklang mit den Bestimmungen des IFRS 2. In der Gewinn- und Verlustrechnung wurde im Berichtsjahr ein Aufwand von TEUR 197 (im Vorjahr TEUR 420) verbucht und als Gegenposition eine Optionsrücklage im Eigenkapital gebildet. Der Marktwert der Optionen zum Zeitpunkt der Einräumung wurde nach dem Black-Scholes-Modell ermittelt, wobei auch Annahmen hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit eines vorzeitigen Austritts von begünstigten Vorstandsmitgliedern berücksichtigt wurden.

Herr Mag. Thomas Zach hat seine Vorstandstätigkeit zum 31.03.2013 zurückgelegt und nimmt daher nicht mehr am Aktienoptionsprogramm teil.

Mit Vereinbarung vom 02.12.2014 ist Herr Mag Lackner aus dem Aktienoptionsprogramm ausgeschieden. Dabei kam es zu einem Verzicht auf die Anwartschaften auf Aktienoptionen ab dem Geschäftsjahr 2014/15. Die davor eingeräumten Optionen über insgesamt 45.000 Stück wurden entsprechend den Bedingungen des Aktienoptionsprogramms mit einer einmaligen Zahlung in Höhe von TEUR 402 abgefunden. Im Ausmaß von TEUR 195 erfolgte dabei eine Kürzung der Optionsrücklage, der darüber hinausgehende Betrag in Höhe von TEUR 207 wurde erfolgsmindernd im Personalaufwand erfasst.

Somit nimmt zum Bilanzstichtag 31.03.2015 lediglich Herr Prof. Reinhart Gausterer am Optionsprogramm teil. Ihm sind 67.500 Optionen eingeräumt. 45.000 Optionen können bereits gezogen werden, weitere 22.500 Stück können erstmals zum 01.04.2016 ausgeübt werden. Es wurden bislang noch keine Optionen ausgeübt. Der Marktwert der zum Bilanzstichtag eingeräumten Rechte beträgt TEUR 810 (im Vorjahr TEUR 792).

Bislang fanden zwei Aktienrückkaufprogramme statt:
Das erste Rückkaufprogramm fand vom 30.09.2013 bis 18.10.2013 statt, in dessen Rahmen 112.500 Aktien (entspricht 1,5% des Grundkapitals) erworben wurden. Das Programm erfolgte börslich und außerbörslich mit einer Preisspanne von EUR 11,00 bis EUR 11,80 pro Stück. Der tatsächliche Ankauf der Gesamtstückzahl erfolgte außerbörslich zu einem Preis von EUR 11,80 und somit mit einem Gesamt-

volumen von TEUR 1.328. Verkäufer waren jeweils zur Hälfte die G3 Industrie Privatstiftung und die GRT Privatstiftung.

Das zweite Rückkaufprogramm fand vom 04.09.2014 bis 19.09.2014 statt. Erneut wurden 112.500 Aktien (entspricht 1,5% des Grundkapitals) erworben. Das Programm erfolgte börslich und außerbörslich mit einer Preisspanne von EUR 11,00 bis EUR 12,10 pro Stück. Der tatsächliche Ankauf der Gesamtstückzahl erfolgte außerbörslich zu einem Preis von EUR 12,10 und somit mit einem Gesamtvolumen von TEUR 1.361. Verkäufer waren jeweils zur Hälfte die G3 Industrie Privatstiftung und die GRT Privatstiftung.

Die Gesellschaft hält somit in Summe 225.000 Stück eigene Aktien. Für das Aktienoptionsprogramm werden maximal 112.500 Stück benötigt.

Wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess (§ 243a Abs. 2 UGB)

Unter dem internen Kontrollsystem (IKS) sind sämtliche aufeinander abgestimmte Methoden und Maßnahmen zu verstehen, die dazu dienen, das Vermögen zu sichern, die Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Abrechnungsdaten zu gewährleisten und die Einhaltung der vorgeschriebenen Geschäftspolitik zu unterstützen.

Das Risikomanagement umfasst sämtliche Prozesse, die der Identifikation, Analyse und Bewertung von Risiken sowie der Ergreifung von geeigneten Maßnahmen zur Risikokontrolle dienen.

Sicherheitsreisepass

Die Einrichtung eines angemessenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess bzw. die Finanzberichterstattung liegt in der Verantwortung des Vorstands. Das am Sitz der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG angesiedelte Rechnungswesen ist für die Finanzbuchhaltung und das Controlling aller in den Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG einbezogenen Unternehmen zuständig. Das Rechnungswesen ist direkt dem Vorstand unterstellt.

Durch entsprechende organisatorische Maßnahmen wird sichergestellt, dass die gesetzliche Vorgabe, dass die Eintragungen in die Bücher und die sonstigen Aufzeichnungen vollständig, richtig, zeitgerecht und geordnet zu erfolgen haben, erfüllt wird.

Der gesamte Prozess von der Beschaffung bis zur Zahlung unterliegt Regeln und Richtlinien, die die wesentlichen damit im Zusammenhang stehenden Risiken vermeiden sollen. Zu diesen Maßnahmen und Regeln zählen beispielsweise Funktionstrennungen, Unterschriftenordnungen, ausschließlich kollektive und auf wenige Personen eingeschränkte Zeichnungsermächtigung für Zahlungen sowie systemunterstützte Prüfungen durch die verwendete SAP-Software. Durch dieses systematische Kontrollmanagement ist es gewährleistet, dass die Rechnungslegung der Gesellschaft in Einklang mit den nationalen und internationalen Rechnungslegungsstandards sowie internen Richtlinien steht.

Zwischen Controlling und der Finanzbuchhaltung besteht eine enge Zusammenarbeit. Die Informationen des internen und externen Rechnungswesens basieren auf derselben Datenbasis und werden monatlich für das Berichtswesen abgestimmt. Das Berichtswesen umfasst neben unmittelbar finanziellen Leistungsindikatoren (einschließlich Soll-Ist-Vergleiche) auch Informationen über sonstige für die Unternehmenssteuerung relevante Betriebskennzahlen. Auf Basis dieses standardisierten Finanzberichtswesens wird der Vorstand laufend über alle relevanten Sachverhalte informiert. Bei bedeutenden Ereignissen erfolgt eine unmittelbare anlassbezogene Berichterstattung an den Vorstand.

Der Aufsichtsrat wird in zumindest einer pro Quartal stattfindenden Aufsichtsratssitzung über den laufenden Geschäftsgang inklusive operativer Planung und mittelfristiger Strategie unterrichtet. In besonderen Fällen wird der Aufsichtsrat auch unmittelbar informiert. Die Überwachung des internen Kontrollsystems erfolgt durch regelmäßige Berichterstattung und Behandlung im Aufsichtsrat.

Wien, 26. Mai 2015

Ing. Robert Schächter
Vorstandsvorsitzender

Prof. Reinhart Gausterer
Vorstandsmitglied

Mag. Helmut Lackner
Vorstandsmitglied

Vorstand der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Corporate Governance Bericht 2015
Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Unsere Gesellschaft, die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG (FN 290506 s), mit Sitz in 1230 Wien, deren Aktien zum Handel auf dem geregelten Markt im Sinn des § 1 Abs. 2 BörseG in Österreich zugelassen sind, erteilt folgenden Corporate Governance Bericht in Übereinstimmung mit § 243b des österreichischen Unternehmensgesetzbuches (UGB):

1. Unsere Aktien werden im Handelssegment „Standard Market Auction" der Wiener Börse gehandelt.

2. Der in Österreich allgemein anerkannte Corporate Governance Kodex ist der vom österreichischen Arbeitskreis für Corporate Governance herausgegebene „Österreichische Corporate Governance Kodex".

3. Der „Österreichische Corporate Governance Kodex" kann unter http://www.corporate-governance.at/ im Internet angefordert und abgerufen werden.

4. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG bekennt sich zu einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Unternehmensführung. Unsere zentralen Werte Sicherheit und Vertrauen prägen seit jeher unser Handeln.

   Die durch den Corporate Governance Kodex vorgegebenen Leitlinien zur Unternehmensführung werden somit im Laufe des langjährigen Bestehens unseres Unternehmens implementiert ohne sich dabei formal auf diesen Kodex zu beziehen.

5. Angaben zur Zusammensetzung des Vorstands

Name	Geburtsjahr	Funktion	Datum der Erstbestellung	Ende der laufenden Funktionsperiode
Ing. Robert Schächter	1958	Vorsitzender	29.07.2010	29.07.2015
Prof. Reinhart Gausterer	1952		29.07.2010	29.07.2015
Mag. Helmut Lackner	1968		29.07.2010	29.07.2015

6. Angaben zur Zusammensetzung des Aufsichtsrats

Name	Geburtsjahr	Funktion	Datum der Erstbestellung	Ende der laufenden Funktionsperiode
Dr. Johannes Strohmayer	1950	Vorsitzender	29.07.2010	HV 2016
Dr. Wilfried Stadler	1951	Vorsitzender-Stellvertreter	29.07.2010	HV 2016
Mag. Wilhelm Hemetsberger	1958	Vorsitzender-Stellvertreter	29.07.2010	HV 2016
Dr. Peter Hoffmann-Ostenhof	1955		11.07.2014	HV 2016
Alfred Hahn	1954		19.10.2010	n.a.
Robert Nebel	1955		19.10.2010	31.03.2015
Martin Smit	1972		01.04.2015	n.a.

7. Anzahl der Sitzungen des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2014/15 wurden vier ordentliche Sitzungen des Aufsichtsrats abgehalten.

8. Prüfungsausschuss

Der Prüfungsausschuss ist der einzige vom Aufsichtsrat eingerichtete Ausschuss und besteht per Oktober 2011 aus den Mitgliedern des Aufsichtsrats. Die konstituierende Sitzung fand am 05.06.2013 statt.

9. Maßnahmen zur Förderung von Frauen in leitender Stellung

Es ist Ziel des Konzerns Frauen im Vorstand, im Aufsichtsrat und in leitenden Stellungen zu fördern, ohne jedoch Quoten festzulegen. Rund ein Drittel der Führungskräfte im Konzern sind weiblich.

10. Compliance Richtlinie

Mit einer konzernweit verpflichtenden Compliance-Richtlinie will der Konzern die missbräuchliche Verwendung von Insider-Informationen verhindern. Die Richtlinie basiert auf den aktuellen österreichischen Rechtsvorschriften. Die Richtlinie gilt uneingeschränkt für alle Mitarbeiter des Konzerns, die Mitglieder des Aufsichtsrats sowie Berater. Zu den Aufgaben des Compliance-Verantwortlichen zählt die Kontaktpflege zu den von der Richtlinie erfassten Personen, die Information zu Sperrfristen und Handelsverboten, die Einrichtung von Vertraulichkeitsbereichen sowie die Sicherstellung des korrekten Umgangs mit Compliance-relevanten Daten.

11. Code of Conduct

Der Aufsichtsrat hat in seiner 6. Sitzung am 14.02.2012 eine Verhaltensrichtlinie für den Konzern verabschiedet. Der Konzern verpflichtet sich darin, bei seinen unternehmerischen Aktivitäten seine gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen. Dabei werden die Gesetze und maßgeblichen Regeln der Länder beachtet, in denen

der Konzern tätig ist. Die wesentlichen Grundsätze der Richtlinie sind Anti-Diskriminierung, Gesundheitsschutz, Umweltschutz, gewaltfreies Verhalten am Arbeitsplatz, korrekter Umgang mit fremdem geistigen Eigentum und Geschäftsgeheimnissen, die Ablehnung von Zwangs- und Kinderarbeit, die Einhaltung von Anti-Korruptionsbestimmungen sowie von Kartell- und Embargobestimmungen.

In der 10. Aufsichtsratssitzung am 05.03.2013 wurden eine Neufassung des Code of Conduct und eine Antikorruptionsrichtlinie auf Basis des Korruptionsstrafrechtsänderungsgesetzes 2012 beschlossen. In der Folge wurden alle Mitarbeiter des Konzerns über den neuen Code of Conduct, die Anti-Korruptionsrichtlinie, Kapitalmarkt-Compliance sowie das Informationssicherheitsmanagement ISO 27001 des Konzerns persönlich geschult.

Angaben gemäß §243b (2) 3.

Die Vorstandsbezüge von Prof. Reinhart Gausterer und Mag. Helmut Lackner setzen sich aus einem Grundgehalt und einem variablen Gehaltsbestandteil (Prämie) zusammen. Die Prämie bemisst sich nach dem Konzernergebnis. Darüber hinaus gibt es ein Aktienoptionsprogramm für die Mitglieder des Vorstands. Mit Vereinbarung vom 02.12.2014 ist Herr Mag Lackner aus dem Aktienoptionsprogramm ausgeschieden. Dabei kam es zu einem Verzicht auf die Anwartschaften auf Aktienoptionen ab dem Geschäftsjahr 2014/15. Die davor eingeräumten Optionen wurden entsprechend den Bedingungen des Aktienoptionsprogramms mit einer einmaligen Zahlung in Höhe von TEUR 402 abgefunden.

Die Gesamtbezüge im Geschäftsjahr 2014/15 betrugen von Prof. Reinhart Gausterer TEUR 247 (davon TEUR 49 variabel) und von Mag. Helmut Lackner TEUR 670 (davon TEUR 100 variabel sowie TEUR 402 Abfindung).

Darüber hinaus gibt es einen Managementvertrag mit der ECP Capital Partners GmbH in der Höhe von TEUR 390, der auch die Vorstandstätigkeit von Ing. Schächter miteinschließt.

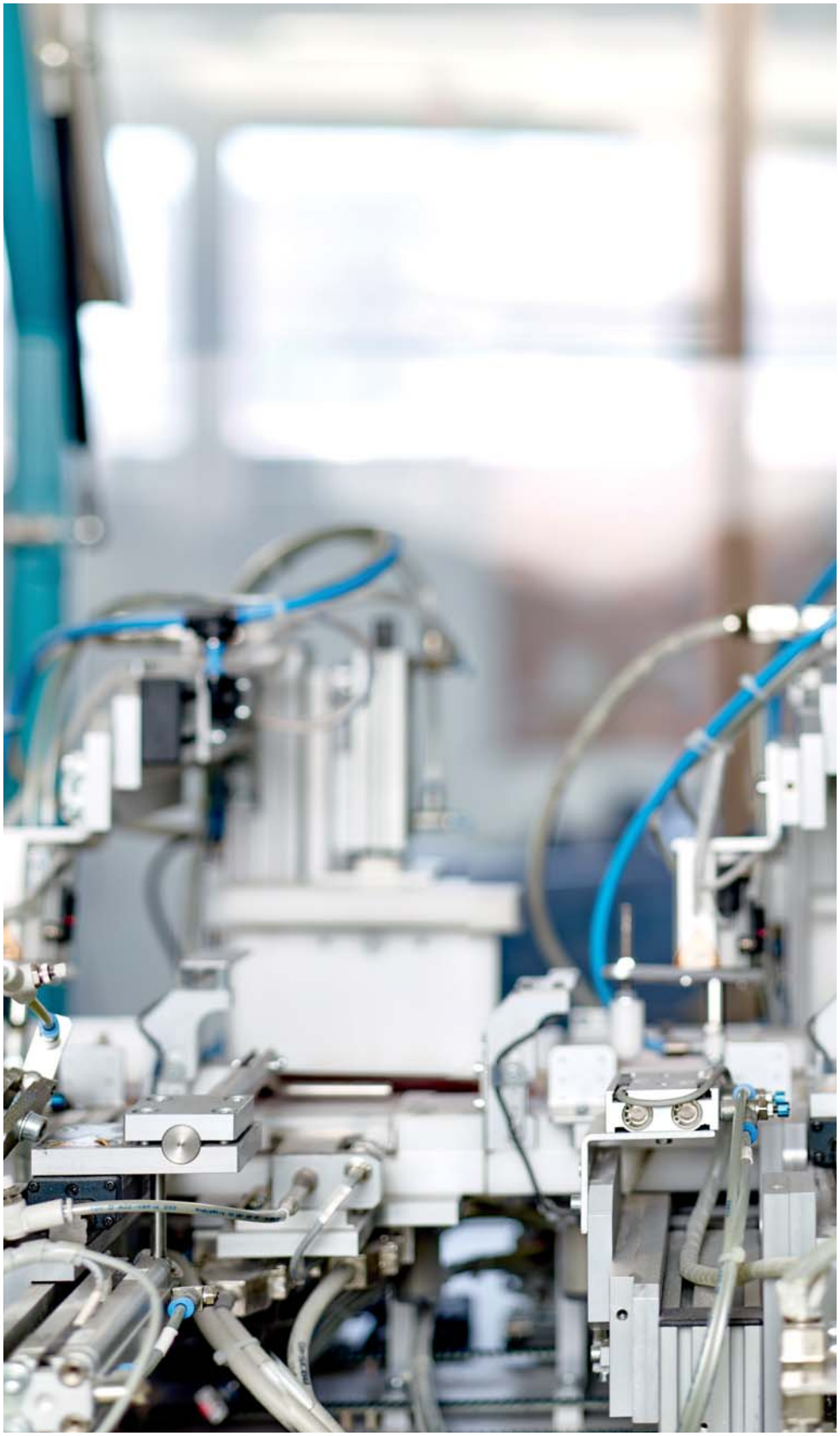
Wien, 26. Mai 2015

Ing. Robert Schächter
Vorstandsvorsitzender

Prof. Reinhart Gausterer
Vorstandsmitglied

Mag. Helmut Lackner
Vorstandsmitglied

Vorstand der
Österreichische Staatsdruckerei Holding AG



IFRS-Konzernabschluss

der

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Tenschertstraße 7

1230 Wien

zum

31.03.2015

Inhaltsverzeichnis

IFRS-Konzernabschluss 33

Konzern Gesamtergebnisrechnung 2014/15 36
Konzern Bilanz zum 31.03.2015 37
Konzern Geldflussrechnung 2014/15 38
Aufstellung der Veränderung des Eigenkapitals 39

A Grundlagen und Bilanzierungsmethoden 41

1 Rechnungslegungsgrundsätze 42
2 Konsolidierungsgrundsätze, Konsolidierungsvorgang und -kreis 53
3 Zusammenfassung der wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden 55

B Erläuterungen zur Konzern Bilanz und zur Konzern Gesamtergebnisrechnung 67

1 Umsatzerlöse 67
2 Sonstige betriebliche Erträge 68
3 Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen 68
4 Personalaufwand 68
5 Abschreibungen 69
6 Sonstige betriebliche Aufwendungen 69
7 Zinserträge und Zinsaufwendungen 70
8 Sonstiges Finanzergebnis 70
9 Ertragsteuern 70
10 Sonstiges Gesamtergebnis 71
11 Ergebnis je Aktie 72
12 Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte 72
13 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen 78
14 Vorräte 80
15 Sonstige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte 80
16 Sonstige nicht finanzielle Vermögenswerte 81
17 Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente 81
18 Latente Steueransprüche und -verbindlichkeiten aus laufenden Ertragsteuern 81
19 Eigenkapital 83
20 Rückstellungen 87
21 Finanzverbindlichkeiten 89
22 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen 90
23 Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten 90
24 Sonstige nicht finanzielle Verbindlichkeiten 90

Sonstige Angaben zum Konzernabschluss

1	Segmentberichterstattung	93
2	Haftungen	95
3	Finanzinstrumente	95
4	Leasing	100
5	Transaktionen mit nahestehenden Personen bzw. Unternehmen	102
6	Erläuterungen zur Konzern Geldflussrechnung	103
7	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	103
8	Organe der Muttergesellschaft	103

Der Konzernabschluss ist in TEUR aufgestellt. Nachdem bei der gerundeten Darstellung in der internen Rechengenauigkeit auch die nicht dargestellten Ziffern berücksichtigt werden, können Rundungsdifferenzen auftreten.

Konzern Gesamtergebnisrechnung 2014/15

(alle Werte in TEUR)

	Erläuterungen	2014/15	2013/14
Umsatzerlöse	B1	35.869	34.272
Veränderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		–548	506
andere aktivierte Eigenleistungen	B12	460	462
sonstige betriebliche Erträge	B2	643	240
Gesamterträge		36.424	35.480
Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen	B3	–14.547	–14.185
Personalaufwand	B4	–10.753	–10.820
Abschreibungen	B5	–1.832	–1.701
sonstige betriebliche Aufwendungen	B6	–3.717	–3.870
Betriebsergebnis (EBIT)		5.575	4.903
Zinserträge	B7	6	10
Zinsaufwendungen	B7	–525	–562
sonstiges Finanzergebnis	B8	16	20
Finanzergebnis		–503	–532
Ergebnis vor Steuern (EBT)		5.072	4.371
Ertragsteuern	B9	–916	–887
Jahresüberschuss		4.156	3.484
Beträge, die in künftigen Perioden nicht ergebniswirksam werden			
Neubewertung Nettoschuld aus leistungsorientierten Verpflichtungen		–340	–41
Ertragsteuern		85	10
sonstiges Gesamtergebnis nach Ertragsteuern	B10	–255	–31
Gesamtergebnis		3.901	3.453
davon entfallend auf Aktionäre der Gesellschaft		3.901	3.453
Ergebnis je Aktie (unverwässert) in EUR	B11	0,60	0,49
Ergebnis je Aktie (verwässert) in EUR	B11	0,59	0,49

Konzern Bilanz zum 31.03.2015

(alle Werte in TEUR)

Vermögenswerte	Erläuterungen	31.03.15	31.03.14
Langfristiges Vermögen			
Immaterielle Vermögenswerte	B12	22.841	22.599
Sachanlagen	B12	12.820	13.506
Künftige latente Steueransprüche	B18	202	178
Sonstige langfristige nicht finanzielle Vermögenswerte	B16	729	0
		36.592	36.283
Kurzfristiges Vermögen			
Vorräte	B14	5.043	5.782
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	B13	7.716	6.218
Sonstige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	B15	305	80
Sonstige kurzfristige nicht finanzielle Vermögenswerte	B16	1.124	441
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	B17	2.392	3.377
		16.580	15.897
Summe Vermögenswerte		53.172	52.181

Eigenkapital und Schulden			
Eigenkapital			
Grundkapital		7.500	7.500
Eigene Anteile		-6.915	-5.554
Rücklage aus Aktienoptionen		738	735
Gesetzliche Rücklage		750	750
Rücklage aus Neubewertung der Nettoschuld aus leistungsorientierten Verpflichtungen		-371	-115
Einbehaltene Gewinne		16.858	15.159
	B19	18.560	18.475
Langfristiges Fremdkapital			
Rückstellungen	B20	2.138	1.797
Finanzverbindlichkeiten	B21	15.273	16.892
Sonstige langfristige finanzielle Verbindlichkeiten	B23	2.813	2.534
Sonstige langfristige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	B24	317	365
		20.541	21.588
Kurzfristiges Fremdkapital			
Ertragsteuerschulden	B18	599	862
Finanzverbindlichkeiten	B21	6.856	5.189
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	B22	3.374	3.376
Sonstige kurzfristige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	B24	3.241	2.691
		14.070	12.118
Summe Eigenkapital und Schulden		53.172	52.181

Die Vorjahreswerte wurden aufgrund von Ausweisänderungen nach IAS 1 angepasst. Siehe dazu Erläuterungen auf Seite 49.

Konzern Geldflussrechnung 2014/15

(alle Werte in TEUR)

	2014/15	2013/14
Periodenergebnis	4.156	3.484
unbare Aufwendungen und Erträge		
+ Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	1.832	1.701
- Gewinn / + Verlust aus dem Abgang von Sachanlagen	1	1
- Zuschreibungen zu Wertpapieren	-14	-19
+ Dotierung Rücklage im Zusammenhang mit Aktienoptionsprogramm	3	420
+ Ertragssteuern	916	887
+ Finanzaufwendungen	465	497
- Finanzerträge	-8	-10
Veränderung der Vermögenswerte und Schulden		
+ Gewinn / - Verlust Neubewertung Nettoschuld aus leistungsorientierten Personalverpflichtungen	-340	-41
- Zunahme / + Abnahme langfristiger nichtfinanzieller Vermögenswerte	-729	0
- Zunahme / + Abnahme der Vorräte	739	-1.419
- Zunahme / + Abnahme kurzfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-1.498	-455
- Zunahme / + Abnahme kurzfristiger finanzieller Vermögenswerte	-211	139
- Zunahme / + Abnahme kurzfristiger nichtfinanzieller Vermögenswerte	-756	-48
+ Zunahme / - Abnahme langfristige finanzielle Verbindlichkeiten	279	208
+ Zunahme / - Abnahme sonstige langfristige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	-48	193
+ Zunahme / - Abnahme Rückstellungen	341	-157
+ Zunahme / - Abnahme kurzfristige Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-91	-217
+ Zunahme / - Abnahme sonstige kurzfristige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	541	-249
- bezahlte Ertragsteuern	-1.045	-828
- bezahlte Zinsen	-456	-636
+ erhaltene Zinsen	6	9
+ erhaltene Dividenden	2	1
Kapitalfluss betriebliche Tätigkeit	4.085	3.461
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen und immateriellem Vermögen	2	0
- Auszahlungen für Investitionen in Sachanlagen und immaterielles Vermögen	-997	-949
Kapitalfluss aus der Investitionstätigkeit	-995	-949
- Tilgung Geldkredite	-2.202	-11.743
+ Aufnahme Geldkredite	3.000	12.000
- Tilgung Leasing	-1.054	-871
- Auszahlungen für Erwerb eigene Anteile	-1.361	-1.328
- Dividendenausschüttungen	-2.458	-2.496
Kapitalfluss aus Finanzierungstätigkeit	-4.075	-4.438
Kapitalfluss aus der betrieblichen Tätigkeit	4.085	3.461
Kapitalfluss aus der Investitionstätigkeit	-995	-949
Free Cash Flow	3.090	2.512
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode	3.377	5.303
Veränderung Zahlungsmittel	-985	-1.926
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode	2.392	3.377

Erläuterungen zur Geldflussrechnung finden sich unter Punkt C6.

Aufstellung der Veränderung des Eigenkapitals

(alle Werte in TEUR)

	Grundkapital	eigene Anteile	Kapitalrücklagen (Optionsrücklagen)	Gesetzliche Rücklagen	Rücklagen aus Neubewertung der Nettoschulden aus leistungsorientierten Verpflichtungen	Einbehaltene Gewinne	Konzern-eigenkapital
Stand 01.04.2014	7.500	–5.554	735	750	–115	15.159	18.475
Erwerb eigener Anteile	0	–1.361	0	0	0	0	-1.361
Aktienoptions-programm	0	0	3	0	0	0	3
Dividenden	0	0	0	0	0	–2.457	–2.457
Periodenergebnis	0	0	0	0	0	4.156	4.156
sonstiges Ergebnis	0	0	0	0	–255	0	–255
Gesamtergebnis	0	0	0	0	–255	4.156	3.901
Stand 31.03.2015	7.500	–6.915	738	750	–370	16.858	18.560

	Grundkapital	eigene Anteile	Kapitalrücklagen (Optionsrücklagen)	Gesetzliche Rücklagen	Rücklagen aus Neubewertung der Nettoschulden aus leistungsorientierten Verpflichtungen	Einbehaltene Gewinne	Konzern-eigenkapital
Stand 01.04.2013	7.500	–4.226	315	750	–84	14.172	18.427
Erwerb eigener Anteile	0	–1.328	0	0	0	0	–1.328
Aktienoptions-programm	0	0	420	0	0	0	420
Dividenden	0	0	0	0	0	–2.496	–2.496
Periodenergebnis	0	0	0	0	0	3.484	3.484
sonstiges Ergebnis	0	0	0	0	–31	0	–31
Gesamtergebnis	0	0	0	0	–31	3.484	3.453
Stand 31.03.2014	7.500	–5.554	735	750	–115	15.160	18.475

Erläuterungen zur Veränderung des Eigenkapitals finden sich unter Punkt B19.

Die Vorjahreswerte wurden aufgrund von Ausweisänderungen nach IAS 1 angepasst. Siehe dazu Erläuterungen auf Seite 49.

Es liegen keine nicht beherrschten Anteile vor.

Erläuterungen zum Konzernabschluss zum 31.03.2015

A Grundlagen und Bilanzierungsmethoden

Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG (FN 290506 s) entstand durch formwechselnde Umwandlung der High Security Holding GmbH, die mit Generalversammlungsbeschluss vom 24.06.2010 in eine Aktiengesellschaft mit neuem Firmenwortlaut umgewandelt wurde. Diese formwechselnde Umwandlung wurde mit Beschluss des Handelsgerichts Wien vom 28.07.2010, GZ Fr 10082/10s, bewilligt und am 29.07.2010 in das Firmenbuch zu FN 290506 s eingetragen. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG ist eine Aktiengesellschaft nach österreichischem Recht.

Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG hält alle Anteile an der Österreichische Staatsdruckerei GmbH (FN 186375 g, HG Wien), die wiederum alle Anteile an der OeSD International GmbH (FN 292591 g, HG Wien) hält. Die OeSD International GmbH hält alle Anteile an der OeSD International SEE SH.P.K (Kosovo) und der im Geschäftsjahr 2012/13 neu gegründeten OeSD Europe GmbH (FN 382708 g, HG Wien).

Zum Konsolidierungskreis gehört seit dem Geschäftsjahr 2011/12 auch die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung. Diese Stiftung wurde im März 2012 von der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG und der Österreichische Staatsdruckerei GmbH, als Stifter, gemeinsam errichtet.

Diese Gesellschaften bilden den Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG, wobei die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG die oberste Konzerngesellschaft ist.

Die Tätigkeit des Konzerns umfasst vor allem die Herstellung von Sicherheitsprodukten und die Erbringung von Sicherheitsdienstleistungen. Der Schwerpunkt liegt auf Produkten, bei deren Herstellungsprozess Geheimhaltung bzw. die Einhaltung von Sicherheitsvorschriften (Sicherheitsdruck) geboten ist.

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt TEUR 7.500 und ist in 7.500.000 nennbetragslose, auf Inhaber lautende Stückaktien zerlegt. Seit 11. November 2011 notieren die Aktien der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG an der Wiener Börse. Die Notiz erfolgt im Handelssegment ‚Standard Market Auction'. Kernaktionäre sind die GRT Privatstiftung und die G3 Industrie Privatstiftung mit einem Anteil von je rund 45,7 %, sowie die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung mit 4,9 %.

1 Rechnungslegungsgrundsätze

Der Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG erstellte zum 31.03.2010 erstmalig einen Abschluss nach IFRS. Als Übergangsstichtag von den bisherigen Rechnungslegungsgrundsätzen (UGB) wurde der 01.04.2008 festgesetzt. Die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden entsprechen den Vorschriften der International Financial Reporting Standards (IFRS/IAS), den Interpretationen des International Financial Reporting Interpretation Committee (‚IFRS IC'), sowie den Interpretationen des Standards Interpretation Committee (‚SIC'), wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, und den nach §245a UGB zu beachtenden unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Der Konzernabschluss ist in TEUR aufgestellt. Nachdem bei der gerundeten Darstellung in der internen Rechengenauigkeit auch die nicht dargestellten Ziffern berücksichtigt werden, können Rundungsdifferenzen auftreten.

Im Geschäftsjahr wurden folgende Standards und Interpretationen erstmalig angewendet:

neu angewandte IFRSs und IFRICs

Standard bzw. Interpretation		Veröffentlicht durch das IASB (übernommen von der EU)	Pflicht zur Anwendung in der OeSD Holding AG	Auswirkungen auf die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG
IFRS 10	Konzernabschlüsse	12.05.2011 (11.12.2012)	01.04.2014	siehe Ausführungen unten
IFRS 11	Gemeinschaftliche Vereinbarungen	12.05.2011 (11.12.2012)	01.04.2014	keine
IFRS 12	Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen	12.05.2011 (11.12.2012)	01.04.2014	Ergänzung von Angaben (siehe Ausführungen unten)
IAS 27	Änderung: Separate Abschlüsse	12.05.2011 (11.12.2012)	01.04.2014	keine
IAS 28	Änderung: Anteile an assoziierten Unternehmen und Joint Ventures	12.05.2011 (11.12.2012)	01.04.2014	keine
IAS 32 IFRS 7	Änderungen: Ausweis (IAS 32) und Angaben zum Thema Saldierungsvorschriften (IFRS 7)	16.12.2011 (13.12.2012)	01.04.2014	keine
IFRS 10 IFRS 11 IFRS 12	Übergangsleitlinien: Änderungen	28.06.2012 (04.04.2013)	01.04.2014	keine
IFRS 10 IFRS 12 IAS 27	Änderungen: Ausnahme von der Konsolidierungspflicht für Investmentgesellschaften	31.10.2012 (20.11.2013)	01.04.2014	keine

Standard bzw. Interpretation		Veröffentlicht durch das IASB (übernommen von der EU)	Pflicht zur Anwendung in der OeSD Holding AG	Auswirkungen auf die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG
IAS 36	Änderungen: erzielbarer Betrag - Offenlegung für nichtfinanzielle Vermögenswerte	29.05.2013 (19.12.2013)	01.04.2014	keine
IAS 39	Änderungen: Novation von Derivaten und Fortsetzung der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften	27.06.2013 (19.12.2013)	01.04.2014	keine

IFRS 10 – Konzernabschlüsse

In IFRS 10 wird Beherrschung (control) als einzige Grundlage für die Konsolidierung festgelegt, unbeachtlich von Art und Hintergrund des Beteiligungsunternehmens. Daraus folgt, dass der aus SIC 12 bekannte Risiko-Chancen Ansatz abgelöst wird. Der Vorstand hat die Klassifizierung der Beteiligungen des Konzerns untersucht und unter Beachtung der Vorschriften des IFRS 10 neu beurteilt. Dies gilt insbesondere auch für die in der Vergangenheit aufgrund der Regelungen des SIC 12 im Wege der Vollkonsolidierung einbezogenen Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung. Im Zuge der Prüfung der Konsolidierungsbestimmungen des IFRS 10 haben sich keine Änderungen des Konsolidierungskreises oder der Konsolidierungsart von Tochterunternehmen ergeben.

IFRS 11 – Gemeinsame Vereinbarungen

Das Kernprinzip von IFRS 11 besteht in der Vorschrift, dass eine an einer gemeinsamen Vereinbarung beteiligte Partei die Art der gemeinsamen Vereinbarung, in die sie eingebunden ist, mittels Beurteilung ihrer Rechte und Verpflichtungen zu bestimmen und diese Rechte und Verpflichtungen entsprechend der Art der gemeinsamen Vereinbarung zu bilanzieren hat. Die Möglichkeit einer Quotenkonsolidierung von Gemeinschaftsunternehmen entfällt künftig. Die Anwendung der Änderungen zu IFRS 11 hatte keinen Einfluss auf den Konzernabschluss des Unternehmens.

IFRS 12 – Angaben zu Beteiligungen an anderen Unternehmen

Durch IFRS 12 werden die Angabepflichten für Beteiligungen an Tochterunternehmen, gemeinsamen Vereinbarungen, assoziierten Unternehmen und nicht konsolidierten strukturierten Einheiten in einem umfassenden Standard zusammengeführt. Viele dieser Angaben wurden aus IAS 27, IAS 31 oder IAS 28 übernommen, während andere Angabepflichten neu aufgenommen wurden. Aus der erstmaligen Anwendung von IFRS 12 haben sich nur geringfügige Auswirkungen in Form zusätzlicher Angaben ergeben. Da bei keinem über die Stimmrechte beherrschten Tochterunternehmen nicht kontrollierende Anteile vorliegen und auch keine Beschränkungen der Verfügungsrechte gegeben sind, entfallen die diesbezüglichen Informationspflichten nach IFRS 12. Im Zusammenhang mit der Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung (konsolidiertes strukturiertes Unternehmen) betreffen die

zusätzlichen Angaben insbesondere Informationen über Nachstiftungsverpflichtungen zur Deckung der laufenden Verwaltungskosten und Steuerzahlungen. Nicht konsolidierte Tochterunternehmen (Investmentgesellschaften) liegen ebenso wie nicht konsolidierte strukturierte Unternehmen nicht vor.

Änderung an IAS 27 Separate Abschlüsse

Als Folge der Veröffentlichung von IFRS 10 enthält IAS 27 nur noch Regelungen zu Einzelabschlüssen. Die Anwendung der Änderungen zu IAS 27 führte zu keinen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Änderung an IAS 28 Anteile an assoziierten Unternehmen und Joint Ventures

IAS 28 wurde in Folge der Veröffentlichung von IFRS 10 und IFRS 11 entsprechend angepasst. Die Anwendung der Änderungen zu IAS 28 hatte keinen Einfluss auf den Konzernabschluss des Unternehmens.

Änderung an IAS 32 Finanzinstrumente: Ausweis und IFRS 7 Finanzinstrumente: Angaben zum Thema Saldierungsvorschriften

Mit den Änderungen sollen Inkonsistenzen in der Auslegung der bestehenden Vorschriften zur Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten beseitigt werden. Ergänzend müssen Unternehmen in Zukunft Brutto- und Nettobeträge aus der Saldierung sowie Beträge für bestehende Saldierungsrechte, welche nicht den bilanziellen Saldierungskriterien genügen, angeben. Die Anwendung der Änderungen zu IAS 27 führte zu keinen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

IFRS 10-12 Übergangsleitlinien (IASB Veröffentlichung: 28.06.2012)

Mit den Änderungen werden die Übergangsleitlinien in IFRS 10 klargestellt und zusätzliche Erleichterungen in allen drei Standards gewährt. Dazu gehört insbesondere, dass die Angabe angepasster Vergleichszahlen auf die bei Erstanwendung unmittelbar vorangegangene Vergleichsperiode beschränkt wird. Die Änderungen haben zu keinen Auswirkungen auf den Konzernabschluss geführt.

Änderungen an IFRS 10, IFRS 12 und IAS 27 - Ausnahme von der Konsolidierungspflicht für Investmentgesellschaften

Durch die Änderungen an IFRS 10, IFRS 12 und IAS 27 werden Investmentgesellschaften in Zukunft von der Pflicht zur Konsolidierung der Gesellschaften, die sie beherrschen, befreit. Voraussetzung dafür ist, dass das Mutterunternehmen die Definition „Investmentgesellschaft“ erfüllt. Investitionen des Mutterunternehmens in bestimmte Tochtergesellschaften werden folge dessen erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert nach IFRS 9, Finanzinstrumente, oder IAS 39, 'Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung, bewertet. Mangels Anwendungsfällen ergeben sich keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Erzielbarer Betrag: Offenlegung für nichtfinanzielle Vermögenswerte (Änderungen zu IAS 36)

Mit der Einführung von IFRS 13 wurden Angabevorschriften in IAS 36 teils zu weit gefasst, u.a. wäre der erzielbare Betrag einer CGU anzugeben, unabhängig davon, ob eine Wertminderung erfasst wurde. Klarstellungen durch das Amendment zu IAS 36:

- Korrektur, wonach Angaben zum erzielbaren Betrag künftig für Vermögenswerte und CGUs nur noch erforderlich sind, bei denen in der laufenden Periode ein Wertminderungsaufwand erfasst wurde
- Klarstellung zu den Angaben zu wertgeminderten Vermögenswerten, sofern der erzielbare Betrag auf Basis des fair value less costs to sell ermittelt wurde

Die Anwendung der Änderungen zu IAS 36 hatte keinen Einfluss auf den Konzernabschluss des Unternehmens.

Novation von Derivaten und Fortsetzung der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften (Änderungen zu IAS 39)

Im Zuge der stärkeren Regulierung des Derivatemarkts sind bestimmte neu abzuschließende standardisierte OTC-Derivate über eine zentrale Gegenpartei abzuwickeln, zudem können bestehende OTC-Derivate auf diese überführt werden. Es ergeben sich bilanzielle Fragen u.a. hinsichtlich der Ausbuchung eines bestehenden und der Einbuchung eines neuen Derivats sowie nach der Fortführbarkeit bestehender Sicherungsbeziehungen. Das Amendement sieht bei Novationen aufgrund rechtlicher oder regulatorischer Erfordernisse und entsprechend erforderlichen Vertragsänderungen von einer Ausbuchung von als Sicherungsinstrument designierten Derivaten ab. Trotz möglicher Fortsetzung der Sicherungsbeziehung kommt es zu bilanziellen Konsequenzen aufgrund bonitätsindizierter Änderungen des fair value, die wiederum Auswirkungen auf die Effektivität der Sicherungsbeziehung haben. Die Anwendung der Änderungen zu IAS 39 hatte keinen Einfluss auf den Konzernabschluss des Unternehmens.

Die folgenden Standards und Interpretationen wurden verabschiedet, gelten aber noch nicht für Geschäftsjahre, die am oder vor dem 31.03.2015 enden, und werden daher von der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG noch nicht angewendet. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG plant die Standards mit Inkrafttreten anzuwenden.

Neue, aber noch nicht anzuwendende bzw. angewandte Bilanzierungsregeln

Standard bzw. Interpretation		Veröffentlicht durch das IASB (übernommen von der EU)	Pflicht zur Anwendung in der OeSD Holding AG	Auswirkungen auf die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG
IAS 19	Änderungen: Leistungsorientierte Pläne: Arbeitnehmerbeiträge	21.11.2013 (17.12.2014)	01.04.2015	keine
Diverse	jährliche Verbesserungen an den IFRS Zyklus 2010-2012	12.12.2013 (17.12.2014)	01.04.2015	keine
Diverse	jährliche Verbesserungen an den IFRS Zyklus 2011-2013	12.12.2013 (18.12.2014)	01.04.2015	keine
IFRIC 21	Abgaben	20.05.2013 (13.06.2014)	01.04.2015	keine

IAS 19 – Leistungen an Arbeitnehmer

Die Änderungen an IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer" betreffen die Bilanzierung von Arbeitnehmerbeiträgen oder von Dritten geleistete Beiträgen bei leistungsorientierten Plänen. IAS 19 regelt nunmehr, wie die in den formalen Bedingungen eines Pensionsplans enthaltenen Beiträge von Arbeitnehmern oder Dritten bilanziert werden, wenn diese mit der Dienstzeit verknüpft sind. Die künftige Anwendung der Änderungen zu IAS 19 wird zu keinen wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss führen.

Jährliche Verbesserungen an den IFRS – Zyklus 2010–2012

IASB veröffentlichte im Rahmen des jährlichen Verbesserungsprozesses einen Entwurf für Änderungen an elf IFRS. Die betroffenen IFRS bzw. Sachverhalte im Zyklus 2010-2012 sind:

- IFRS 2 Anteilsbasierte Vergütungen: Klarstellung der Definitionen von „Ausübungsbedingungen" und „Marktbedingungen" sowie Hinzufügung eigener Definitionen für „Leistungsbedingungen" und Dienstbedingungen".
- IFRS 3 Unternehmenszusammenschlüsse: Klarstellung, dass als Vermögenswert oder Schuld klassifizierte bedingte Gegenleistungen zu jedem Abschlussstichtag zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind.
- IFRS 8 Geschäftssegmente: Klarstellung der erforderlichen Anhangangaben bei Aggregation von Geschäftssegmenten sowie zur Notwendigkeit der Überleitung der Summe der Vermögenswerte der Geschäftssegmente auf die Konzernvermögenswerte.
- IFRS 13 Bemessung des beizulegenden Zeitwerts: Klarstellung der weiterhin bestehenden Möglichkeit zum Verzicht auf die Abzinsung kurzfristiger Forderungen und Verbindlichkeiten bei Unwesentlichkeit.

- IAS 16 Sachanlagen: Klarstellung des Erfordernisses einer proportionalen Anpassung der kumulierten Abschreibungen bei Anwendung der Neubewertungsmethode.
- IAS 24 Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen: Klarstellung der Notwendigkeit von Angaben nach IAS 24 zu Mitgliedern der Unternehmensführung, wenn Managementfunktionen von juristischen Personen ausgeübt werden.
- IAS 38 Immaterielle Vermögenswerte: Klarstellung des Erfordernisses einer proportionalen Anpassung der kumulierten Abschreibungen bei Anwendung der Neubewertungsmethode.

Die künftige Anwendung der Änderungen wird zu keinen wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss führen.

Jährliche Verbesserungen an den IFRS – Zyklus 2011–2013

Darüber hinaus betreffen die jährlichen Verbesserungen der IFRS – Zyklus 2011-2013 die nachfolgenden vier Standards:

- IFRS 1 Erstmalige Anwendung der IFRS: Klarstellung der Bedeutung des Ausdrucks „alle IFRS, die am Ende der Berichtsperiode gelten" dahingehend, dass ein Unternehmen in seinem ersten IFRS-Abschluss ein stetig für alle dargestellten Perioden auszuübendes Wahlrecht zur vorzeitigen Anwendung bereits verabschiedeter (und vorzeitig anwendbarer) IFRS hat.
- IFRS 3 Unternehmenszusammenschlüsse: Klarstellung, dass eine Anwendung des IFRS 3 bei der Bilanzierung der Gründung aller Arten von gemeinsamen Vereinbarungen im Abschluss der gemeinsamen Vereinbarung ausgeschlossen ist.
- IFRS 13 Bemessung des beizulegenden Zeitwerts: Klarstellung zum Anwendungsbereich der sog. portfolio exception (anwendbar auf alle Verträge im Anwendungsbereich des IAS 39 oder IFRS 9, unabhängig davon, ob diese Verträge die Definition eines finanziellen Vermögenswerts/einer Verbindlichkeit nach IAS 32 erfüllen).
- IAS 40 Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien: Klarstellung, dass die Beurteilung, ob der Erwerb von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien einen Unternehmenszusammenschluss darstellt, anhand der Vorschriften des IFRS 3 zu erfolgen hat.

Die künftige Anwendung der Änderungen wird zu keinen wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss führen.

IFRIC 21 Angabe

IFRIC 21 regelt den Zeitpunkt des Schuldansatzes für durch Regierungen (durch Gesetz und Vorschriften) auferlegte Abgaben (besondere praktische Bedeutung: Bankenabgabe). Der Geltungsbereich erstreckt sich sowohl auf IAS 37 als auch auf Abgaben, deren Zeitpunkt und Betrag bekannt sind. Ausgeschlossen von IFRIC 21 sind Ertragsteuern, Strafzahlungen aus Emissionshandelsprogrammen und entstehende Schulden. IFRIC 21 steht in Einklang mit IFRIC 6, ersetzt diesen jedoch nicht. Die künftige Anwendung der Änderungen wird zu keinen wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss führen.

Nachfolgende Standards sowie Interpretationen und Änderungen zu bestehenden Standards, die ebenfalls vom IASB herausgegeben wurden, sind im Konzernabschluss zum 31. März 2015 der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG noch nicht verpflichtend anzuwenden. Deren Anwendung setzt voraus, dass sie im Rahmen des IFRS-Übernahmeverfahrens („Endorsement") der EU angenommen werden. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG plant die Standards mit Inkrafttreten anzuwenden.

Standard bzw. Interpretation		Veröffentlicht durch das IASB (übernommen von der EU)	Pflicht zur Anwendung in der OeSD Holding AG	Auswirkungen auf die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG
IFRS 9	Finanzinstrumente	24.07.2014 (Q2/2015)	vermutlich 01.04.2018	werden derzeit noch untersucht
IFRS 14	Regulatorische Abgrenzungsposten	30.01.2014 (noch zu entscheiden)	vermutlich 01.04.2016	keine
IFRS 15	Umsatzerlöse aus Verträgen mit Kunden	28.05.2014 (Q2/2015)	vermutlich 01.04.2018	werden derzeit noch untersucht
IFRS 10 IRFS 12 IAS 28	Änderungen: Investmentgesellschaften: Anwendung der Konsolidierungsausnahme	18.12.2014 (Q1/2016)	vermutlich 01.04.2016	keine
IAS 1	Änderung: Darstellung des Abschlusses	18.12.2014 (Q4/2015)	vermutlich 01.04.2016	werden derzeit noch untersucht
Diverse	jährliche Verbesserungen an den IFRS Zyklus 2012-2014	25.09.2014 (Q3/2015)	vermutlich 01.04.2016	werden derzeit noch untersucht
IFRS 10 IAS 28	Änderungen: Anteile an assoziierten Unternehmen und Joint Ventures	11.09.2014 (zurückgestellt)	vermutlich 01.04.2016	keine
IAS 27	Änderungen: Equity-Methode in Einzelabschlüssen	12.08.2014 (Q3/2015)	vermutlich 01.04.2016	keine
IAS 16 IAS 41	Änderungen: fruchttragende Pflanzen	30.06.2014 (Q3/2015)	vermutlich 01.04.2016	keine
IAS 16 IAS 38	Änderungen: Klarstellung zu akzeptablen Abschreibungsmethoden	12.05.2014 (Q3/2015)	vermutlich 01.04.2016	keine
IFRS 11	Änderungen: Bilanzierung von Anteilen an Gemeinschaftsunternehmen	06.05.2014 (Q3/2015)	vermutlich 01.04.2016	keine

IFRS 9 Finanzinstrumente

Der IASB hat die finale Fassung des Standards im Zuge der Fertigstellung der verschiedenen Phasen seines umfassenden Projekts zu Finanzinstrumenten am 24. Juli 2014 veröffentlicht. Damit kann die bisher unter IAS 39 Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung vorgenommene Bilanzierung von Finanzinstrumenten nunmehr vollständig durch die Bilanzierung unter IFRS 9 ersetzt werden. Die nunmehr veröffentlichte Version von IFRS 9 ersetzt alle vorherigen Versionen. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG evaluiert derzeit die Auswirkungen der Anwendung auf den Konzernabschluss.

IFRS 14 - Regulatorische Abgrenzungsposten

Mit IFRS 14 "Regulatorische Abgrenzungsposten" wird einem Unternehmen, das ein IFRS-Erstanwender ist, gestattet, mit einigen begrenzten Einschränkungen, regulatorische Abgrenzungsposten weiter zu bilanzieren, die es nach seinen vorher angewendeten Rechnungslegungsgrundsätzen im seinem Abschluss erfasst hat. Dies gilt sowohl im ersten IFRS-Abschluss als auch in den Folgeabschlüssen. Regulatorische Abgrenzungsposten und Veränderungen in ihnen müssen in der Darstellung der Finanzlage und in der Gewinn- und Verlustrechnung oder im sonstigen Gesamtergebnis separat ausgewiesen werden. Außerdem sind bestimmte Angaben vorgeschrieben. Mangels Anwendungsfällen werden sich daraus keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss ergeben.

IFRS 15 – Umsatzerlöse aus Verträgen mit Kunden

In IFRS 15 wird vorgeschrieben, wann und in welcher Höhe ein IFRS-Berichtersteller Umsatzerlöse zu erfassen hat. Zudem wird von den Abschlusserstellern gefordert, den Abschlussadressaten informativere und relevantere Angaben als bisher zur Verfügung zu stellen. Der Standard bietet dafür ein einziges, prinzipienbasiertes, fünfstufiges Modell, das auf alle Verträge mit Kunden anzuwenden ist. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG evaluiert derzeit die Auswirkungen der Anwendung auf den Konzernabschluss.

Änderungen zu IFRS 10, IFRS 12 und IAS 28: Investmentgesellschaften: Anwendung der Konsolidierungsausnahme

Das IASB veröffentlicht Änderungen an IFRS 10 „Konzernabschlüsse", IFRS 12 „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen" und IAS 28 „Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen" in Bezug auf die Konsolidierungsausnahme für Investmentgesellschaften. Die Änderungen dienen zur Klärung von drei Fragestellungen in Bezug auf die Anwendung der Konsolidierungsausnahme für Investmentgesellschaften, welche ihre Tochterunternehmen zum beizulegenden Zeitwert bewerten.
Mangels Anwendungsfällen werden sich daraus keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss ergeben.

Änderungen zu IAS 1: Darstellung des Abschlusses

Im Dezember 2014 veröffentlicht das IASB Änderungen an IAS 1 Darstellung des Abschlusses. Die Änderungen beinhalten im Wesentlichen die folgenden Punkte:

- Klarstellung, dass Anhangangaben nur dann notwendig sind, wenn ihr Inhalt nicht unwesentlich ist.
- Erläuterungen zur Aggregation und Disaggregation von Posten in der Bilanz und der Gesamtergebnisrechnung.
- Klarstellung, wie Anteile am sonstigen Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen in der Gesamtergebnisrechnung darzustellen sind.
- Streichung einer Musterstruktur des Anhangs hin zur Berücksichtigung unternehmensindividueller Relevanz.

Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG evaluiert derzeit die Auswirkungen der Anwendung auf den Konzernabschluss.

Jährliche Verbesserungen an den IFRS Zyklus 2012-2014

Das IASB veröffentlichte den IASB ED/2013/11 „Annual Improvements to IFRSs 2012-2014 Cycle". Im Entwurf werden folgende Änderungen vorgeschlagen:

- IFRS 5 „Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche" - betreffen die Klarstellung, dass ein Wechsel von der Kategorie „zur Veräußerung gehalten" in die Kategorie „zu Ausschüttungszwecken gehalten" und umgekehrt keine Bilanzierungsänderung nach sich zieht.
- IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben" - werden einerseits Ergänzungen zur Einbeziehung von Verwaltungsverträgen und andererseits zu Angaben zur Saldierung von zusammengefassten Zwischenabschlüssen vorgeschlagen.
- IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer" - Die Änderungen betreffen die Klarstellung, dass bei der Ermittlung des Diskontierungszinssatzes in Währungsräumen nicht nur Unternehmensanleihen des gleichen Landes sondern auch derselben Währung zu berücksichtigen sind.
- IAS 34 „Zwischenberichterstattung" - wird vorgeschlagen, einen Querverweis zu Angaben im Zwischenbericht einzufügen.

Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG evaluiert derzeit die Auswirkungen der Anwendung auf den Konzernabschluss.

Änderungen zu IFRS 10 und IAS 28: Anteile an assoziierten Unternehmen und Joint Ventures

Die Änderungen betreffen die Beseitigung einer Inkonsistenz zwischen den Anforderungen von IFRS 10 und IAS 28. Es erfolgt eine Klarstellung bezüglich der Behandlung von nicht realisierten Erfolgen aus Transaktionen zwischen einem Investor und seinen assoziierten Unternehmen oder Gemeinschaftsunternehmen. Eine vollständige Erlöserfassung beim Investor hat zu erfolgen, wenn eine solche Transaktion einen Geschäftsbetrieb betrifft. Wenn eine solche Transaktion Vermögenswerte betrifft, die keinen Geschäftsbetrieb darstellen, ist eine teilweise Erlöserfassung vorzunehmen. Es werden keine wesentlichen Änderungen auf den Konzernabschluss erwartet.

Änderungen zu IAS 27: Equity Methode in Einzelabschlüssen

Durch die geringfügigen Änderungen an IAS 27 „Einzelabschlüsse" wird den Unternehmen ermöglicht, die Equity-Methode für Anteile an Tochtergesellschaften, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen in ihren Einzelabschlüssen anzuwenden. Es werden keine wesentlichen Änderungen auf den Konzernabschluss erwartet.

Änderungen zu IAS 16 und IAS 41: fruchttragende Pflanzen

Die Änderungen an IAS 16 „Sachanlagen" und IAS 41 „Landwirtschaft" betreffen die Finanzberichterstattung für fruchttragende Pflanzen. Fruchttragende Pflanzen, die ausschließlich zur Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte verwendet werden, werden in den Anwendungsbereich von IAS 16 gebracht. Das bedeutet, dass sie analog zu Sachanlagen bilanziert werden können. Mangels Anwendungsfällen werden keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss erwartet.

Änderungen zu IAS 16 und IAS 38: Klarstellung zu akzeptablen Abschreibungsmethoden

Mit den Änderungen an IAS 16 „Sachanlagen" und IAS 38 „Immaterielle Vermögenswerte" wird klargestellt, dass erlösbasierte Methoden zur Berechnung der Abschreibung eines Vermögenswertes nicht angemessen sind, da der Erlös aus Aktivitäten üblicherweise auch andere Faktoren als den Verbrauch des künftigen wirtschaftlichen Nutzens des Vermögenswertes widerspiegelt. Weiters wird geregelt, dass Erlöse generell nicht als geeignete Basis für die Bewertung des Verbrauchs des künftigen wirtschaftlichen Nutzens eines immateriellen Vermögenswertes angesehen werden, wobei diese Annahme unter bestimmten und begrenzten Umständen widerlegt werden kann. Erlösbasierte Methoden werden auch aktuell schon nicht für die Berechnung der Abschreibung herangezogen, sodass sich daraus keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss ergeben werden.

Änderungen zu IFRS 11: Bilanzierung von Anteilen an Gemeinschaftsunternehmen

Die Änderungen behandeln die Bilanzierung von Anteilen an Gemeinschaftsunternehmen und gemeinschaftlichen Tätigkeiten. Mit dieser Änderung werden neue Leitlinien für die Bilanzierung des Erwerbs von Anteilen an gemeinschaftlichen Tätigkeiten, die einen Geschäftsbetrieb darstellen, in IFRS 11 eingefügt. Mangels Anwendungsfällen werden sich daraus keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss ergeben.

Zusammenfassend ist im Hinblick auf die künftige Anwendung der oben genannten Standards und Interpretationen von keinem signifikanten Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns Österreichische Staatsdruckerei Holding AG auszugehen.

Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG wendet die neuen Standards und Interpretationen nicht vorzeitig an.

Geänderter Ausweis

Im Sinne einer verbesserten Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurden einige Änderungen vorgenommen. Die Anpassungen erfolgten retrospektiv, die im Vorjahr angegebenen Beträge wurden entsprechend auf die neuen Ausweiszeilen aufgeteilt. Es handelt sich um Umgliederungen, die keine materiellen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns hatten:

- Um die Darstellung der Vermögenslage zu verbessern, wurde in der Bilanz eine detailliertere Aufgliederung einzelner Positionen vorgenommen. Die „Forderungen aus Lieferungen und Leistungen", welche im Vorjahr gemeinsam mit den „sonstigen Forderungen" in einer Position ausgewiesen wurden, werden nunmehr gesondert dargestellt. Die „sonstigen Forderungen" werden nunmehr in „finanzielle Vermögenswerte" und „sonstige nichtfinanzielle Vermögenswerte" getrennt ausgewiesen.
- Analog dazu werden bei den Verbindlichkeiten nunmehr die „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen" getrennt von den „sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten" und „sonstigen nichtfinanziellen Verbindlichkeiten" dargestellt (im Vorjahr zusammen unter der Position „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten" ausgewiesen).

- Rückstellungen für Rechts- und Beratungskosten, welche im Vorjahr unter den kurzfristigen Rückstellungen ausgewiesen wurden, werden nunmehr als kurzfristige Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen.
- Eine weitere Anpassung erfolgte in der Aufstellung der Veränderungen des Eigenkapitals. Im Vorjahr wurde das „Gesamtergebnis" in einer Zeile ausgewiesen. Die nunmehrige Darstellung zeigt zusätzlich, welche Teile des Gesamtergebnisses über den Gewinn oder Verlust und welche Teile über das sonstige Ergebnis erfasst wurden.
- Gliederungsänderungen in der Aufstellung der Veränderung des Eigenkapitals in der vorliegenden Aufstellung der Veränderung des Eigenkapitals wurde das Gesamtergebnis in ‚Periodenergebnis' und ‚sonstiges Ergebnis' unterteilt dargestellt sowie die Vergleichswerte entsprechend angepasst.

Überleitung Bilanz zum 31.03.2014

Kurzfristiges Vermögen	31.03.14	Überleitung	31.03.14 nach Ausweisänderung
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.658	-441	6.218
Wertpapiere und Anteile	80	-80	-
Sonstige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte		80	80
Sonstige kurzfristige nicht finanzielle Vermögenswerte		441	441
	6.738	-	6.738

Langfristiges Fremdkapital	31.03.14	Überleitung	31.03.14 nach Ausweisänderung
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	2.899	-2.899	-
Sonstige langfristige finanzielle Verbindlichkeiten		2.534	2.534
Sonstige langfristige nicht finanzielle Verbindlichkeiten		365	365
	2.899	-	2.899

Kurzfristiges Fremdkapital	31.03.14	Überleitung	31.03.14 nach Ausweisänderung
Rückstellungen	35	-35	-
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	6.032	-2.656	3.376
Sonstige kurzfristige nicht finanzielle Verbindlichkeiten		2.691	2.691
	6.067	-	6.067

Da es sich um eine Ausweisänderung nach IAS 1 handelt ist keine dritte zu Beginn der vorangegangenen Periode laufende Bilanz erforderlich.

2 Konsolidierungsgrundsätze, Konsolidierungsvorgang und -kreis

Sämtliche in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen führen einheitlich den Bilanzstichtag 31. März. Nachdem alle Tochterunternehmen in Euro bilanzieren, war im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses keine Währungsumrechnung erforderlich.

Tochterunternehmen sind alle Unternehmen, bei denen der Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG die Kontrolle über die Finanz- und Geschäftspolitik innehat, indem ein Stimmrechtsanteil von mehr als 50% ausgeübt werden kann bzw. aufgrund sonstiger rechtlicher und organisatorischer Umstände eine wirtschaftliche Beherrschung gegeben ist.

Tochterunternehmen werden von dem Zeitpunkt in den Konzernabschluss einbezogen (Vollkonsolidierung), ab dem die Kontrolle auf den Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG übergegangen ist. Sie werden zu dem Zeitpunkt endkonsolidiert, ab dem die Kontrolle endet. Die Bilanzierung erworbener Tochterunternehmen erfolgt nach der Erwerbsmethode.

Beim Unternehmenserwerb werden die Vermögenswerte und Schulden der erworbenen Tochterunternehmen mit ihren beizulegenden Zeitwerten zum Erwerbszeitpunkt bewertet. Übersteigen die Anschaffungskosten des Unternehmenserwerbs die beizulegenden Zeitwerte der erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden, so wird der Unterschiedsbetrag als Firmenwert ausgewiesen. Negative Unterschiedsbeträge werden zum Erwerbszeitpunkt ertragswirksam erfasst.

Die Ergebnisse der im Laufe eines Jahres erworbenen oder veräußerten Tochterunternehmen werden entsprechend vom effektiven Erwerbszeitpunkt oder bis zum effektiven Abgangszeitpunkt in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sowie in das sonstige Ergebnis einbezogen. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden einheitlich von allen Tochtergesellschaften angewendet.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt nach der Erwerbsmethode durch Verrechnung der Anschaffungskosten der Anteile mit dem neubewerteten Eigenkapital der konsolidierten Tochterunternehmen zum Zeitpunkt des Erwerbs. Daraus resultierende aktivische Unterschiedsbeträge werden, soweit eine Zuordnung zu den einzelnen Vermögenswerten und Schulden nicht möglich ist, als Firmenwert unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen.

Im Rahmen der Schuldenkonsolidierung werden Ausleihungen, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, andere Forderungen und Rechnungsabgrenzungsposten mit den korrespondierenden Verbindlichkeiten und Rückstellungen der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen verrechnet.

Sämtliche konzerninterne Aufwendungen und Erträge werden im Zuge der Aufwands- und Ertragskonsolidierung eliminiert. Zu berücksichtigende Zwischengewinne liegen nicht vor.

Der Konsolidierungskreis der vollkonsolidierten verbundenen Unternehmen umfasst neben der Muttergesellschaft Österreichische Staatsdruckerei Holding AG folgende Tochtergesellschaften:

- Österreichische Staatsdruckerei GmbH
  (zu 100% im Eigentum der Muttergesellschaft)
  1230 Wien, Tenschertstraße 7
  FN 186375 g, HG Wien
- OeSD International GmbH
  (zu 100% im Eigentum der Österreichische Staatsdruckerei GmbH)
  1230 Wien, Tenschertstraße 7
  FN 292591 g, HG Wien
- OeSD International SEE SH.P.K.
  (zu 100% im Eigentum der OeSD International GmbH)
  10000 Pristina, Tringe Smajli Nr. 31-1
  B.No. 70819694, Ministry of Trade and Industry
- OeSD Europe GmbH
  (zu 100% im Eigentum der OeSD International GmbH)
  1230 Wien, Tenschertstraße 7
  FN 382708 g, HG Wien
- Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung
  1230 Wien, Tenschertstraße 7
  FN 37713 a, HG Wien

Die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung wurde im März 2012 von der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG und der Österreichische Staatsdruckerei GmbH, als Stifter, gemeinsam errichtet. Mit den von den Stiftern zugewendeten Mitteln hat die Stiftung von den Aktionären der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG insgesamt 367.500 Aktien zu einem Kaufpreis von 11,5 EUR je Aktie erworben. Die Stiftung hält somit insgesamt 4,9% der Anteile an der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG.

Mit der Errichtung der Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung wird das Ziel verfolgt, die Mitarbeiter des Konzerns langfristig an den Konzern zu binden und diesen die Möglichkeit einzuräumen, am Unternehmenserfolg zu partizipieren.

Anlässlich der Errichtung der Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung haben die Stifter alle relevanten Aktivitäten der Stiftung in der Stiftungsurkunde im Detail definiert und somit die Ausführung durch den Stiftungsvorstand, dessen Vorsitzender ein Vorstand der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG oder Geschäftsführer der Österreichische Staatsdruckerei GmbH ist, im Sinne der Stifter genau vorgeben. Maßgebliche Kompetenzen wie insbesondere das Recht zur Änderung der Stiftungserklärung sowie die Zustimmung über jegliche Disposition (Verkauf, Verpfändung, Schenkung) der von der Stiftung gehaltenen Aktien haben sich die Stifter ebenso vorbehalten wie unter bestimmten Voraussetzungen auch die Stellung der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG als Letztbegünstigte. Schließlich besteht eine Verpflichtung der Stifter zur Tragung der laufenden Verwaltungskosten und Steuerzahlungen der Stiftung, da die Erträgnisse aus deren einzigem Vermögen (den Aktien) an die Mitarbeiter weiterzuleiten sind. Die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung ist demnach als Special Purpose Vehicle zu sehen, welches den von den Stiftern über die Stiftungsurkunde definierten Zweck erfüllt ohne vermögensrechtlich selbständig über die zugewendeten Aktien disponieren zu können.

Aus diesem Grund wird die Stiftung auch nach den Regeln des IFRS 10 als beherrschte - und damit konsolidierungspflichtige - Einheit behandelt. Bei den von der Stiftung an der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG gehaltenen Aktien handelt es sich folglich aus der Sicht des Konzernabschlusses um eigene Aktien, deren Erwerb zu einer erfolgsneutralen Eigenkapitalminderung geführt hat. Nach österreichischem Unternehmensrecht sind diese Aktien stimmberechtigt. Zuwendungen der Stiftung (aus den Dividenden der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG) an die begünstigten Arbeitnehmer werden im Konzernabschluss folglich als Personalaufwand erfasst.

Die bei der Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung anfallenden laufenden Aufwendungen für Verwaltungskosten und Steuerzahlungen werden von den Stiftern gemäß ihrer Verpflichtung in der Stiftungsurkunde in Form von Nachstiftungen getragen. Es handelt sich bei dieser Verpflichtung im weiteren Sinn um Risiken, die mit Anteilen des Unternehmens an konsolidierten strukturierten Unternehmen einhergehen (IFRS 12.14). Im Geschäftsjahr 2014/15 wurden erstmalig (das heißt wirtschaftlich auch die Vorjahre betreffend) Nachstiftungen in Höhe von TEUR 422 getätigt, welche als konzerninterner Vorgang keine Auswirkungen auf das Periodenergebnis des Konzerns hatte.

Im Geschäftsjahr 2012/13 wurde die OeSD Europe GmbH in den Konsolidierungskreis aufgenommen. Im Geschäftsjahr 2011/12 wurden die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung und die OeSD International SEE SH.P.K. erstmals einbezogen. Aus der erstmaligen Einbeziehung haben sich mangels operativer Tätigkeit keine nennenswerten Auswirkungen auf den Konzernabschluss ergeben.

3 Zusammenfassung der wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Immaterielle Vermögenswerte

Firmenwerte entstehen im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen und stellen die positive Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem erworbenen (anteiligen) neubewerteten Reinvermögen dar. Firmenwerte sind gemäß IFRS 3 nicht planmäßig abzuschreiben, sondern mindestens einmal jährlich einer Werthaltigkeitsprüfung zu unterziehen. Für diesen Zweck werden die Firmenwerte auf jene zahlungsmittelgenerierenden Einheiten verteilt, die erfahrungsgemäß von den infolge eines Unternehmenszusammenschlusses entstehenden Synergien profitieren werden. Die Werthaltigkeitsprüfung eines Firmenwerts erfolgt, indem der erzielbare Betrag einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit mit ihrem Buchwert einschließlich Firmenwert verglichen wird. Unterschreitet der erzielbare Betrag den Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit, so ist zunächst der Firmenwert abzuschreiben. Gegebenenfalls verbleibende Wertminderungen reduzieren pro rata die Buchwerte der anderen Vermögenswerte. Firmenwertabschreibungen dürfen in Folgeperioden nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Die jährliche Werthaltigkeitsprüfung der Firmenwerte auf Ebene der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten erfolgt im Konzern aufbauend auf der dreijährigen Mittelfristplanung im vierten Quartal der Berichtsperiode.

Der erzielbare Betrag einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit wird mittels Discounted Cash Flow Methode (DCF) ermittelt. Beim erzielbaren Betrag handelt es sich um einen Nutzungswert. In der ewigen Rente wurden keine Wachstumsraten berücksichtigt. Die Kapitalkosten werden als gewichteter Durchschnitt der Eigen- und Fremdkapitalkosten berechnet und nach dem Capital Asset Pricing Model (CAPM) ermittelt.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden gemäß IAS 38 zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen und allfällige Wertminderungen im Sinne des IAS 36, angesetzt. Die Nutzungsdauern betragen drei bis zehn Jahre. Immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer liegen im Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG nicht vor.

Entwicklungskosten werden im Konzernabschluss bei Erfüllung der Ansatzkriterien gemäß IAS 38 mit den Herstellungskosten aktiviert und in weiterer Folge vermindert um planmäßige Abschreibungen bzw. allfällige Wertminderungen im Sinne des IAS 36 angesetzt. Bei den aktivierten Entwicklungskosten handelt es sich u. a. um die Herstellungskosten für das Verfahren zur Produktion des österreichischen Reisepasses mit Chip. Die Herstellungskosten eines selbst geschaffenen immateriellen Vermögenswertes umfassen alle direkt zurechenbaren Kosten, die erforderlich sind, den Vermögenswert zu entwerfen, herzustellen und so vorzubereiten, dass er für den vom Management beabsichtigten Gebrauch betriebsbereit ist. Die in der Berichtsperiode vorgenommenen Aktivierungen betreffen Entwicklungskosten für Scheckkartenformate mit Chip sowie weitere Sicherheitsinnovationen. Die Abschreibung erfolgt über einen Zeitraum von fünf Jahren.

Forschungsaufwendungen beziehen sich gemäß IAS 38 auf die eigenständige und planmäßige Suche mit der Aussicht, neue wissenschaftliche oder technische Erkenntnisse zu gewinnen, und werden als Aufwand in jener Periode erfasst, in der sie anfallen. Wenn eine Trennung von Forschungs- und Entwicklungskosten nicht möglich ist, dann werden die Entwicklungskosten ebenfalls in jener Periode als Aufwand erfasst, in der sie anfallen.

Sachanlagen

Sachanlagen, die im Geschäftsbetrieb länger als ein Jahr genutzt werden, werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten (einschließlich allenfalls aktivierungspflichtiger Rückbau- und Stilllegungskosten) abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen und allfälliger Wertminderungen bewertet. Die Herstellungskosten selbsterstellter Anlagen umfassen neben den Material- und Fertigungseinzelkosten auch angemessene Material- und Fertigungsgemeinkosten. Fremdkapitalkosten werden bei Vorliegen eines qualifizierten Vermögenswertes aktiviert, wobei derzeit diesbezüglich kein Anwendungsfall vorliegt. Mangels Anwendungsfällen werden keine Zinsen in Zusammenhang mit der Herstellung qualifizierter Vermögenswerte (IAS 23) angesetzt.

Gemietete oder geleaste Vermögenswerte, bei denen alle wesentlichen Risiken und Chancen vom Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG getragen werden, werden mit den Barwerten der Mindestleasingzahlungen oder dem gegebenenfalls niedrigeren beizulegenden Zeitwert bilanziert. In gleicher Höhe wird eine

Leasingverbindlichkeit passiviert. Die Vermögenswerte werden über die erwartete Nutzungsdauer oder gegebenenfalls über die kürzere Leasingdauer (bei nicht hinreichend sicherer Eigentumsübertragung am Ende der Laufzeit des Leasingverhältnisses) abgeschrieben.

Die planmäßigen Abschreibungen betragen für:

	Abschreibungsdauer von
Grundstücke und Bauten	8 bis 26 Jahre
Technische Anlagen und Maschinen	2 bis 10 Jahre
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung und Fuhrpark	3 bis 10 Jahre

Sachanlagen werden auf Wertminderungen untersucht, wenn Ereignisse oder Änderungen der Verhältnisse darauf hinweisen, dass der Buchwert eines Vermögenswertes über dem erzielbaren Betrag liegt. Entsprechend den Vorschriften des IAS 36 wird ein Aufwand aufgrund einer Wertminderung erfasst, wenn der Buchwert über dem höheren Wert vom beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten oder dem Nutzungswert liegt. Der beizulegende Zeitwert nach Abzug von Veräußerungskosten entspricht jenem Betrag, der in einer fremdüblichen Verkaufstransaktion erzielbar ist.

Der Nutzungswert entspricht den geschätzten abgezinsten Netto-Zahlungsströmen, die aus der fortgesetzten Nutzung eines Vermögenswertes und seinem Abgang am Ende der Nutzungsdauer zu erwarten sind. Bei der Ermittlung des Nutzungswertes schätzt der Vorstand die künftigen Netto-Zahlungsströme der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten auf Basis der Geschäftspläne, die aus bisherigen Ergebnissen und den besten Schätzungen bezüglich künftiger Entwicklungen abgeleitet wurden. In Einklang mit IAS 36 wird sichergestellt, dass künftige Erweiterungsinvestitionen und Restrukturierungsausgaben (ohne bestehende Verpflichtung) nicht in die Nutzungswertberechnung einbezogen werden. Der Kapitalisierungssatz ist ein Vor-Steuer-Zinssatz, der die gegenwärtigen Markteinschätzungen, den Zeitwert des Geldes und die spezifischen Risiken des Vermögenswerts widerspiegelt. Wertminderungen werden unter den Abschreibungen erfasst. Entfällt gegebenenfalls die Wertminderung in einer Folgeperiode, so wird die Wertaufholung ergebniswirksam erfasst. Mangels Vorliegen von Hinweisen auf eine Wertminderung bei den Sachanlagen wurde im Geschäftsjahr 2014/15 (wie auch schon im Vorjahr) kein Werthaltigkeitstest vorgenommen.

Instandhaltungsmaßnahmen und Reparaturen werden im Jahr des Anfalls als laufender Aufwand erfasst, Ersatz- sowie wertsteigernde Investitionen werden aktiviert. Bei Anlagenabgängen werden die Anschaffungskosten und die kumulierten Abschreibungen in den Büchern als Abgang erfasst, wobei die Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös und dem Buchwert erfolgswirksam in den sonstigen betrieblichen Erträgen oder Aufwendungen erfasst wird.

Leasingverhältnisse

Die Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält, wird auf Basis des wirtschaftlichen Gehalts der Vereinbarung zum Zeitpunkt des Abschlusses getroffen und erfordert eine Einschätzung, ob die Erfüllung der vertraglichen Verein-

barung von der Nutzung eines bestimmten Vermögenswerts oder bestimmter Vermögenswerte abhängig ist und ob die Vereinbarung ein Recht auf die Nutzung des Vermögenswerts einräumt. Bei einer wesentlichen Änderung der Charakteristika und Modalitäten des Leasingverhältnisses kann eine Neubeurteilung der Vereinbarung nach dessen Beginn erforderlich werden.
Leasingverhältnisse, bei denen dem Konzern (als Leasingnehmer) im Wesentlichen alle mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen eines Vermögenswertes übertragen werden, werden als Finanzierungsleasing eingestuft. Anderenfalls liegt ein operatives Leasingverhältnis vor. Sachanlagen, die im Zuge von Finanzierungsleasingverträgen erworben wurden, werden in Höhe des beizulegenden Zeitwertes des Leasinggegenstandes oder des niedrigeren Barwertes der Mindestleasingzahlungen zu Beginn des Leasingverhältnisses abzüglich Abschreibungen und Wertminderungsaufwendungen angesetzt.

Der Konzern tritt lediglich in einem Fall als Leasinggeber auf. Dabei handelt es sich um operatives Leasingverhältnisses. Der Leasinggegenstand wird nach den auf den Vermögenswert anwendbaren Regeln in Übereinstimmung mit IAS 16 angesetzt. Die Leasingzahlungen werden als sonstiger betrieblicher Ertrag erfasst.

Finanzinstrumente

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden angesetzt, wenn der Konzern vertragliche Vereinbarungen über ein Finanzinstrument trifft. Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, sobald der Konzern die Verfügungsgewalt über das vertraglich zugesicherte Finanzinstrument verliert. Finanzielle Verbindlichkeiten werden ausgebucht, wenn die vertragliche Verpflichtung erlischt. Reguläre Käufe und Verkäufe von finanziellen Vermögenswerten werden am Abrechnungstag erfasst.

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden mit dem beizulegenden Zeitwert der erhaltenen oder erbrachten Leistung angesetzt. Transaktionskosten werden bei der erstmaligen Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes berücksichtigt, außer bei jenen Finanzinstrumenten, die als „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert" klassifiziert werden.

Die im Konzern vorkommenden Finanzinstrumente betreffen insbesondere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, finanzielle Vermögenswerte, Guthaben bei Kreditinstituten (Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente), Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingvereinbarungen sowie finanzielle Verbindlichkeiten. Derivative Finanzinstrumente liegen nicht vor.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie finanzielle Vermögenswerte werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren nach IAS 39 berechneten Vergleichswert angesetzt.

Wertminderungen werden dann erfasst, wenn aufgrund kundenspezifischer Umstände nicht mehr mit der Einbringlichkeit der Ansprüche zu rechnen ist. Indikatoren für Wertminderungen sind dabei insbesondere über den Schuldner eröffnete Insolvenzverfahren, erfolglose Mahn- und Exekutionsversuche und andere Informatio-

nen, die Zweifel an der Zahlungsfähigkeit des Schuldners begründen. Bei der Ermittlung von Wertminderungen wird die Bonität des Schuldners entsprechend berücksichtigt. Der Buchwert des Vermögenswertes wird unter Verwendung eines Wertberichtigungskontos reduziert. Der Wertminderungsverlust wird ergebniswirksam erfasst. Eine Ausbuchung der Forderung erfolgt, wenn sie als uneinbringlich eingestuft wird.

Da der Konzern zum überwiegenden Teil öffentliche Stellen bzw. Postgesellschaften als Kunden hat, ist das Forderungsausfallsrisiko grundsätzlich sehr gering.

Im Geschäftsjahr 2012/13 wurde in Zusammenhang mit den Ansprüchen aus einem Liefervertrag mit der Republik Kosovo eine Forderungswertberichtigung in Höhe von TEUR 773 gebildet. Es handelt sich hierbei um einen Einzelfall, welcher durch ein doloses Verhalten hervorgerufen wurde. Der Konzern hat am 1. Februar 2013 eine Schiedsgerichtsklage bei der internationalen Handelskammer in Paris eingebracht. Anteilige Prozess- und Verfahrenskosten wurden bei der Ermittlung der aus den Forderungen resultierenden erwarteten Zahlungsflüssen in Abzug gebracht. Im Vorjahr hat sich das Schiedsgericht konstituiert. Mit dem Abschluss des Verfahrens ist nach Einschätzung der befassten Rechtsanwaltskanzlei nicht vor Ende 2015 zu rechnen.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente setzen sich aus dem Kassenbestand sowie Guthaben bei Kreditinstituten zusammen (höchstens 3-Monats-Bindung) und werden mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Wertpapiere und Anteile werden mit dem Börsenkurs zum Stichtag bewertet, Wertschwankungen werden ertragswirksam erfasst.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingvereinbarungen werden in der Bilanz als „Finanzverbindlichkeiten“ ausgewiesen. Diese werden bei Zuzählung in Höhe des tatsächlich zugeflossenen Betrags, das heißt abzüglich Transaktionskosten, erfasst. Ein allfälliges Agio, Disagio oder sonstiger Unterschied zwischen dem zugeflossenen Betrag und dem Rückzahlungsbetrag wird unter Verwendung der Effektivzinsmethode über die Laufzeit der Finanzierung verteilt und im Zinsaufwand ausgewiesen.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und finanzielle Verbindlichkeiten werden zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt.

Vorräte

Die Vorräte umfassen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie unfertige und fertige Erzeugnisse. Die Bewertung der Vorräte erfolgt zu dem niedrigeren Wert aus Anschaffungs- oder Herstellungskosten und dem Nettoveräußerungswert am Bilanzstichtag. Der Nettoveräußerungswert ist der geschätzte Verkaufserlös abzüglich der geschätzten Kosten der Fertigstellung und des Vertriebs.

Die Ermittlung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten für gleichartige Vorräte erfolgt nach dem gleitenden Durchschnittspreisverfahren. Die Herstellungskosten beinhalten direkt zurechenbare Kosten (insbesondere Fertigungsmaterial und Fertigungslöhne) sowie alle anteiligen Material- und Fertigungsgemeinkosten auf Basis

einer Normalauslastung. Fremdkapitalzinsen sowie allgemeine Verwaltungs- und Vertriebskosten werden, da keine qualifizierten Vermögenswerte vorliegen, nicht aktiviert.

Rückstellungen

Als Rückstellungen werden gemäß IAS 37 rechtliche oder faktische Verpflichtungen gegenüber Dritten ausgewiesen, die auf zurückliegenden Ereignissen beruhen, bei denen es wahrscheinlich ist, dass sie zu einem Abfluss von Ressourcen führen werden, und bei denen eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist. Unterscheidet sich der auf Basis eines marktüblichen Zinssatzes ermittelte Barwert der Rückstellung wesentlich vom geschätzten Zahlungsbetrag, wird der Barwert der Verpflichtung angesetzt.

Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern

Abfertigungen

Abfertigungsrückstellungen werden für gesetzliche und vertragliche Ansprüche von Mitarbeitern gebildet, die sich im Falle der Erreichung des Pensionsantrittsalters sowie bei der Beendigung des Dienstverhältnisses durch den Dienstgeber ergeben. Die Höhe der Ansprüche ist von der Anzahl der Dienstjahre und dem bei Abfertigungsanfall maßgeblichen Bezug abhängig und beträgt maximal 12 Monatsgehälter. Die Berechnung erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach der Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method) und basiert auf einer sachgerechten Schätzung des Abzinsungsfaktors, der Gehaltssteigerungen, des Pensionsantrittsalters und der Fluktuation. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden in Folge der Anwendung des geänderten IAS 19 im sonstigen Ergebnis erfasst. Um die Darstellung der Ertragslage zu verbessern, wurde im Rahmen der Umstellung auf die neuen Bilanzierungsregeln auch der Ausweis des Zinsaufwands aus personalbezogenen Verpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung geändert. Der Zinsaufwand wird ab dem Geschäftsjahr 2011/12 im Finanzergebnis und nicht im Personalaufwand ausgewiesen.

Für alle nach dem 31.12.2002 in Österreich beginnenden Arbeitsverhältnisse besteht kein Direktanspruch des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber auf eine gesetzliche Abfertigung. Für diese Arbeitsverträge zahlt der Arbeitgeber monatlich 1,53% des Bruttoentgelts in eine Mitarbeitervorsorgekasse, in der die Beiträge auf einem Konto des Arbeitnehmers veranlagt werden. Bei diesem Abfertigungsmodell ist der Arbeitgeber nur zur regelmäßigen Leistung der Beiträge verpflichtet. Aus diesem Grund erfolgt eine Bilanzierung als beitragsorientierter Plan gemäß IAS 19.

Jubiläumsgelder

Gemäß einer Betriebsvereinbarung erhalten Arbeiter nach 25 Dienstjahren ein Jubiläumsgeld im Ausmaß von einem halben bzw. nach 40 Dienstjahren im Ausmaß von einem Monatslohn. Für Angestellte sieht die Betriebsvereinbarung nach 25 Dienstjahren eine Zuwendung von einem Monatsgehalt und nach 45 Dienstjahren eine Zuwendung im Ausmaß von zwei Monatsgehältern vor. Die Berechnung erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach der Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method) und basiert auf einer sachgerechten Schätzung des Abzinsungsfaktors, der Gehaltssteigerungen und der Fluktuation.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden sofort erfolgswirksam im Personalaufwand erfasst.

Ertragsrealisierung

Erlöse werden im Zeitpunkt des Übergangs der Risiken und Chancen bzw. nach Leistungserbringung realisiert, sofern die Höhe der Erlöse verlässlich bestimmt werden kann und es hinreichend wahrscheinlich ist, dass der wirtschaftliche Nutzen dem Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG zufließt. Die Abrechnung von bestimmten Produktgruppen erfolgt auf Basis eines Rahmenvertrages, der ein Entgelt pro Produkteinheit vorsieht, das in Abhängigkeit von der Gesamtzahl im Kalenderjahr ausgelieferter Produkten steht (stückzahlenabhängige Staffelpreise).

Da das Geschäftsjahr des Konzerns der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG jeweils zum 31. März eines jeden Jahres endet, besteht die Notwendigkeit, den Preis für die im Zeitraum Jänner bis März ausgelieferten (betroffenen) Produktgruppen auf Basis der Erwartungen für die Gesamtabsatzmengen im Kalenderjahr abzuschätzen.

Sofern zum Bilanzstichtag damit zu rechnen ist, dass der auf Basis einer jährlichen erwarteten Absatzmenge festgelegte unterjährige Verrechnungspreis pro Einheit aufgrund höherer Absatzmengen zum Jahresende (Kalenderjahr) nach unten angepasst werden muss, wird für die im Zeitraum Jänner bis März ausgelieferten Produkte der erwartete niedrigere Preis realisiert und die erwartete Gutschrift an die Abnehmer in Form einer sonstigen Verbindlichkeit abgegrenzt.

Im Vorjahr wurde ein Mehrkomponentengeschäft geschlossen. Hierbei wurden verschiedene Leistungen in einem zivilrechtlichen Vertrag mit einem einheitlichen Preis zusammengefasst. Für Zwecke der Ertragsrealisierung wurde der Erfolg in unterschiedliche Komponenten aufgespalten, da die einzelnen Komponenten sachlich und wertmäßig eindeutig voneinander trennbar sind. Das Geschäft wurde im Berichtsjahr erfolgreich beendet.

Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie wird gemäß IAS 33 ermittelt. Demnach sind zwei Kenngrößen, das unverwässerte und das verwässerte Ergebnis je Aktie, zu berechnen und auszuweisen. Das unverwässerte Ergebnis je Aktie wird durch Division des auf die Aktionäre der Gesellschaft entfallenden Anteils am Jahresüberschuss (Periodenergebnis) durch die gewogene, durchschnittliche Anzahl an ausstehenden Aktien während des Geschäftsjahres ermittelt. Eigene Anteile gehen nicht in die Berechnung der ausstehenden Aktien ein.

Das verwässerte Ergebnis je Aktie wird durch eine Anpassung der Anzahl ausgegebener Aktien unter der Annahme ermittelt, dass alle verwässerungsfähigen Aktienbezugsrechte tatsächlich ausgeübt werden. Zum 31.03.2015 wurden wie in den Vorjahren die Auswirkungen des Aktienoptionsprogramms und der Rückkauf eigener Aktien berücksichtigt.

Zinsen, Nutzungsentgelte und Dividenden

Zinsen werden unter Anwendung der Effektivzinsmethode gemäß IAS 39 erfasst. Dividenden werden bei Entstehen des Rechtsanspruchs der Aktionäre auf Zahlung erfasst. Nutzungsentgelte wie Mieten werden periodengerecht entsprechend den Vertragskonditionen realisiert.

Ertragsteuern

Der für das Geschäftsjahr ausgewiesene Ertragsteueraufwand umfasst neben den laufenden Ertragsteuern auch die Veränderung der latenten Steuern.

Latente Steuern werden – unter Bedachtnahme auf die in IAS 12.15 und IAS 12.24 geregelten Ausnahmebestimmungen – für alle temporären Differenzen zwischen der Steuerbasis der Vermögenswerte/Verbindlichkeiten (tax base) und ihren Buchwerten im IFRS-Abschluss angesetzt (Balance Sheet Liability-Methode).

Hinsichtlich des künftigen Steuervorteils aus der Firmenwertabschreibung gemäß § 9 Abs 7 KStG unterbleibt in Anwendung von IAS 12.32A der Ansatz künftiger Steueransprüche, da der IFRS-Buchwert des Firmenwerts höher ist als der steuerliche Firmenwert. Im Zuge einer derzeit laufenden steuerlichen Betriebsprüfung wird seitens der Finanzverwaltung der der Firmenwertabschreibung zugrundeliegende Erwerb aus dem Jahr 2007 dahingehend überprüft, ob ein die Firmenwertabschreibung (und in weiterer Folge auch den Abzug der Fremdfinanzierungskosten) ausschließender Erwerb von einem konzernzugehörigen Unternehmen bzw. von einem unmittelbar oder mittelbar beherrschenden Einfluss ausübenden Gesellschafter stattgefunden hat.

Nach Auffassung des Konzerns liegen derartige Ausschlussgründe nicht vor, so dass für bereits veranlagte oder abgelaufene Geschäftsjahre keine Rückstellungen für Steuerrisiken gebildet wurden. Eine (erstinstanzliche) Beurteilung durch die Finanzverwaltung steht noch aus.

Soweit latente Steuern im Rahmen einer Transaktion, die keinen Unternehmenszusammenschluss darstellt, aus dem erstmaligen Ansatz eines Vermögenswertes oder einer Verbindlichkeit entstehen, die zum Zeitpunkt der Transaktion weder einen Effekt auf den bilanziellen noch auf den steuerlichen Gewinn oder Verlust hat, unterbleibt die Steuerabgrenzung sowohl zum Zeitpunkt des Erstansatzes als auch danach.

Latente Steuerverbindlichkeiten, die durch temporäre Differenzen im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen entstehen, werden nicht angesetzt, wenn der Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenzen vom Konzern bestimmt werden kann und es wahrscheinlich ist, dass sich die temporären Differenzen in absehbarer Zeit aufgrund dieses Einflusses nicht umkehren werden.

Latente Steuerforderungen werden in dem Umfang angesetzt, in dem es wahrscheinlich ist, dass ein zu versteuernder Gewinn verfügbar sein wird, gegen den die temporäre Differenz verwendet wird. Im Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG liegen keine Verlustvorträge vor, so dass derzeit kein Anwendungsbereich für eine Aktivierung eines Steuervorteils aus Verlustvorträgen gegeben ist.

Zu jedem Bilanzstichtag werden die bisher unberücksichtigten sowie der Buchwert der gebildeten künftigen Steueransprüche neu eingeschätzt. Jene bisher nicht aktivierten künftigen Steueransprüche werden in dem Ausmaß berücksichtigt, in dem es wahrscheinlich geworden ist, dass der zukünftige steuerbare Gewinn die Verwendung der künftigen Steueransprüche zulässt. Im Gegensatz dazu wird der Buchwert der aktivierten künftigen Steueransprüche in jenem Ausmaß wertberichtigt, in dem es nicht länger wahrscheinlich ist, dass in Zukunft genügend steuerbare Gewinne zur Verwendung der aktivierten künftigen Steueransprüche vorhanden sein wird.

Latente Steuern werden direkt mit dem Eigenkapital verrechnet oder diesem gutgeschrieben, wenn sich die Steuer auf Posten bezieht, die in derselben oder in einer anderen Periode mit dem Eigenkapital verrechnet oder diesem gutgeschrieben werden.

Latente Steuern werden unter Anwendung der Steuersätze und Steuervorschriften bewertet, die am Bilanzstichtag gelten oder im Wesentlichen gesetzlich verabschiedet sind und deren Geltung zum Zeitpunkt der Realisierung der latenten Steuerforderung bzw. der Begleichung der latenten Steuerverbindlichkeit erwartet wird. Da der Ertrag der Gesellschaft lediglich in Österreich zu versteuern ist, kommt der derzeit gültige Körperschaftsteuersatz von 25% zur Anwendung.

Ermessensbeurteilungen und zukünftige Schätzungen

Im Zuge der Erstellung des Konzernabschlusses muss der Vorstand Schätzungen vornehmen und Annahmen treffen, die die Höhe der ausgewiesenen Vermögenswerte und Schulden sowie der angeführten Eventualverbindlichkeiten am Bilanzstichtag und die Aufwendungen und Erträge während des Berichtszeitraumes beeinflussen können. Die tatsächlichen Werte können von diesen Schätzungen abweichen. Sämtliche Schätzungen und Beurteilungen werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen.

Insbesondere bei folgenden Annahmen und Schätzungen besteht ein Risiko, dass es in zukünftigen Geschäftsjahren zu einer Anpassung von Vermögenswerten und Schulden kommen kann:

- Versorgungspläne für Arbeitnehmer: Die Bewertung der Abfertigungs- und Jubiläumsgeldansprüche beruht auf einer Methode, bei der Parameter wie der erwartete Abzinsungsfaktor, Gehalts- und Pensionssteigerungen sowie Fluktuationsraten angewendet werden. Wenn sich die relevanten Parameter erheblich anders entwickeln als erwartet, kann dies Auswirkungen auf die Rückstellungen und in der Folge auf die Nettopersonalaufwendungen des Konzerns haben. Die diesbezüglichen Buchwerte und Sensitivitätsanalysen werden unter Punkt B20 dargestellt.
- Wertminderung: Die Werthaltigkeitsprüfung des Firmenwertes sowie der sonstigen immateriellen Vermögenswerte und Sachanlagen basiert grundsätzlich auf geschätzten künftigen abgezinsten Netto-Zahlungsströmen. Faktoren wie geringere Umsatzerlöse und daraus resultierende niedrigere Netto-Zahlungsströme

sowie Änderungen der verwendeten Abzinsungsfaktoren können zu einer Wertminderung führen. Es wurde für den Firmenwert zum Bilanzstichtag eine Wertminderungsprüfung durchgeführt, die zu keinen Aufwendungen aus Wertminderungen führten. Hinsichtlich Buchwert und weiterer Sensitivitätsberechnungen wird auf die Ausführungen unter Punkt B12 verwiesen.

- Einschätzung der Nutzungsdauern des Anlagevermögens: Die Nutzungsdauern werden nach den Gegebenheiten des Konzerns bei üblicher Instandhaltung festgelegt. Die tatsächliche Nutzungsdauer kann von diesen Einschätzungen abweichen. Eine Sensitivitätsanalyse ergab, dass sich die jährliche Abschreibung bei Veränderung der Restnutzungsdauer um -/+ ein Jahr um rund TEUR 642 (im Vorjahr TEUR 551) erhöht bzw. um rund TEUR 397 (im Vorjahr TEUR 369) verringert. Die Buchwerte sind unter Punkt B12 dargestellt.
- Gutschriften: Die Abrechnung von bestimmten Produktgruppen erfolgt auf Basis eines Rahmenvertrages, der ein Entgelt pro Produkteinheit vorsieht, das in Abhängigkeit von der Gesamtzahl der im Kalenderjahr ausgelieferten Produkte steht (stückzahlenabhängige Staffelpreise). Da das Geschäftsjahr des Konzerns der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG jeweils zum 31. März eines jeden Jahres endet, besteht die Notwendigkeit, den Preis für die im Zeitraum Jänner bis März ausgelieferten (betroffenen) Produktgruppen auf Basis der Erwartungen für die Gesamtabsatzmengen im Kalenderjahr abzuschätzen. Sofern zum Bilanzstichtag damit zu rechnen ist, dass der auf Basis einer jährlichen erwarteten Absatzmenge festgelegte unterjährige Verrechnungspreis pro Einheit aufgrund höherer Absatzmengen zum Jahresende (Kalenderjahr) nach unten angepasst werden muss, wird für die im Zeitraum Jänner bis März ausgelieferten Produkte der erwartete niedrigere Preis realisiert und die erwartete Gutschrift an die Abnehmer in Form einer sonstigen Verbindlichkeit abgegrenzt. Eine Verminderung der geschätzten Gesamtabsatzmenge um 10% hätte zum Ausweis eines um TEUR 100 (im Vorjahr TEUR 56) höheren Ergebnisses geführt. Eine Erhöhung der geschätzten Absatzmenge um 10% hätte zum Ausweis eines um TEUR 50 (im Vorjahr TEUR 89) niedrigeren Ergebnisses geführt.
- Werthaltigkeit Forderungen: Im Zusammenhang mit dem Kosovo-Liefervertrag wurden im Geschäftsjahr 2012/13 Wertberichtigungen auf Forderungen in Höhe von TEUR 773 gebildet. Dabei wurden verschiedene Faktoren wie z. B. das allgemeine Verfahrensrisiko, die Bestreitung der Zuständigkeit des Schiedsgerichts durch den Kosovo, der auch die Möglichkeit eines Vergleichs berücksichtigt, miteinbezogen. Die Forderungen vor Wertberichtigungen betragen wie im Vorjahr TEUR 2.115. Im Vorjahr hat sich das Schiedsgericht konstituiert. In einem ersten Verfahrensschritt hat das Schiedsgericht seine Zuständigkeit geprüft und bestätigt. Im zweiten Verfahrensschritt erfolgt die materielle Prüfung durch das Schiedsgericht. Eine diesbezügliche Entscheidung steht noch aus. Die im Geschäftsjahr 2012/13 gebildeten Wertberichtigungen wurden unverändert fortgeschrieben, da aus dem laufenden Verfahren noch keine neuen Erkenntnisse gewonnen werden konnten. Erläuterungen und Buchwerte sind unter Punkt B13 ersichtlich.
- Anteilsbasierte Vergütungen (Aktienoptionsprogramm): Der Marktwert der Optionen zum Zeitpunkt der Einräumung wurde nach dem Black-Scholes-Modell ermittelt. Wesentliche Parameter sind dabei die Volatilität, der risikolose Zinssatz, die erwartete Dividendenrendite sowie Annahmen hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit eines vorzeitigen Austritts von begünstigten Vorstandsmitgliedern.

Für den Fall, eines um 10% höheren bzw. 10% niedrigeren Optionswertes, hätte sich ein zusätzlicher bzw. geringerer Aufwand von TEUR 20 (im Vorjahr TEUR 42) bzw. TEUR 19 (im Vorjahr TEUR 42) für das Periodenergebnis ergeben. Angaben zum Buchwert der im Eigenkapital erfassten Rücklage finden sich unter Punkt B19.

- Vorräte: Bei der Bewertung der Vorräte werden Annahmen zur Gängigkeit sowie zu den erzielbaren Veräußerungspreisen getroffen. Da die Verkaufspreise im Regelfall fixiert sind und die Produktion primär auftragsbezogen erfolgt, bestehen bei der Bewertung der Vorräte keine nennenswerten Unsicherheiten. Die Buchwerte der Vorräte sind unter Punkt B14 ersichtlich.
- Verbindlichkeiten aus Ertragsteuern: Im Zuge einer derzeit laufenden steuerlichen Betriebsprüfung wird seitens der Finanzverwaltung der der Firmenwertabschreibung zugrundeliegende Erwerb aus dem Jahr 2007 dahingehend überprüft, ob ein die Firmenabschreibung (und in weiterer Folge auch ab dem Jahr 2011 den Abzug der Fremdfinanzierungskosten) ausschließender Erwerb von einem konzernzugehörigen Unternehmen bzw. von einem unmittelbar oder mittelbar beherrschenden Einfluss ausübenden Gesellschafter stattgefunden hat. Nach Auffassung des Konzerns liegen derartige Ausschlussgründe nicht vor, so dass für bereits veranlagte oder abgelaufene Geschäftsjahre keine Rückstellungen/Verbindlichkeiten für Steuerrisiken gebildet wurden. Eine (erstinstanzliche) abschließende Beurteilung durch die Finanzverwaltung steht noch aus. Sofern es im Rahmen der Betriebsprüfung zu einer steuerlichen Nichtanerkennung kommt und diese auch in einem fortgesetzten Verfahren nicht erfolgreich bekämpft werden kann, könnte sich für die bis zum 31.03.2015 abgelaufenen Veranlagungsjahre eine Steuernachzahlung in Höhe von rund TEUR 2.230 ergeben.

Kapitalmanagement

Ziele des Kapitalmanagements sind:

- Sicherstellung der kurz-, mittel- und langfristigen Liquidität
- Steigerung des Unternehmenswertes
- Erreichung der Wachstumsziele des Konzerns
- Optimierung der Kapitalstruktur hinsichtlich der Refinanzierungskosten
- Dividendenfähigkeit
- Ertragskraft

Das wirtschaftliche Eigenkapital entspricht dem in der Konzernbilanz ausgewiesenen Eigenkapital. Bei einer Bilanzsumme von TEUR 53.172 (im Vorjahr TEUR 52.181) beträgt die Eigenkapitalquote zum 31.03.2015 34,9% (zum 31.03.2014 35,4%).

Lieber gleich mit Kinderpass.

Damit Sie Ihre Kinder nicht in den Koffer packen müssen.
Wenn Sie auf Urlaub ins Ausland fahren, denken Sie daran: Ein eigener Kinderpass ist Pflicht. Das Prinzip „Eine Person – Ein Pass" wurde von der EU zur Sicherheit unserer Kinder eingeführt. Wenn Sie den Pass für Ihre Kinder beantragen, ist das eine gute Gelegenheit, auch Ihren bisherigen Pass gleich gegen einen der modernsten Reisepässe der Welt zu tauschen: **Damit alles sicher passt – www.passkontrolle.at**

Zukunft, die bewegt.
Mit dem modernsten Reisepass der Welt.

Eine Initiative von
Außenministerium und **Innenministerium**

B Erläuterungen zur Konzern Bilanz und zur Konzern Gesamtergebnisrechnung

1 Umsatzerlöse

Kerngeschäft des Konzerns ist der Hochsicherheitsdruck und damit in Zusammenhang stehende Dienstleistungen.

Es gelang im Geschäftsjahr 2014/15 sowohl im Inlands- als auch im Auslandsgeschäft die Umsätze zu steigern. Bei nahezu sämtlichen wesentlichen österreichischen Hochsicherheitsausweisen, die vom Konzern hergestellt werden – Elektronischer Reisepass, Führerschein, Zulassungsschein, Personalausweis, Aufenthaltstitel - wurden Zuwächse verzeichnet.

Entsprechend der Strategie integrierte Gesamtleistungen aus einer Hand anzubieten, wurden verschiedenste Elemente aus dem Gesamtangebotsportfolio zur Herstellung von Hochsicherheitsausweisen abgesetzt. So wurde das Projekt über die Lieferung und Installation eines Zentralregisters für die Föderation von Bosnien und Herzegowina erfolgreich abgeschlossen. Für die Republik Malediven wurde ein Personalisierungssystem geliefert. Für mehrere Staaten wurden Visa- und Reisepassaufträge abgewickelt.

Der Entwicklungsschwerpunkt des Konzerns lag wie in den Vorjahren bei Lösungsentwicklungen für eine sichere elektronische Identität und konkreter Umsetzungsmöglichkeiten.

Die nachstehende Aufstellung zeigt die Verteilung des Umsatzes auf In- und Ausland:

	2014/15 (in TEUR)	2013/14 (in TEUR)
Umsatz Österreich	30.131	29.398
Umsatz Ausland	5.738	4.874
Gesamt	35.869	34.272

Weitere Erläuterungen zu den Umsatzerlösen finden sich unter Punkt C1 im Rahmen der Segmentberichterstattung.

2 Sonstige betriebliche Erträge

	2014/15 (in TEUR)	2013/14 (in TEUR)
Gesamt	643	240

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind im Berichtsjahr gutgeschriebene Forschungsprämien enthalten. Des Weiteren beinhalten die sonstigen betrieblichen Erträge Umsatzboni von Lieferanten sowie Mieterträge aus der Vermietung eines Grundstücksstreifens der Betriebsliegenschaft.

3 Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen

	2014/15 (in TEUR)	2013/14 (in TEUR)
Materialaufwand	9.061	9.219
Bezogene Leistungen	5.486	4.966
Gesamt	14.547	14.185

Im Materialaufwand werden insbesondere die Kosten für Papier, Folien, Inlays und Chip-Rohlinge erfasst. Im Materialaufwand des Geschäftsjahres 2014/15 sind Gutschriften von Lieferanten in Höhe von TEUR 1.032 (im Vorjahr TEUR 0) aufwandsmindernd enthalten.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen betreffen vor allem Porti und Postgebühren für den Versand der inländischen Sicherheitsdokumente an die Bürger sowie Frachtkosten von in Summe TEUR 3.270 (im Vorjahr TEUR 3.051). Weiters ist der Aufwand für externes Personal in Höhe von TEUR 1.199 (im Vorjahr TEUR 1.273) enthalten. Der Aufwand für Lohnarbeiten und Dienstleistungen von Dritten beträgt TEUR 612 (im Vorjahr TEUR 505).

Das Bestellobligo zum 31.03.2015 beträgt TEUR 2.776 (im Vorjahr TEUR 5.006).

4 Personalaufwand

	2014/15 (in TEUR)	2013/14 (in TEUR)
Löhne	2.505	2.622
Gehälter	5.924	5.854
Aufwendungen für Abfertigungen und MVK-Beiträge	146	136
Gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben	2.057	2.048
Sonstige Sozialaufwendungen	122	160
Gesamt	10.753	10.820

In den Aufwendungen für Abfertigungen und MVK-Beiträge sind freiwillige Abfertigungszahlungen in der Höhe von TEUR 5 (im Vorjahr TEUR 72) sowie MVK-Beiträge in der Höhe von TEUR 82 (im Vorjahr TEUR 73) berücksichtigt.

Die Mitarbeiterstruktur setzt sich wie folgt zusammen:

	31.03.2015	31.03.2014	Durchschnitt 2014/15	Durchschnitt 2013/14	Veränderung Ø	Veränderung %
Arbeiter	57	61	59	64	-5	8
Angestellte	77	78	75	79	-4	5
Gesamt	134	139	134	143	-9	6

5 Abschreibungen

	2014/15 (in TEUR)	2013/14 (in TEUR)
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	395	198
Abschreibungen auf Sachanlagen	1.412	1.489
Geringwertige Wirtschaftsgüter	25	14
Gesamt	1.832	1.701

Außerplanmäßige Abschreibungen (Impairments) waren weder im Geschäftsjahr 2014/15 noch im Vorjahr erforderlich. Vermögenswerte mit Anschaffungs- oder Herstellkosten von bis zu EUR 400 werden als geringwertige Wirtschaftsgüter eingestuft und wegen untergeordneter Bedeutung sofort aufwandsmäßig verrechnet.

6 Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2014/15 (in TEUR)	2013/14 (in TEUR)
Mieten, Pacht und Leasing	134	181
Instandhaltung	907	1.057
Rechts- und Beratungsaufwand	857	886
Fremdleistungen	573	632
Werbeaufwand	245	272
Reisekosten	354	298
Versicherungsaufwendungen	87	106
Spesen des Geldverkehrs	67	49
Steuern	11	13
Übrige Aufwendungen	481	377
Gesamt	3.717	3.870

Vom Abschlussprüfer wurde für die Konzernabschlussprüfung und die Prüfung der Einzelabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen wie im Vorjahr ein Honorar in der Höhe von insgesamt TEUR 40 verrechnet. Für sonstige Beratungsleistungen wurden TEUR 9 (im Vorjahr TEUR 7) verrechnet.

In den übrigen Aufwendung sind Schulungs- und Tagungsaufwendungen in der Höhe von TEUR 131 (im Vorjahr TEUR 141), Gebühren und Umlagen in der Höhe von TEUR 111 (im Vorjahr TEUR 19) sowie Telefonkosten in der Höhe von TEUR 57 (im Vorjahr TEUR 67) enthalten.

7 Zinserträge und Zinsaufwendungen

Die Zinserträge betragen im Geschäftsjahr 2014/15 TEUR 6 (im Vorjahr TEUR 10) und betreffen vor allem Bankzinsen.

Die Zinsaufwendungen in der Höhe von TEUR 525 (im Vorjahr TEUR 562) betreffen mit TEUR 230 (im Vorjahr TEUR 252) insbesondere die Kreditzinsen für zwei langfristige Kredite, die für den Kauf der Österreichische Staatsdruckerei GmbH im Geschäftsjahr 2008 im Gesamtwert von TEUR 25.000 aufgenommen wurden. Im Vorjahr wurden diese Kredite umgeschuldet und zur Gänze getilgt (TEUR 11.143). Zur Umschuldung wurden zwei langfristige Kredite im Gesamtwert von ursprünglich TEUR 12.000 aufgenommen.

Darüber hinaus sind in den Zinsaufwendungen die sich den Finanzierungsleasingvereinbarungen ergebenden Zinsanteile der Leasingzahlungen in der Höhe von TEUR 186 (im Vorjahr TEUR 197) enthalten.

Seit dem Geschäftsjahr 2012/13 wird der Zinsaufwand aus den personalbezogenen Verpflichtungen ebenfalls unter den Zinsaufwendungen erfasst (davor im Personalaufwand). Die Zinsen aus personalbezogenen Verpflichtungen betragen im Berichtsjahr TEUR 60 (im Vorjahr TEUR 65).

8 Sonstiges Finanzergebnis

	2014/15 (in TEUR)	2013/14 (in TEUR)
Dividenden aus Wertpapieren	2	1
Kursgewinne (+) / Kursverluste (-)	14	19
Gesamt	16	20

Eine nähere Erläuterung des sonstigen Finanzergebnisses unterbleibt mangels Wesentlichkeit.

9 Ertragsteuern

	2014/15 (in TEUR)	2013/14 (in TEUR)
Aufwand für laufende Ertragsteuern	855	794
latenter Steueraufwand/-ertrag	61	93
Ertragsteueraufwand im Periodenergebnis berücksichtigt	916	887
Veränderung latenter Steuern im sonstigen Gesamtergebnis (Erhöhung)	85	10

Jener Teil der latenten Steuern, der im sonstigen Gesamtergebnis ausgewiesen ist, steht ausschließlich im Zusammenhang mit versicherungsmathematischen Ergebnissen.

Im Geschäftsjahr 2007/08 wurde ein steuerlicher Gruppenvertrag abgeschlossen. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG ist Gruppenträger und die Österreichische Staatsdruckerei GmbH sowie seit dem Geschäftsjahr 2011/12 auch die OeSD International GmbH sind Gruppenmitglieder. Der Gruppenvertrag sieht vor,

dass vom Gruppenmitglied für steuerpflichtige Ergebnisse eine Steuerumlage an den Gruppenträger zu leisten ist. Verluste werden evident gehalten und in den Folgejahren mit steuerpflichtigen Ergebnissen gegengerechnet. Die Gruppenumlage für die Gruppenmitglieder wird mit 23% des steuerlichen Gewinnes festgesetzt. In diesem Zusammenhang erfolgt die Umlage in Abstimmung mit dem Gruppenmitglied.

Die Ursachen für den Unterschied zwischen rechnerischem und ausgewiesenem Ertragssteueraufwand im Konzern stellen sich folgendermaßen dar:

	2014/15 (in TEUR)	2013/14 (in TEUR)
Ergebnis vor Steuern	5.072	4.371
Konzernsteuersatz 25%		
Erwarteter Steueraufwand	-1.268	-1.093
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	-50	-49
Nicht steuerpflichtige Erträge	25	17
Steuerersparnis Firmenwertabschreibung § 9 KStG	250	250
Steuereffekte aus Vorperioden	65	31
Sonstige Auswirkungen	60	-43
Ausgewiesene Ertragsteuern	-916	-887
Effektiver Steuersatz	18,1%	20,3%

Die Steuereffekte aus Vorperioden betreffen Aufrollungen bei der Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung. Die sonstigen Auswirkungen stehen insbesondere in Zusammenhang mit der steuerlich abweichenden Behandlung des Aktienoptionsprogramms.

10 Sonstiges Gesamtergebnis

Das sonstige Gesamtergebnis umfasst die Ergebnisse aus der Neubewertung der Schulden aus leistungsorientierten Verpflichtungen (versicherungsmathematische Effekte bei den Abfertigungsrückstellungen). Die versicherungsmathematischen Verluste sind insbesondere durch das gesunkene Zinsniveau bedingt.

Die Ertragsteuern auf das sonstige Ergebnis stehen im Zusammenhang mit den Ergebnissen aus der Neubewertung der Schulden aus leistungsorientierten Verpflichtungen.

Andere Positionen (wie beispielsweise Fremdwährungseffekte, Effekte aus der Neubewertung von Anlagen und Finanzinstrumenten, Cashflow-Hedges usw.) liegen nicht vor.

11 Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie ermittelt sich wie folgt:

	2014/15	2013/14
Aktionären des Mutterunternehmens zuzurechnender Jahresüberschuss (TEUR)	4.156	3.484
Gewichtete durchschnittliche Anzahl während der Periode ausstehender Aktien (Stück):	6.960.205	7.076.250
Unverwässertes Ergebnis je Aktie (EUR):	0,60	0,49

Die Veränderung bei der durchschnittlichen Anzahl der während der Periode ausstehenden Aktien ergibt sich durch den im September 2014 erfolgten Erwerb eigener Anteile (112.500 Stück).

	2014/15	2013/14
Aktionären des Mutterunternehmens zuzurechnender Jahresüberschuss (TEUR)	4.156	3.484
Gewichtete durchschnittliche Anzahl während der Periode ausstehender Aktien (Stück):	7.011.461	7.143.369
Verwässertes Ergebnis je Aktie (EUR):	0,59	0,49

Bei den unter Punkt B19 dargestellten gesellschaftsrechtlichen Ermächtigungen des Vorstandes hinsichtlich genehmigtes Kapital, Möglichkeit zur Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen sowie bedingtes Kapital handelt es sich noch nicht um potentiell verwässernde Aktien im Sinne des IAS 33, da noch keine Ausgabe erfolgt ist.

Bei den im Rahmen des Aktienoptionsprogramms den Mitgliedern des Vorstands in der Berichtsperiode eingeräumten Optionen handelt es sich um potentiell verwässernde Aktien. Die Berechnung der Verwässerungseffekte erfolgte nach der treasury-stock-Methode durch Ermittlung der Anzahl von fiktiven Gratisaktien in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem durchschnittlichen Börsenkurs (EUR 12,48) und dem Ausübungspreis (EUR 3,00). Zum 31.03.2015 waren 67.500 (zum 31.03.2014 90.000) Aktienoptionen ausständig. Dies entspricht 51.256 Stück potenziell verwässernder Aktien.

12 Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

Die Gliederung der Sachanlagen und der immateriellen Vermögenswerte ist aus dem Anlagespiegel ersichtlich.

Die Nutzungsdauern betragen für:

Datenverarbeitungsprogramme	3 bis 10 Jahre
Grundstücke und Bauten	8 bis 26 Jahre
Technische Anlagen und Maschinen	2 bis 10 Jahre
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung und Fuhrpark	3 bis 10 Jahre

Der Firmenwert in Höhe von TEUR 20.751 resultiert aus dem Erwerb der Österreichische Staatsdruckerei GmbH und wird als Teil der immateriellen Vermögenwerte ausgewiesen.

Der unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesene Firmenwert hat einen zum Vorjahr unveränderten Buchwert in Höhe von TEUR 20.751. Für Zwecke der Durchführung der Werthaltigkeitsprüfung wird der Firmenwert den einzelnen zahlungsmittelgenierenden Einheiten zugeordnet. Als zahlungsmittelgenerierende Einheiten (cash generating unit - CGU) bestehen die Segmente Security Print und e-government.

Die Aufteilung des Firmenwertes, welcher aus dem vor der erstmaligen IFRS-Bilanzierung zurückliegenden Erwerb der Österreichische Staatsdruckerei GmbH resultiert, erfolgte auf Basis der im Erwerbszeitpunkt vorliegenden Businesspläne. Auf dieser Grundlage entfällt auf die CGU Security Print ein Firmenwert in Höhe von TEUR 8.035 und auf die CGU e-government ein Firmenwert in Höhe von TEUR 12.716.

Im Rahmen des Werthaltigkeitstests wurde durch Diskontierung der zukünftig erwarteten Zahlungsströme der Nutzungswert für die beiden zahlungsmittelgenerierenden Einheiten ermittelt. Die Zahlungsströme für die kommenden drei Jahre wurden auf Basis der vom Aufsichtsrat genehmigten Mittelfristplanung angesetzt. Wesentliche Annahmen sind eine Ausweitung des Auslandsgeschäftes, Mengensteigerungen beim Zulassungsschein im Scheckkartenformat sowie eine Absatzentwicklung beim österreichischen Reisepass auf der Grundlage der zu erneuernden Reisepässe nach Ablauf deren zeitlicher Gültigkeit. Damit verbunden ist eine Erhöhung der Umsatzerlöse. Für die nach dem dreijährigen Detailplanungszeitraum angesetzte ewige Rente wird von einem gleichbleibenden Umsatzniveau (welches etwas unter dem Durchschnitt der dreijährigen Detailplanung liegt) sowie um einen Sicherheitsabschlag gekürzten von einer aus Vergangenheits- und Planungsdaten abgeleiteten EBIT-Marge von 10,57% für die CGU Security Print bzw. 14,72% für die CGU e-government (im Vorjahr einheitlich 12,00%) ausgegangen. Es wurden keine Wachstumsraten in der ewigen Rente berücksichtigt.

Die Diskontierung der zukünftig erwarteten Zahlungsströme erfolgt für die CGU Security Print mit einem WACC (vor Steuern) in Höhe von 5,18% (im Vorjahr 8,79%) und für die CGU e-government mit einem WACC in Höhe von 5,57% (im Vorjahr 7,85%). Der Rückgang beim WACC ist insbesondere auf das gesunkene Zinsniveau sowie einen im Vergleich zum Vorjahr geringeren Beta-Faktor zurückzuführen. Die Differenzierung bei den beiden CGU trägt dem Umstand Rechnung, dass der Anteil des Auslandsgeschäfts in der CGU Security Print höher ist und daher insgesamt einem höheren Risiko unterliegt. Die Ermittlung des WACC erfolgte auf der Basis von Kapitalmarktdaten, wobei aufgrund der niedrigeren Aktienumsätze und der damit verbundenen fehlenden Repräsentativität nicht der Beta-Faktor der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG herangezogen wurde.

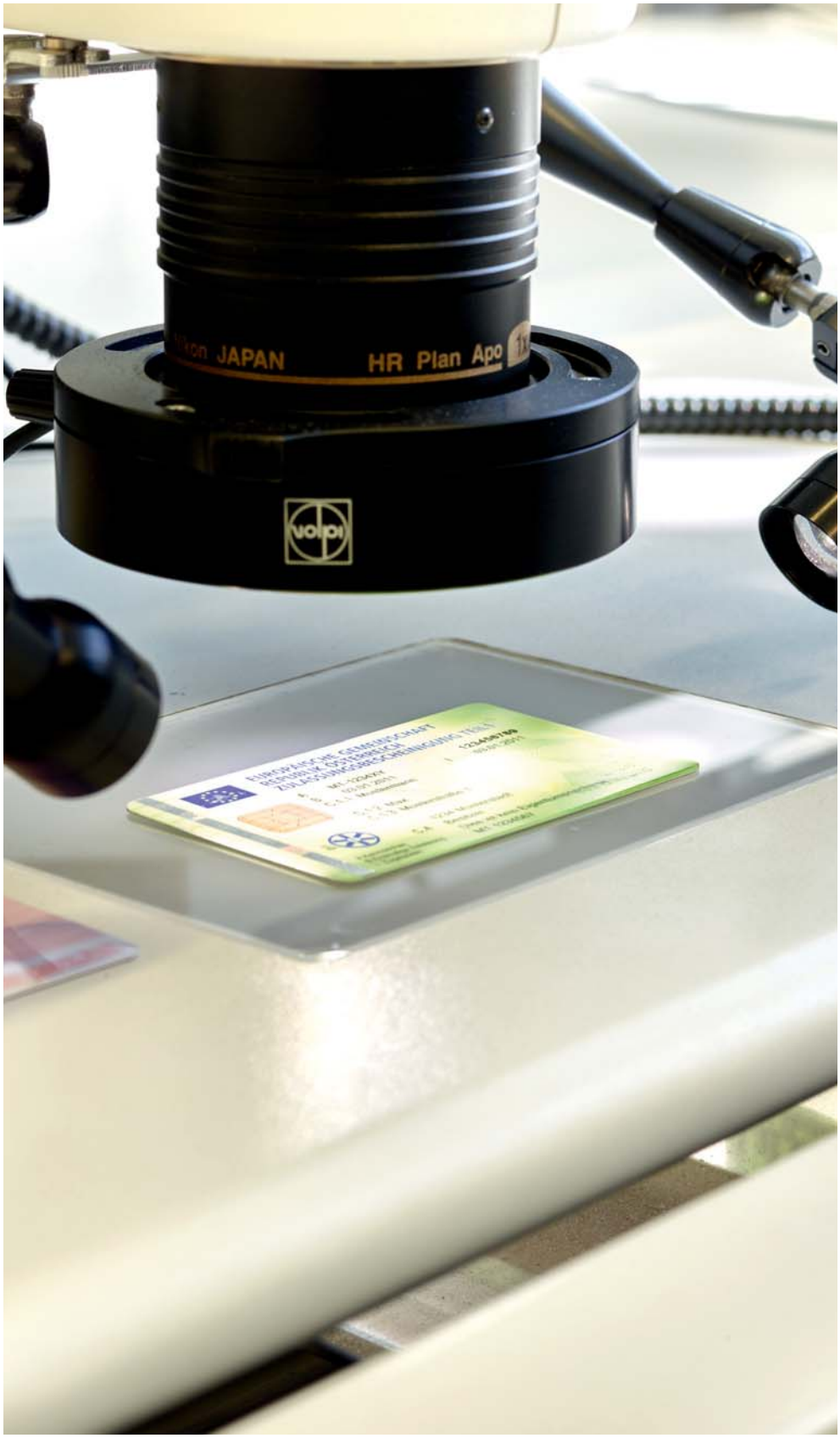
Die ermittelten Nutzungswerte liegen deutlich über den Buchwerten.

Die durchgeführten Sensitivitätsanalysen zeigen, dass sich weder bei einem durchgängig um 30% niedrigeren EBIT noch bei einer Erhöhung der Zinssätze um 3%-Punkte ein Impairmentbedarf ergibt. Der Vorstand ist der Auffassung, dass derzeit keine nach vernünftigem Ermessen grundsätzlich mögliche Änderung einer der zur Bestimmung des Nutzungswertes getroffenen Annahmen dazu führen könnte, dass der Buchwert der CGU ihren erzielten Wert wesentlich übersteigt.

In den sonstigen immateriellen Vermögenswerten sind Entwicklungskosten gemäß IAS 38 mit Herstellungskosten von TEUR 2.612 (im Vorjahr TEUR 2.152) bzw. einem Restbuchwert von TEUR 1.685 (im Vorjahr TEUR 1.481) enthalten. Die Buchwerte betreffen im Ausmaß von TEUR 718 (im Vorjahr TEUR 876) Entwicklungen in Zusammenhang mit dem österreichischen Reisepass mit Chip. Die Entwicklungskosten für Scheckkartenformate mit Chip haben einen Buchwert von TEUR 150 (im Vorjahr TEUR 125), der Buchwert von weiteren Sicherheitsinnovationen beträgt TEUR 816 (im Vorjahr TEUR 480).

Im Geschäftsjahr wurden Entwicklungskosten in der Höhe von TEUR 460 (im Vorjahr TEUR 462) aktiviert. An Forschungs- und Entwicklungskosten wurden TEUR 167 (im Vorjahr TEUR 149) aufwandswirksam erfasst.

Das Bestellobligo per 31.03.2015 für Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte beträgt TEUR 65 (per 31.03.2014 TEUR 315).


JAPAN
HR Plan Apo

Konzernanlagenspiegel 2014/2015

	ANSCHAFFUNGS- BZW. HERSTELLUNGSKOSTEN				
	Stand 01.04.2014	Umgliederungen	Zugänge	Abgänge	Stand 31.03.2015
1. Immaterielle Vermögenswerte					
a) Firmenwert	20.751	0	0	0	20.751
b) Rechte, Datenverarbeitungsprogramme, aktivierte Entwicklungskosten	3.955	0	645	104	4.497
Summe immaterielle Vermögenswerte	**24.706**	**0**	**645**	**104**	**25.248**
2. Sachanlagen					
a) Grundstücke und Gebäude	11.847	0	62	0	11.909
b) Technische Anlagen und Maschinen	18.916	0	376	1	19.291
c) Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.006	0	307	95	3.218
Summe Sachanlagen	33.768	0	746	96	34.418
Summe Anlagevermögen	**58.475**	**0**	**1.391**	**200**	**59.666**

Konzernanlagenspiegel 2013/2014

	ANSCHAFFUNGS- BZW. HERSTELLUNGSKOSTEN				
	Stand 01.04.2013	Umgliederungen	Zugänge	Abgänge	Stand 31.03.2014
1. Immaterielle Vermögenswerte					
a) Firmenwert	20.751	0	0	0	20.751
b) Rechte, Datenverarbeitungsprogramme, aktivierte Entwicklungskosten	3.285	0	701	30	3.955
Summe immaterielle Vermögenswerte	**24.036**	**0**	**701**	**30**	**24.706**
2. Sachanlagen					
a) Grundstücke und Gebäude	11.763	0	84	0	11.847
b) technische Anlagen und Maschinen	18.864	12	55	14	18.916
c) andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.799	0	260	53	3.006
d) geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	12	-12	0	0	0
Summe Sachanlagen	33.437	0	399	67	33.768
Summe Anlagevermögen	**57.473**	**0**	**1.100**	**98**	**58.475**

	BUCHWERTE		ABSCHREIBUNGEN			
	31.03.2015	31.03.2014	Stand 01.04.2014	Geschäftsjahr	Abgänge kumulierte Abschreibung in Folge von Anlagenabgängen	31.03.2015
	20.751	20.751	0	0	0	0
	2.090	1.848	2.108	403	103	2.407
	22.841	**22.599**	**2.108**	**403**	**103**	**2.407**
	9.807	10.102	1.744	358	0	2.102
	2.272	2.667	16.249	771	1	17.019
	741	737	2.269	301	93	2.477
	12.820	13.506	20.262	1.430	94	21.598
	35.661	**36.105**	**22.370**	**1.832**	**197**	**24.005**

	BUCHWERTE		ABSCHREIBUNGEN			
	31.03.2014	31.03.2013	Stand 01.04.2013	Geschäftsjahr	Abgänge kumulierte Abschreibung in Folge von Anlagenabgängen	31.03.2014
	20.751	20.751	0	0	0	0
	1.848	1.351	1.934	203	30	2.108
	22.599	**22.102**	**1.934**	**203**	**30**	**2.108**
	10.102	10.368	1.395	350	0	1.744
	2.667	3.357	15.506	757	14	16.249
	737	869	1.930	392	53	2.269
	0	12	0	0	0	0
	13.506	14.606	18.831	1.499	67	20.262
	36.105	**36.707**	**20.765**	**1.701**	**97**	**22.370**

13 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

31. März 2015 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.716	0	0	7.716
Gesamt	7.716	0	0	7.716

31. März 2014 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.218	0	0	6.218
Gesamt	6.218	0	0	6.218

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bestehen zur Gänze aus dem Verkauf von Druckprodukten und Sicherheitsdienstleistungen.

Die Wertberichtigungen zu Forderungen aus dem Geschäftsjahr 2012/13 wurden wie im Vorjahr unverändert fortgeschrieben:

	in TEUR
Stand 01.04.2014	773
Zuführungen	0
Inanspruchnahme	0
Stand 31.03.2015	773

Die Wertberichtigungen zu Forderungen betreffen ausschließlich Ansprüche aus dem Liefervertrag mit der Republik Kosovo:

Im Zuge der Abwicklung dieses Auftrags hat sich im Herbst 2012 herausgestellt, dass Zahlungen der Republik Kosovo unter Missachtung der vertraglichen Zahlungsbestimmungen an ein kosovarisches Unternehmen, mit dem auch der Konzern Geschäftsbeziehungen unterhalten hatte, erfolgt sind. Nach Ansicht des Vorstands erfolgten die Zahlungen entweder in Kollusion mit dem kosovarischen Unternehmen oder jedenfalls grob fahrlässig, sodass aus Sicht des Konzerns die Forderungen noch nicht beglichen sind. In weiterer Folge hat sich das Gesprächsklima mit der Republik Kosovo verschlechtert, so dass die Zahlungen für weitere bereits erfolgte Lieferungen zurückgehalten wurden und schließlich Ende Jänner 2013 der Vertrag seitens der Republik Kosovo gekündigt wurde.

Im Februar 2013 wurde eine Klage beim Schiedsgericht der Internationalen Handelskammer in Paris eingebracht. Die finale Klagsforderung beträgt TEUR 5.867 und umfasst offene Lieferforderungen sowie Schadenersatzansprüche aus entgangenen Gewinnen.

Die Bewertung der im Jahresabschluss zum 31.03.2013 gebildeten Wertberichtigungen und Vorsorgen erfolgte unter Würdigung verschiedener Faktoren wie z.B. das allgemeine Verfahrensrisiko, die Bestreitung der Zuständigkeit des Schiedsgerichts durch den Kosovo sowie der Tatsache, dass die tatsächlichen inhaltlichen Ein-

wendungen des Kosovo noch nicht bekannt sind. Dabei wurde auch die Möglichkeit eines Vergleichs berücksichtigt.

Im Vorjahr hat sich das Schiedsgericht konstituiert. In einem ersten Verfahrensschritt hat das Schiedsgericht seine Zuständigkeit geprüft und bestätigt. Im zweiten Verfahrensschritt erfolgt die materielle Prüfung durch das Schiedsgericht. Eine diesbezügliche Entscheidung steht noch aus. Die zum Jahresabschluss 31.03.2013 gebildeten Wertberichtigungen wurden unverändert fortgeschrieben, da aus dem laufenden Verfahren noch keine neuen Erkenntnisse gewonnen werden konnten. Die Geschäftsführung ist unverändert davon überzeugt, dass die geltend gemachten Ansprüche zu Recht bestehen und die Zahlungen der Republik Kosovo an das kosovarische Unternehmen nach den vertraglichen Bestimmungen nicht mit schuldbefreiender Wirkung erfolgt sind. Darüber hinaus ist nach Ansicht der Geschäftsführung auch die Vertragskündigung seitens der Republik Kosovo ungerechtfertigt erfolgt. Dennoch besteht ein Risiko, dass sich Ansprüche bzw. Teile der Ansprüche nicht oder nicht vollständig realisieren lassen und es zu Forderungsausfällen bzw. zu von der Gesellschaft final zu tragenden Prozess- und Verfahrenskosten kommen kann.

Mit dem Abschluss des Verfahrens ist nach Einschätzung der befassten Rechtsanwaltskanzlei nicht vor Ende 2015 zu rechnen.

Insgesamt bestehen zum 31.03.2015 wie im Vorjahr gegenüber der Republik Kosovo Forderungen (vor Wertberichtigungen) in Höhe TEUR 2.115.

Die überfälligen und nicht wertberichtigten Forderungen gliedern sich wie folgt:

	31.03.2015 (in TEUR)	31.03.2014 (in TEUR)
1 – 60 Tage	1.376	742
61 – 120 Tage	668	6
Über 121 Tage	1.059	933
Gesamt	3.103	1.681

In den mehr als 121 Tagen überfälligen und nicht wertberichtigten Forderungen sind Forderungen gegenüber der Republik Kosovo in unveränderter Höhe von TEUR 738 enthalten. Diese sind ebenfalls Gegenstand des Schiedsgerichtsverfahrens. Da keine vertretbaren Einwendungen des Kosovo erkennbar sind, wurde für diesen Teil der Ansprüche keine Wertberichtigung vorgenommen. Eine weitere Forderung über TEUR 242 gegen einen anderen Kunden wurde nach dem Bilanzstichtag beglichen.

14 Vorräte

Die Aufteilung des Vorratsvermögens stellt sich wie folgt dar:

	31.03.2015 (in TEUR)	31.03.2014 (in TEUR)
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.311	2.502
Unfertige Erzeugnisse	2.300	2.825
Fertige Erzeugnisse und Waren	432	456
Gesamt	5.043	5.782

Es werden Stichtags- bzw. permanente Inventuren durchgeführt.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden nach dem gleitenden Durchschnittspreisverfahren zu Anschaffungskosten bzw. zum allenfalls niedrigeren Nettoveräußerungswert bewertet. Die Bewertung der unfertigen und fertigen Erzeugnisse erfolgt zu Herstellkosten bzw. zum allenfalls niedrigeren Nettoveräußerungswert.

Im Geschäftsjahr 2014/15 wurden Wertberichtigungen auf Vorräte in Höhe von TEUR 30 (im Vorjahr TEUR 51) aufwandswirksam erfasst und betreffen Teilabschreibungen für inländische Projekte, im Vorjahr in- und ausländische Projekte. Die im Vorjahr vorgenommenen Wertberichtigungen wurden im GJ 2014/15 wieder zugeschrieben und die Projekte abgeschlossen.

Im Geschäftsjahr 2012/13 wurden Wertberichtigungen im Zusammenhang mit dem Kosovo-Auftrag gebildet, diese betreffen unfertige Erzeugnisse in Höhe von TEUR 722 sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von TEUR 17. Aufgrund der Kündigung des Liefervertrags durch den Kosovo Ende Jänner 2013 sind die damit im Zusammenhang stehenden Vorräte de facto wertlos geworden. Ansprüche können nur noch im Wege von Schadenersatzforderungen geltend gemacht werden und sind Teil der seitens des Konzerns eingebrachten Schiedsgerichtsklage. Unter Berücksichtigung der Bilanzierungsregeln der IFRS erfüllen die mit Risiken behafteten Schadenersatzansprüche jedoch nicht das Kriterium eines Vermögenswertes, so dass derartige Ansprüche nicht bilanziert werden konnten.

15 Sonstige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte

Sonstige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	31.03.2015 (in TEUR)	31.03.2014 (in TEUR)
Wertpapiere und Anteile	94	80
Debitorische Kreditoren	135	0
Sonstige Forderungen	75	0
Gesamt	305	80

Bei den Wertpapieren und Anteilen handelt es sich um Aktien an einem ungarischen und an einem griechischen Unternehmen. Die Bewertung erfolgt mit dem Börsenkurs zum Bilanzstichtag. Der Buchwert der weiteren finanziellen Vermögenswerte entspricht dem Zeitwert.

16 Sonstige nicht finanzielle Vermögenswerte

Sonstige kurzfristige nicht finanzielle Vermögenswerte	31.03.2015 (in TEUR)	31.03.2014 (in TEUR)
Forderungen aus Bonifikationen	737	0
Forderungen aus Steuern und Abgaben	172	215
geleistete Anzahlungen und Rechnungsabgrenzungen	215	225
Gesamt	1.124	441

Sonstige langfristige nicht finanzielle Vermögenswerte	31.03.2015 (in TEUR)	31.03.2014 (in TEUR)
Forderungen aus Bonifikationen	729	0
Gesamt	729	0

Die sonstigen nicht finanziellen Vermögenswerte betreffen insbesondere Forderungen aus Bonifikationen für in der Vergangenheit bezogene Lieferungen, welche dem Konzern in Form von künftigen Gratislieferungen in den Geschäftsjahren 2015/16 und 2016/17 vergütet werden.

17 Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

	31.03.2015 (in TEUR)	31.03.2014 (in TEUR)
Kassenbestand	4	3
Guthaben bei Kreditinstituten	2.388	3.374
Gesamt	2.392	3.377

Sämtliche Bestandteile der liquiden Mittel stehen zur freien Verfügung des Konzerns.

18 Latente Steueransprüche und -verbindlichkeiten aus laufenden Ertragsteuern

Die Steuerlatenzen resultieren insbesondere aus der unterschiedlichen Behandlung von Leasingvereinbarungen (Anlagevermögen bzw. Verbindlichkeiten), aktivierten Entwicklungskosten, der Zeitwertbewertung von Wertpapieren sowie aus den Abfertigungsrückstellungen. Steuerlich wurden die Abfertigungsrückstellungen im Geschäftsjahr 2001 vollständig aufgelöst. Steuerliche Verlustvorträge liegen keine vor. Darüber hinaus resultieren die Steuerlatenzen aus Unterschieden bei der steuerlichen Behandlung des Aktienoptionsprogramms (Zeitpunkt und Bewertung der steuerlichen Betriebsausgaben).

Latente Steuerverbindlichkeiten, die durch temporäre Differenzen im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochterunternehmen entstehen, werden nicht angesetzt, wenn der Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenzen vom Konzern bestimmt werden kann und es wahrscheinlich ist, dass sich die temporären Differenzen

in absehbarer Zeit aufgrund dieses Einflusses nicht umkehren werden. Die Summe derartiger temporärer Differenzen, für die keine latenten Steuerschulden bilanziert werden, beträgt TEUR 290.

Die Unterschiede zwischen den Wertansätzen in der Steuer- und in der IFRS-Bilanz resultieren aus folgenden Unterschiedsbeträgen bzw. wirken sich mit folgender Steuerlatenz aus:

Unterschiedsbeträge

	31.03.2015 (in TEUR)	31.03.2014 (in TEUR)
Personalrückstellungen (aktive)	2.090	1.740
Verbindlichkeiten (aktive)	687	1.221
Aktienoptionsprogramm (aktive)	675	396
Anlagevermögen (aktive)	0	23
Gesamt (aktive)	3.452	3.380
Anlagevermögen (passive)	2.609	2.649
Wertpapiere und Anteile (passive)	33	18
Gesamt (passive)	2.642	2.667

Steuerlatenzen

	31.03.2015 (in TEUR)	31.03.2014 (in TEUR)
Personalrückstellungen (aktive)	522	435
Verbindlichkeiten (aktive)	172	305
Aktienoptionsprogramm (aktive)	169	99
Anlagevermögen (aktive)	0	6
Gesamt (aktive)	863	845
Anlagevermögen (passive)	653	662
Wertpapiere und Anteile (passive)	8	5
Gesamt (passive)	661	667

In der Bilanz wurde eine Saldierung von aktiven und passiven Steuerlatenzen vorgenommen und der Überhang von TEUR 202 (im Vorjahr TEUR 178) auf der Aktivseite ausgewiesen.

Die Veränderung der latenten Steuern leitet sich folgendermaßen über:

	31.03.2015 (in TEUR)	31.03.2014 (in TEUR)
Latente Steuern zum Geschäftsjahresbeginn	178	261
Latenter Steueraufwand /-ertrag	-61	-93
Veränderung latente Steuern im sonstigen Gesamtergebnis	85	10
Latente Steuern zum Geschäftsjahresende	202	178

Die Verbindlichkeiten aus laufenden Ertragsteuern in der Höhe von TEUR 599 (im Vorjahr TEUR 862) betreffen noch nicht veranlagte Körperschaftsteuern und ermitteln sich als Differenzbetrag zwischen der festzusetzenden Körperschaftsteuer und den getätigten Vorauszahlungen. Zum 31.03.2015 waren die Geschäftsjahre 2013/14 und 2014/15 noch nicht veranlagt.

19 Eigenkapital

Die Entwicklung des Eigenkapitals kann aus der Aufstellung der Veränderung des Eigenkapitals entnommen werden.

Grundkapital und eigene Anteile

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt TEUR 7.500 und ist in 7.500.000 nennbetragslose, auf Inhaber lautende, Stückaktien zerlegt.

Hauptaktionäre sind die GRT-Privatstiftung und die G3 Industrie Privatstiftung mit einem Anteil von jeweils rund 45,7%. Die im März 2012 gemeinsam mit der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG errichtete Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung hält einen Anteil von 4,90%.

Bei den von der Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung am 29. März 2012 außerbörslich erworbenen 367.500 Aktien handelt es sich aufgrund der Einbeziehung der Stiftung in den Konzernabschluss (vgl. dazu die Ausführungen unter Punkt A2) bilanziell um eigene Anteile. Nach österreichischem Unternehmensrecht sind diese Aktien stimmberechtigt.

Am 18.10.2013 sowie am 19.09.2014 wurden zum Zwecke der Bedienung des Aktienoptionsprogramms je 112.500 Aktien erworben, bei denen es sich bilanziell um eigene Anteile handelt.

Die eigenen Anteile werden zu Anschaffungskosten im Eigenkapital abgezogen.

Gesetzliche Rücklage

Die gesetzlich vorgeschriebene Gewinnrücklage im Ausmaß von 10% des Grundkapitals wurde bereits in Vorjahren in voller Höhe gebildet.

Neubewertung der Nettoschuld aus leistungsorientierten Verpflichtungen

Diese im Eigenkapital gesondert dargestellte Position resultiert aus der Anwendung des IAS 19 und betrifft die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste, die über das sonstige Gesamtergebnis erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst wurden. Zum 31.03.2015 besteht für die Rücklage ein negativer Wert von TEUR 371 (im Vorjahr TEUR 115).

Rücklage aus Aktienoptionen im Zusammenhang mit anteilsbasierten Vergütungen

Im Geschäftsjahr 2012/13 wurde für die Mitglieder des Vorstands ein Aktienoptionsprogramm beschlossen:

Das Aktienoptionsprogramm wurde unter Einhaltung der Grundsätze für Bezüge der Vorstandsmitglieder gemäß § 78 AktG erstellt. Die inhaltlichen Bedingungen

wurden vom Aufsichtsrat festgelegt. Die Bedienung der Aktienoptionen soll mit eigenen Aktien erfolgen, eine entsprechende Beschlussfassung dazu ist in der Hauptversammlung vom 14.09.2012 bzw. 11.07.2014 erfolgt.

Das Aktienoptionsprogramm läuft ab dem Geschäftsjahr 2012/13 (beginnend mit 01.04.2012). Der Zeitraum, in welchem den Vorstandsmitgliedern Optionen eingeräumt werden, beträgt fünf Jahre und ist in fünf idente Tranchen unterteilt. In das Aktienoptionsprogramm wurden die Mitglieder des Vorstands mit Ausnahme des Vorstandsvorsitzenden, Herrn Ing. Robert Schächter, einbezogen.

Gemäß dem Aktienoptionsprogramm werden den Berechtigten pro Geschäftsjahr 22.500 Optionen gewährt. Die Gesamtanzahl der an Vorstände im Rahmen des Aktienoptionsprogramms einzuräumenden Optionen beträgt – unter Berücksichtigung der ursprünglich anspruchsberechtigten Vorstandsmitglieder – ursprünglich maximal insgesamt 337.500. Jede Option berechtigt zum Erwerb einer Aktie der Gesellschaft.

Der Ausübungspreis wurde mit EUR 3 je Aktie festgelegt. Die eingeräumten Optionen können von jedem Vorstandsmitglied jeweils nach einer Wartefrist von zwei Jahren ab dem Zeitpunkt der Einräumung der Optionen bis zum Ablauf der nächsten drei Jahre ausgeübt werden. Eingeräumte Optionen sind nicht übertragbar. Für die aufgrund der Ausübung der Optionen erworbenen Aktien besteht keine Behaltefrist. Die Bedienung der Aktienoptionen erfolgt durch Erwerb eigener Anteile.

Die Bilanzierung des Aktienoptionsprogramms erfolgt gemäß IFRS 2 als Personalaufwand einerseits und innerhalb des Eigenkapitals in den Kapitalrücklagen.

Herr Mag. Thomas Zach hat seine Vorstandstätigkeit mit 31.03.2013 zurückgelegt und nimmt daher am Aktienoptionsprogramm nicht mehr teil.

Mit Vereinbarung vom 02.12.2014 ist Herr Mag. Lackner aus dem Aktienoptionsprogramm ausgeschieden. Dabei kam es zu einem Verzicht auf die Anwartschaften auf Aktienoptionen ab dem Geschäftsjahr 2014/15. Die davor eingeräumten Optionen über insgesamt 45.000 Stück wurden entsprechend den Bedingungen des Aktienoptionsprogramms mit einer einmaligen Zahlung in Höhe von TEUR 402 abgefunden. Im Ausmaß von TEUR 195 erfolgte dabei eine Kürzung der Rücklage aus Aktienoptionen der darüber hinausgehende Betrag in Höhe von TEUR 207 wurde erfolgsmindernd im Personalaufwand erfasst.

Durch das Ausscheiden der beiden Vorstandsmitglieder aus dem Aktienoptionsprogramm hat sich die Anzahl der maximal einzuräumenden Optionen auf 112.500 verringert.

Zum 31.03.2013, 31.03.2014 und 31.03.2015 sind Herrn Prof. Gausterer jeweils 22.500 Aktienoptionen eingeräumt. Diese Optionen können frühestens zum 01.04.2014, 01.04.2015 und 01.04.2016 ausgeübt werden. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden – wie schon in den Jahren zuvor - keine Optionen ausgeübt.

Der Marktwert der zum Bilanzstichtag eingeräumten Rechte beträgt TEUR 810 (im Vorjahr TEUR 792).

Der Marktwert der Optionen zum Zeitpunkt der Einräumung wurde nach dem Black-Scholes-Modell ermittelt, wobei auch Annahmen hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit eines vorzeitigen Austritts von begünstigten Vorstandsmitgliedern berücksichtigt wurde.

Die wesentlichen Parameter für dieses Modell waren:

Erwartete Volatilität:	1,66%
Risikofreier Zinssatz:	0,48%
Dividendenrendite:	2,97%

Im Berichtsjahr wurde ein Betrag von TEUR 197 (im Vorjahr 420) im Personalaufwand einerseits und als Kapitalrücklage innerhalb des Eigenkapitals erfasst. Dieser Vorgang betrifft die Herrn Generaldirektor Prof. Gausterer eingeräumten Optionen im Rahmen des Aktienoptionsprogramms.

Am 18.10.2013 wurden zum Zwecke der Bedienung des Aktienoptionsprogramms 112.500 eigene Aktien zu je EUR 11,80 erworben. Am 19.09.2014 wurden zu diesem Zwecke 112.500 Aktien zu je EUR 12,10 erworben. Die angeschafften Aktien entsprechen 3% der ausgegebenen Aktien.

Einbehaltene Gewinne

Die einbehaltenen Gewinne enthalten thesaurierte Gewinne aus Vorjahren. Für das Berichtsjahr wird der Vorstand der Gesellschaft die Auszahlung einer Dividende von EUR 0,45 pro stimmberechtigter Aktie vorschlagen. Dies entspricht einer Ausschüttung von insgesamt rund TEUR 3.274.

Für das vorangegangene Geschäftsjahr wurde ein Dividende von TEUR 2.585 (EUR 0,35 pro stimmberechtigter Aktie) ausgeschüttet. Unter Berücksichtigung der von der konzernzugehörigen Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung gehaltenen Anteile sowie der eigenen Anteile betrug die an die Eigentümer ausgeschüttete Dividende TEUR 2.458.

Sonstige Angaben

In der **Hauptversammlung vom 30.09.2011** wurden u.a. folgende Beschlüsse gefasst, die künftig Auswirkungen auf das Eigenkapital der Konzernmuttergesellschaft entfalten können:

Ermächtigung des Vorstands gemäß § 169 AktG, das Grundkapital innerhalb von fünf Jahren ab Beschlussfassung, mit Zustimmung des Aufsichtsrats um bis zu maximal Nominale TEUR 1.875 durch Ausgabe von bis zu 1.875.000 Stück auf Inhaber oder Namen lautende Stückaktien zum Mindestausgabekurs von 100% des anteiligen Betrags am Grundkapital, in einer oder mehreren Tranchen gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen und die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Dabei wird das Bezugsrecht der Aktionäre hinsichtlich der neuen Aktien ausgeschlossen (genehmigtes Kapital I).

Ermächtigung des Vorstands gemäß § 169 AktG, das Grundkapital innerhalb von fünf Jahren ab Beschlussfassung, mit Zustimmung des Aufsichtsrats um bis zu maximal

Nominale TEUR 1.875 durch Ausgabe von bis zu 1.875.000 Stück auf Inhaber oder Namen lautende Stückaktien zum Mindestausgabekurs von 100% des anteiligen Betrags am Grundkapital, in einer oder mehreren Tranchen gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen und die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Dabei kann ein Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre hinsichtlich der neuen Aktien vorgesehen werden (genehmigtes Kapital II).

Ermächtigung des Vorstands gemäß § 174 Abs. 2 AktG, innerhalb von fünf Jahren ab Beschlussfassung, Wandelschuldverschreibungen, mit denen ein Umtausch- oder Bezugsrecht auf bis zu 3.750.000 Stück auf Inhaber oder Namen lautende Stammaktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu TEUR 3.750 verbunden ist, in einer oder mehreren Tranchen auszugeben und sämtliche Bedingungen der Wandelschuldverschreibungen festzusetzen. Dabei wird das Bezugsrecht der Aktionäre gemäß § 174 Abs. 4 AktG in Verbindung mit § 153 AktG im Falle der Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen gemäß dieser Ermächtigung ausgeschlossen.

Beschluss über eine bedingte Erhöhung des Grundkapitals gemäß § 159 Abs. 2 Z 1 AktG um bis zu TEUR 3.750 durch Ausgabe von bis zu 3.750.000 Stück neue, auf Inhaber oder Namen lautende Stammaktien der Gesellschaft zur Gewährung von Umtausch- oder Bezugsrechten an die Gläubiger der Wandelschuldverschreibungen (bedingtes Kapital).

In der **Hauptversammlung vom 11.07.2014** wurde der Vorstand für die Dauer von 30 Monaten zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 65 Abs. 1 Z 8 sowie Abs. 1a und 1b AktG bis zu maximal 10% des Grundkapitals ermächtigt. Der Vorstand wurde weiters ermächtigt, erworbene eigene Aktien ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss einzuziehen oder wieder zu veräußern und die Veräußerungsbedingungen festzusetzen. Die Ermächtigung kann ganz oder in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen oder für Rechnung der Gesellschaft durch Dritte ausgeübt werden.

Gemäß § 65 Abs. 1b AktG in Verbindung mit § 153 Abs. 3 und 4 AktG ist, unbeschadet der Bestimmung des § 65 Abs. 1b letzter Satz AktG, die Verwendung von erworbenen eigenen Aktien zum Zwecke der Bedienung von Mitgliedern des Vorstands gewährten Aktienoptionen im Ausmaß von maximal bis zu 225.000 Aktien gestattet, wobei diesfalls das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen ist.

Schließlich wurde der Vorstand für die Dauer von fünf Jahren ermächtigt, erworbene eigene Aktien gemäß § 65 Abs. 1b AktG in Verbindung mit §§ 169 bis 171 AktG mit Zustimmung des Aufsichtsrats auf jede andere gesetzliche Art, auch außerbörslich zu veräußern, wobei der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht (das Wiederkaufsrecht) der Aktionäre ausschließen kann.

Mit diesem Beschluss wurde der vorangegangene Hauptversammlungsbeschluss vom 14.09.2012 widerrufen, dessen Inhalt durch den neuen Beschluss obsolet geworden ist.

20 Rückstellungen

Bei der Ermittlung der Rückstellungen wurde beurteilt, ob eine Inanspruchnahme durch die Gesellschaft wahrscheinlich ist und ob die voraussichtliche Höhe der Rückstellung zuverlässig geschätzt werden konnte.

Personalrückstellungen

	31.03.2015 (in TEUR)	31.03.2014 (in TEUR)
Abfertigungen	2.061	1.712
Jubiläumsgelder	77	85
Gesamt	2.138	1.797

Versicherungsmathematische Annahmen

Die folgende Tabelle zeigt die bei der Bewertung von Verpflichtungen aus Jubiläumsgeldzuwendungen und Abfertigungen verwendete Annahmen:

	2014/15	2013/14
Abzinsungsfaktor	1,39%	3,50%
Gehaltssteigerung p.a.	2,00%	2,00%

Bei der Berechnung wurden die sozial- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen berücksichtigt. Die Pensionseintrittsalter richten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen der Pensionsreform 2003.

Abfertigungsrückstellung:

	31.03.2015 (in TEUR)	31.03.2014 (in TEUR)
Dienstzeitaufwendungen	60	62
Zinsaufwand	60	65
Erfassung im Gewinn und Verlust der laufenden Periode	120	127
Versicherungsmathematische Gewinne (-) / Verluste (+) aus der Veränderung finanzieller Annahmen	319	35
Versicherungsmathematische Gewinne (-) / Verluste (+) aus erfahrungsbedingten Anpassungen	21	6
Erfassung im sonstigen Gesamtergebnis	340	41

	31.03.2015 (in TEUR)	31.03.2014 (in TEUR)
Barwert der erworbenen Anwartschaften 01.04.	1.712	1.857
Dienstzeitaufwendungen	60	62
Zinsaufwand	60	65
Abfertigungszahlungen	-111	-314
Versicherungsmathematische Gewinne (-) / Verluste (+)	340	41
Barwert der erworbenen Anwartschaften 31.03.	2.061	1.712

Sensitivitätsbetrachtung der Abfertigungsrückstellung:

Folgende versicherungsmathematische Annahmen wurden als erheblich erachtet und mit folgenden Spannen gestresst; Abzinsungssatz +/- 0,25%, Lebenserwartung (LE) +/-1 Jahr. Aufgrund der bereits in der Rückstellungsberechnung berücksichtigten sehr geringen Fluktuation wurde für diesen Parameter keine Sensitivitätsanalyse durchgeführt. Die Auswirkungen bei einer Veränderung der Gehaltstrends +/- 0,25% würden in etwa jenen Effekten aus einer isolierten Anpassung des Abzinsungssatzes entsprechen.

Die Sensitivitätsbetrachtung der Lebenserwartung erfolgte dabei über eine Verschiebung der durchschnittlichen Lebenserwartung für den Gesamtbestand des jeweiligen Plans.

Die Differenzen zu den bilanzierten Werten sind in nachfolgender Tabelle als relative Abweichung angegeben:

	Zins +0,25%	Zins -0,25%	+1 Jahr LE	- 1 Jahr LE
Abfertigung DBO	-2,04%	2,11%	-0,27%	-0,24%

Die folgende Tabelle zeigt die durchschnittlichen Laufzeiten (Duration) der jeweiligen Verpflichtungen (Werte in TEUR):

	Fälligkeitsprofil – DBO			DBO	Fälligkeitsprofil – Cash			Cash
	1-5 Jahre	6-10 Jahre	10+ Jahre	Duration	1-5 Jahre	6-10 Jahre	10+ Jahre	Duration
Abfertigungen	608	867	586	7,91	692	1.179	1.182	9,25

Die korrespondierenden Vergleichsinformationen aus dem Vorjahr gestalten sich wie folgt:

	Fälligkeitsprofil – DBO			DBO	Fälligkeitsprofil – Cash			Cash
	1-5 Jahre	6-10 Jahre	10+ Jahre	Duration	1-5 Jahre	6-10 Jahre	10+ Jahre	Duration
Abfertigungen	408	804	500	8,15	496	1.275	1.442	10,43

Für das Jahr 2015/16 sind ein Zinsaufwand von TEUR 29 und ein Dienstzeitaufwand von TEUR 70 geplant.

Die Barwerte der Abfertigungsverpflichtungen stellen sich im Berichtsjahr und den vier vorangegangenen Geschäftsjahren wie folgt dar:

In TEUR	31.03.2015	31.03.2014	31.03.2013	31.03.2012	31.03.2011
Barwert der Abfertigungs-verpflichtungen	2.061	1.712	1.857	1.671	1.797

Jubiläumsrückstellung:

	31.03.2015 (in TEUR)	31.03.2014 (in TEUR)
Dienstzeitaufwendungen	3	3
Zinsaufwand	3	3
Versicherungsmathematische Gewinne (-) / Verluste (+)	6	-16
Nettoaufwand des Jahres	12	-10

	31.03.2015 (in TEUR)	31.03.2014 (in TEUR)
Barwert der erworbenen Anwartschaften 01.04.	85	97
Dienstzeitaufwendungen	3	3
Zinsaufwand	3	3
Jubiläumsgeldzahlungen	-19	-2
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	6	-16
Barwert der erworbenen Anwartschaften 31.03.	77	85

Pensionsverpflichtungen, für die in Form von Rückstellungen vorzusorgen ist, bestehen nicht.

21 Finanzverbindlichkeiten

31. März 2015 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.200	8.998	0	15.198
Verbindlichkeiten aus Leasing	656	1.741	4.534	6.931
Gesamt	6.856	10.739	4.534	22.129

31. März 2014 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.200	10.200	0	14.400
Verbindlichkeiten aus Leasing	989	2.024	4.668	7.681
Gesamt	5.189	12.224	4.668	22.081

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stammen im Ausmaß von TEUR 10.198 (im Vorjahr TEUR 11.400) aus zwei langfristigen Krediten, die für den Kauf der Anteile an der Österreichische Staatsdruckerei GmbH im Geschäftsjahr 2008 im Gesamtwert von TEUR 25.000 aufgenommen wurden. Im Vorjahr wurden diese Kredite umgeschuldet und zur Gänze getilgt (TEUR 11.143). Zur Umschuldung wurden zwei langfristige Kredite im Gesamtwert von ursprünglich TEUR 12.000 aufgenommen. Im Berichtsjahr wurden TEUR 1.200 (im Vorjahr TEUR 600) getilgt. Zur Sicherstellung des Kredites wurden die Anteile an der Österreichische Staatsdruckerei GmbH an den Kreditgeber verpfändet. Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen in Höhe von TEUR 5.000 (im Vorjahr TEUR 3.000). Dingliche Sicherheiten bestehen bei den als Finanzierungsleasing bilanzierten Leasingvereinbarungen insoweit als der Leasinggeber zivilrechtlicher Eigentümer der geleasten Anlage ist.

22 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

31. März 2015 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.374	0	0	3.374
Gesamt	3.374	0	0	3.374

31. März 2014 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.376	0	0	3.376
Gesamt	3.376	0	0	3.376

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen umfassen offene Verpflichtungen aus dem Lieferungs- und Leistungsverkehr sowie aus laufenden Kosten. Das Management geht davon aus, dass der Buchwert der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ihrem beizulegenden Zeitwert entspricht. Dingliche Sicherheiten wurden nicht bestellt.

23 Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten

31. März 2015 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	1.199	1.614	2.813
Gesamt	0	1.199	1.614	2.813

31. März 2014 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	874	1.660	2.534
Gesamt	0	874	1.660	2.534

Die finanziellen Verbindlichkeiten betreffen einbehaltene Haftrücklässe zur Sicherstellung allfälliger Gewährleistungsansprüche für die gelieferten Chips.

24 Sonstige nicht finanzielle Verbindlichkeiten

31. März 2015 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Sonstige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	3.241	282	35	3.558
davon erhaltene Anzahlungen	*535*	*0*	*0*	*535*
davon aus Steuern	*901*	*0*	*0*	*901*
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	*184*	*0*	*0*	*184*
davon Abgrenzungen Personal	*1.483*	*230*	*0*	*1.713*
davon noch nicht fällige Zinsen	*21*	*0*	*0*	*21*
davon Ertragsabgrenzung	*113*	*52*	*35*	*200*
davon sonstige Abgrenzungen	*4*	*0*	*0*	*4*
Gesamt	3.241	282	35	3.558

31. März 2014 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Sonstige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	2.691	316	49	3.056
davon erhaltene Anzahlungen	*240*	*0*	*0*	*240*
davon aus Steuern	*837*	*0*	*0*	*837*
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	*188*	*0*	*0*	*188*
davon Abgrenzungen Personal	*1.323*	*264*	*0*	*1.587*
davon noch nicht fällige Zinsen	*30*	*0*	*0*	*30*
davon Ertragsabgrenzung	*70*	*52*	*49*	*171*
davon sonstige Abgrenzungen	*2*	*0*	*0*	*2*
Gesamt	2.691	316	49	3.056

Die Verbindlichkeiten aus Steuern betreffen insbesondere Umsatzsteuern. Die Abgrenzungen für Personalverpflichtungen umfassen im Wesentlichen abgegrenzte Urlaubsansprüche und Zeitguthaben sowie anteilige Sonderzahlungen und Verbindlichkeiten aus Löhnen, die erst nach dem Bilanzstichtag ausbezahlt wurden. Die noch nicht fälligen Zinsen betreffen Zinsabgrenzungen für aufgenommene Kredite. Im Berichtsjahr wurde eine umsatzverringernde Abgrenzung in Höhe von TEUR 100 (im Vorjahr TEUR 56) vorgenommen.

Mit Blick auf die Zukunft

C Sonstige Angaben zum Konzernabschluss

1 Segmentberichterstattung

Operative Segmente

* Segment Security Print
* Segment e-government

Das Segment Security Print umfasst den Entwurf und die Herstellung von Hochsicherheitsdruckprodukten. Dies beinhaltet neben Blanko-Identitätsdokumenten auch Gutscheine, Briefmarken, Sicherheitszertifikate und Brieflose.

Im Segment e-government wird die Entwicklung, Implementierung und Bereitstellung von Personalisierungslösungen für Identitätsdokumente angeboten. Weiters werden im OeSD- Personalisierungszentrum Identitätsdokumente wie z.B. Reisepässe, Führerscheine und Personalausweise produziert und ausgeliefert.

Angaben zu den operativen Segmenten

Zur internen Performancemessung der Segmente wird das Betriebsergebnis (EBIT) herangezogen. Diese Erfolgsgröße entspricht daher dem Segmentergebnis im Sinne von IFRS 8.23. Innenumsätze zwischen den beiden Segmenten liegen nicht vor. Die Wertansätze für die Segmentberichterstattung entsprechen grundsätzlich den, auf den IFRS-Konzernabschluss angewendeten, Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Ein Unterschied besteht lediglich darin, dass sich die interne Berichterstattung am Umsatzkostenverfahren orientiert, während die externe Berichterstattung nach dem Gesamtkostenverfahren erfolgt.

GJ 2014/15 in TEUR	Security-Print	e-government	Gesamt
Umsatzerlöse	15.700	20.168	35.869
aktivierte Eigenleistungen	0	460	460
sonstige betriebliche Erträge	84	559	643
Segmentaufwendungen (ohne Abschreibungen)	-13.349	-16.216	-29.565
Segment EBITDA	2.435	4.972	7.407
Abschreibungen	-546	-1.286	-1.832
Segment EBIT	1.889	3.686	5.575

GJ 2013/14 in TEUR	Security-Print	e-government	Gesamt
Umsatzerlöse	14.673	19.599	34.272
aktivierte Eigenleistungen	0	462	462
sonstige betriebliche Erträge	182	58	240
Segmentaufwendungen (ohne Abschreibungen)	-12.433	-15.937	-28.370
Segment EBITDA	2.423	4.182	6.604
Abschreibungen	-556	-1.145	-1.701
Segment EBIT	1.866	3.037	4.903

Mit Ausnahme der Umsatzboni von Lieferanten waren weder im Geschäftsjahr 2014/15 noch im Vorjahr wesentliche nicht zahlungswirksame Erträge zu verzeichnen, die Auswirkungen auf das Segmentergebnis gehabt hätten.

Mit Ausnahme der gesondert ausgewiesenen Abschreibungen waren weder für das Geschäftsjahr 2014/15 noch für das Vorjahr wesentliche nicht zahlungswirksame Aufwendungen zu verzeichnen.

Die bedingten Angaben zum Segmentvermögen unterbleiben, da das interne Berichtswesen für das Management diesbezüglich keine Unterteilung des Vermögens in die beiden Segmente enthält. Gleiches gilt auch für die bedingten Angaben zu den Segmentschulden.

Segmentübergreifende Angaben

Geografische Angaben

Die Umsatzerlöse von externen Kunden nach Absatzmärkten (Sitz der Kunden) stellen sich wie folgt dar:

	2014/15 (in TEUR)	2013/14 (in TEUR)
Österreich	30.131	29.398
EU	1.077	1.350
Drittland	4.661	3.524
Gesamt	35.869	34.272

Da die Gesellschaft ihren operativen Betrieb ausschließlich von Österreich aus führt, befinden sich alle Vermögenswerte im Inland.

Es gibt kein Drittland dem Umsatzerlöse von mehr als 10% zugeordnet sind.

Angaben zu wesentlichen Kunden
Gemäß IFRS 8.34 bestehen Informationspflichten zu den wesentlichen Kunden. Als solche sind diejenigen anzusehen, mit denen der Konzern mindestens 10% seiner gesamten externen Umsatzerlöse erzielt.

Als wesentlicher Kunde im Sinne dieser Bestimmung zählt die Republik Österreich (einschließlich der mit der mittelbaren Bundesverwaltung betrauten Organe der Landesverwaltung wie beispielsweise Bezirkshauptmannschaften und Magistrate). Mit der Republik Österreich wurden im Geschäftsjahr 2014/15 Umsätze in Höhe von TEUR 25.087 erzielt (im Vorjahr TEUR 23.431), welche beide Segmente betreffen.

2 Haftungen

Zum 31. März 2015 bestehen Haftungsverhältnisse in der Höhe von TEUR 244 (im Vorjahr TEUR 2.561). Eine Inanspruchnahme der Haftungen ist unwahrscheinlich. Im Berichtsjahr ist eine gegebene Bankgarantie an die Republik Kosovo in Höhe von TEUR 1.413 abgelaufen.

Diese betreffen Biet- und Liefergarantien, die der Konzern im Rahmen von Ausschreibungen gegenüber potentiellen Kunden in Form von Bankgarantien zu erbringen hat. Mit der UniCredit Bank Austria AG bestehen diesbezüglich Vereinbarungen über abrufbare Garantiesummen.

3 Finanzinstrumente

Risikomanagement

Finanzinstrumente sind auf Vertrag basierende wirtschaftliche Vorgänge, die einen Anspruch auf Zahlungsmittel beinhalten. Gemäß IAS 32 gehören hierzu einerseits originäre Finanzinstrumente wie Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen oder auch Finanzforderungen und Finanzschulden. Derivative Finanzinstrumente, die ebenfalls unter diese Kategorie fallen würden, liegen im Konzern nicht vor.

Der Konzern unterliegt hinsichtlich seiner Vermögenswerte und Verbindlichkeiten verschiedenen Finanzrisiken. Finanzielles Risikomanagement wird dabei als Summe unterschiedlicher Maßnahmen verstanden, die darauf abzielen, Risiken zu beherrschen und die nachhaltige Ertragskraft des Konzerns zu sichern.

Finanzrisiken sind wie folgt definiert:

- Kreditrisiko
- Währungsrisiko
- Zinsrisiko
- Liquiditätsrisiko
- Preisrisiko

Das Finanzmanagement im Konzern erfolgt zentral durch die Abteilung Finanzen in der Österreichische Staatsdruckerei GmbH, die die übrigen Konzerngesellschaften serviciert. Durch diese Zentralisierung kann das Risikomanagement ebenso zentral durchgeführt werden.

Kreditrisiko

Unter Kreditrisiko wird ein unerwarteter Verlust an finanziellen Vermögenswerten verstanden (z.B. Ausfall von Forderungen in Folge Zahlungsunfähigkeit von Kunden). Das maximale Kreditrisiko wird durch die Buchwerte der in der Bilanz angesetzten finanziellen Vermögenswerte zuzüglich bestehender Haftungen wiedergegeben und beträgt zum 31.03.2015 TEUR 10.657 (im Vorjahr TEUR 12.289).

Die Außenstände aus Lieferungen und Leistungen werden laufend zentral überwacht. Die Kunden des Konzerns sind im überwiegenden Ausmaß öffentliche Stellen bzw. Postgesellschaften. In den letzten fünf Jahren kam es lediglich bei einem Kunden zu einer wesentlichen Forderungsabschreibung. Zu dieser abgeschriebenen Forderung konnte im Geschäftsjahr 2010/11 allerdings ein Zahlungseingang in voller Höhe verbucht werden.

Die Zahlungen erfolgen grundsätzlich innerhalb der vereinbarten Zahlungsziele bzw. im Rahmen üblicher länderspezifischer Überschreitungen. Aufgrund dieser Erfahrungswerte werden keine Wertberichtigungen für erforderlich gehalten.

Die im Konzernabschluss zum 31.03.2013 gebildeten Wertberichtigungen für Forderungen betreffen ausschließlich Ansprüche aus einem Liefervertrag mit der Republik Kosovo. Die berücksichtigten Wertminderungs- und Ausfallrisiken wurden dabei durch ein doloses Verhalten der für den Konzern im Kosovo tätig gewesenen Vertreterin, möglicherweise auch in Kollusion mit Vertretern des Ministeriums im Kosovo, hervorgerufen. Es handelt sich hierbei um einen Einzelfall. Der Konzern hat am 1. Februar 2013 eine Schiedsgerichtsklage gegen die Republik Kosovo bei der Internationalen Handelskammer in Paris eingebracht. Anteilige Prozess- und Verfahrenskosten wurden bei der Ermittlung der aus den Forderungen resultierenden erwarteten Zahlungsflüssen in Abzug gebracht.

Im Vorjahr hat sich das Schiedsgericht konstituiert. In einem ersten Verfahrensschritt hat das Schiedsgericht seine Zuständigkeit geprüft und bestätigt. Im zweiten Verfahrensschritt erfolgt die materielle Prüfung durch das Schiedsgericht. Eine diesbezügliche Entscheidung steht noch aus. Die im Vorjahr gebildeten Wertberichtigungen wurden unverändert fortgeschrieben, da aus dem laufenden Verfahren noch keine neuen Erkenntnisse gewonnen werden konnten.

Das Risiko bei anderen auf der Aktivseite der Bilanz dargestellten Finanzinstrumente (insb. Guthaben bei Kreditinstituten) ist ebenfalls als gering anzusehen, da es sich bei den Vertragspartnern um Finanzinstitute mit guter Bonität handelt.

Währungsrisiko

Die Forderungen und Verbindlichkeiten des Konzerns bestehen im Wesentlichen in Euro. Das Währungsrisiko zum Bilanzstichtag ist somit sehr gering.

Offene Forderungen in Fremdwährungen

	31.03.2015	31.03.2014
In Tsd. USD	0	210
In Tsd. BGN	331	0

Die Einkaufs- und Vertriebspolitik ist auch zukünftig darauf ausgerichtet, dass in Heimwährung fakturiert wird. So dies nicht durchsetzbar ist, wird bei zukünftigen Projekten der Einsatz von Absicherungsmaßnahmen geprüft.

Zinsrisiko

Der Konzern ist hinsichtlich seiner Finanzverbindlichkeiten Zinsänderungsrisiken ausgesetzt. Das Zinsänderungsrisiko resultiert dabei insbesondere aus variabel verzinslichen Finanzverbindlichkeiten. Zum 31.03.2015 waren wie im Vorjahr 100% der langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie sämtliche Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingvereinbarungen variabel verzinst.

Zinsänderungsrisiken werden gemäß IFRS 7 mittels Sensitivitätsanalysen dargestellt. Im Rahmen der Sensitivitätsanalyse wird ermittelt, welche Auswirkung eine Änderung der Marktzinssätze auf die Zinserträge und Zinsaufwendungen sowie auf das Eigenkapital zum Bilanzstichtag nehmen würde. Wenn das Marktzinsniveau, bezogen auf den 31.03.2015, um 50 Basispunkte höher gewesen wäre, so hätte dies auf das Finanzergebnis des folgenden Jahres einen negativen Effekt in Höhe von TEUR 83 (im Vorjahr TEUR 85).

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, sich nicht jederzeit Finanzmittel beschaffen zu können, um eingegangene Verbindlichkeiten zu begleichen. Die Beherrschung des Liquiditätsrisikos erfolgt im Konzern durch vorausschauende Liquiditätsplanung, die Vereinbarung ausreichender Kreditlinien sowie die ausreichende Diversifizierung der Kreditgeber.

Preisrisiko

Im nationalen Markt existieren langfristige Lieferverträge mit unseren Kunden, mit indexierten Verkaufspreisen. Auf der Beschaffungsseite existieren für die wesentlichen Vorprodukte ebenfalls mittel- und langfristige Rahmenverträge. Das Preisrisiko halten wir daher für gering.

Wesentliche Preisrisiken in Bezug auf Finanzinstrumente liegen nicht vor.

Derivative Finanzinstrumente

Im Konzern wurden sowohl im Berichtsjahr als auch im Vorjahr keine derivativen Finanzinstrumente eingesetzt.

Zusätzliche Angaben zu den Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte werden bei ihrem erstmaligen Ansatz mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Dabei sind bei allen finanziellen Vermögenswerten, die in der Folge nicht erfolgswirksam bewertet werden, die dem Erwerb direkt zurechenbaren Transaktionskosten zu berücksichtigen.

Zahlungsmittel, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie finanzielle Vermögenswerte haben überwiegend kurze Restlaufzeiten. Daher entsprechen deren Buchwerte zum Abschlussstichtag näherungsweise dem beizulegenden Zeitwert (IFRS 7.29 (a)).

Finanzielle Verbindlichkeiten werden bei ihrem erstmaligen Ansatz mit dem beizulegenden Zeitwert und in der Folgebewertung mit den fortgeführten Anschaffungskosten (FLAC) bewertet.

Aus der nachstehenden Tabelle sind die vertraglich vereinbarten (undiskontierten) Zins- und Tilgungszahlungen der originären finanziellen Verbindlichkeiten ersichtlich:

(in TEUR)	Buchwert 31.03.2015	Cash-Flows GJ 2015/16		Cash-Flows GJ 2016/17 – 2019/20		Cash-Flows GJ 2020/21 ff	
		Zinsen GJ 2015/16	Tilgung GJ 2015/16	Zinsen GJ 2016/17 – 2019/20	Tilgung GJ 2016/17 – 2019/20	Zinsen GJ 2020/21 – ff.	Tilgung GJ 2020/21 – ff.
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15.198	195	6.200	418	8.998	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.374	0	3.374	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	6.931	185	656	591	1.741	361	4.534
Sonstige verzinsliche Verbindlichkeiten	2.813	1	0	3	1.199	1	1.614

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige finanzielle Verbindlichkeiten haben in der Regel kurze Restlaufzeiten. Die bilanzierten Werte stellen näherungsweise die beizulegenden Zeitwerte dar. Die beizulegenden Zeitwerte von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten werden als Barwerte der mit den Schulden verbundenen Zahlungen unter Zugrundelegung der jeweils gültigen Zinskurve ermittelt.

Bewertungskategorie nach IAS 39

Die Entwicklung der Aktiva und Passiva hinsichtlich der Bewertungskategorien nach IAS 39 stellt sich wie folgt dar:

Aktiva 31.03.2015 (in TEUR)	Zuordnung	Buchwert 31.03.2015	Fortgeführte Anschaffungskosten	Anschaffungskosten	Fair Value erfolgsneutral	Fair Value erfolgswirksam	Fair Value 31.03.2015
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente		2.392	2.392	0	0	0	2.392
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	LaR	7.716	7.716	0	0	0	7.716
Finanzielle Vermögenswerte		305	211	0	0	94	305
davon Wertpapiere	*HfT*	*94*	*0*	*0*	*0*	*94*	*94*
sonstige finanzielle Vermögenswerte	*LaR*	*211*	*211*	*0*	*0*	*0*	*211*

Passiva 31.03.2015 (in TEUR)	Zuordnung	Buchwert 31.03.2015	Fortgeführte Anschaf-fungskosten	Anschaf-fungskosten	Fair Value erfolgs-neutral	Fair Value erfolgs-wirksam	Fair Value 31.03.2015
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	FLAC	3.374	3.374	0	0	0	3.374
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	FLAC	15.198	15.198	0	0	0	15.198
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	FLAC	6.931	6.931	0	0	0	6.931
Finanzielle Verbindlichkeiten	FLAC	2.813	2.813	0	0	0	2.813

Aktiva 31.03.2014 (in TEUR)	Zuordnung	Buchwert 31.03.2014	Fortgeführte Anschaf-fungskosten	Anschaf-fungskosten	Fair Value erfolgs-neutral	Fair Value erfolgs-wirksam	Fair Value 31.03.2014
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente		3.377	3.377	0	0	0	3.377
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	LaR	6.218	6.218	0	0	0	6.218
Finanzielle Vermögenswerte		80	0	0	0	80	80
davon Wertpapiere	*HfT*	*80*	*0*	*0*	*0*	*80*	*80*
sonstige finanzielle Vermögenswerte	*LaR*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*

Passiva 31.03.2014 (in TEUR)	Zuordnung	Buchwert 31.03.2014	Fortgeführte Anschaf-fungskosten	Anschaf-fungskosten	Fair Value erfolgs-neutral	Fair Value erfolgs-wirksam	Fair Value 31.03.2014
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	FLAC	3.375	3.375	0	0	0	3.375
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	FLAC	14.400	14.400	0	0	0	14.400
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	FLAC	7.681	7.681	0	0	0	7.681
Finanzielle Verbindlichkeiten	FLAC	2.534	2.534	0	0	0	2.534

Lediglich die Anteile an einer in Ungarn bzw. an einer in Griechenland börsennotierten Gesellschaft werden mit dem Fair Value bewertet. Für die Bewertung wird der Börsenkurs zum Bilanzstichtag herangezogen. Es handelt sich somit um Bewertungen nach Level 1 der Fair Value Hierarchie. Der Fair Value zum 31.03.2015 beträgt TEUR 94 (im Vorjahr TEUR 80).

Nettofinanzergebnis nach Bewertungskategorien

GJ 2014/15 (in TEUR)	Zinsen	Dividende	FX-Bewertung	Wert-minderung	Wert-steigerung	Netto-ergebnis
Held for trading (aktiv)	0	2	0	0	14	16
Financial liabilities at amortized cost	-465	0	0	0	0	-465
Nettoergebnis	-465	2	0	0	14	-449

GJ 2013/14 (in TEUR)	Zinsen	Dividende	FX-Bewertung	Wert-minderung	Wert-steigerung	Netto-ergebnis
Held for trading (aktiv)	0	1	0	0	19	20
Financial liabilities at amortized cost	-497	0	0	0	0	-497
Nettoergebnis	-497	1	0	0	19	-477

4 Leasing

Leasingnehmer

Der Konzern ist mehrere Vertragsverhältnisse als Leasingnehmer eingegangen. Bei einem Teil der eingegangenen Vereinbarungen handelt es sich um operative Leasinggeschäfte, die diverse Betriebs- und Geschäftsausstattung (Kopiergeräte, Personenkraftwagen) betreffen. Zum 31.03.2015 sehen die Verträge dabei Laufzeiten bis zu 59 Monaten vor.

Die künftigen Mindestleasingzahlungen aufgrund von operativen Leasingverträgen setzen sich für jede der folgenden Perioden wie folgt zusammen, wobei im Wesentlichen eine Kündigungsfrist von drei Monaten einzuhalten ist:

31. März 2015 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Betriebs- u. Geschäftsausstattung	124	55	0	178
Gesamt	124	55	0	178

31. März 2014 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Betriebs- u. Geschäftsausstattung	109	78	0	187
Gesamt	109	78	0	187

Im Geschäftsjahr 2014/15 wurden Leasingzahlungen in der Höhe von rund TEUR 162 (im Vorjahr TEUR 184) als Aufwand erfasst.

Darüber hinaus werden bestimmte Sachanlagen im Rahmen von Finanzierungsleasingvereinbarungen beschafft. Diese betreffen insbesondere technische Anlagen und Maschinen (Personalisierungsanlagen, Lasersysteme, Kuvertierungsmaschinen, Papierzählmaschinen) sowie Serverlandschaften. Weiters ist auch die Leasingvereinbarung über die Betriebsliegenschaft Tenschertstraße 7 (1230 Wien) als Finanzierungsleasing einzustufen. Die Restlaufzeiten der Vereinbarungen liegen zwischen ein und neun Jahren. Es handelt sich durchgängig um variabel verzinste Verpflichtungen, die sich nach 3-Monats-EURIBOR bzw. 6-Monats-EURIBOR inklusive eines vertraglich vereinbarten Aufschlages bemessen. Alle Leasingvereinbarungen basieren auf schriftlich festgelegten Vertragslaufzeiten. Es wurden keine Vereinbarungen über bedingte Mietzahlungen getroffen.

Die Nettobuchwerte der Finanzierungsleasing-Anlagen je Gruppe von Vermögenswerten und deren Entwicklung sind aus folgender Darstellung ersichtlich.

	Anschaffungs- bzw. Herstellkosten				Buchwerte		Abschreibung		
(in TEUR)	Stand 01.04.2014	Zugänge	Abgänge	Stand 31.03.2015	31.03.2015	31.03.2014	kumuliert 31.03.2014	Geschäftsjahr	kumuliert 31.03.2015
Gebäude	9.557	0	0	9.557	8.571	8.757	800	187	986
Technische Anlagen und Maschinen	5.833	0	0	5.833	1.776	2.344	3.488	568	4.057
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	393	304	0	697	46	142	252	105	357
Gesamt	15.783	304	0	16.087	10.392	11.243	4.540	860	5.400

Zum Bilanzstichtag hatte der Konzern mit den Vermietern die folgenden Mindestleasingzahlungen aus den Finanzierungsleasingverträgen vertraglich vereinbart:

31. März 2015 (in TEUR)	Mindestleasing-zahlungen	Enthaltener Zinsaufwand	errechneter Barwert
< 1 Jahr	841	185	656
1 – 5 Jahre	2.333	591	1.741
> 5 Jahre	4.895	361	4.534
Gesamt	8.069	1.137	6.931

Mindestleasingzahlungen	8.069
abzgl. Zinsaufwand	-1.137
Barwert der Leasingzahlungen	6.931
abzgl. kurzfristiger Barwertanteil	-656
langfristige Leasingverbindlichkeiten	6.275

31. März 2014 (in TEUR)	Mindestleasing-zahlungen	Enthaltener Zinsaufwand	errechneter Barwert
< 1 Jahr	1.170	181	989
1 – 5 Jahre	2.646	622	2.024
> 5 Jahre	5.169	501	4.668
Gesamt	8.985	1.304	7.681

Mindestleasingzahlungen	8.985
abzgl. Zinsaufwand	-1.304
Barwert der Leasingzahlungen	7.681
abzgl. kurzfristiger Barwertanteil	-989
langfristige Leasingverbindlichkeiten	6.692

Leasinggeber

Es besteht lediglich ein Mietverhältnis, bei dem der Konzern Leasinggeber ist. Es handelt sich dabei um ein operatives Leasing. Die jährlichen Erträge betragen TEUR 13, die Restlaufzeit beträgt sieben Jahre. Sämtliche Leasingzahlungen wurden vom Leasingnehmer bereits zu Beginn des Vertragsverhältnisses im Voraus entrichtet und werden im Konzernabschluss entsprechend über die Laufzeit der Vereinbarung ertragswirksam erfasst. Die noch nicht ertragswirksam vereinnahmten Entgelte werden als Abgrenzungsposten auf der Passivseite in den sonstigen Verbindlichkeiten dargestellt.

5 Transaktionen mit nahestehenden Personen bzw. Unternehmen

Als nahestehende Personen bzw. Unternehmen werden die beiden Kernaktionäre, die G3 Industrie Privatstiftung und die GRT Privatstiftung, sowie die von ihnen beherrschten oder ihnen nahestehenden Personen und Unternehmen behandelt. Weiters zählen zu den nahestehenden Personen auch die Mitglieder des Aufsichtsrates und die Mitglieder des Vorstands.

Die Österreichische Staatsdruckerei GmbH kaufte, wie im Vorjahr, im abgelaufenen Geschäftsjahr auf Basis einer schriftlichen Vereinbarung von der ECP Capital Partners GmbH (Beteiligung von Herrn Dr. Strohmayer und Herrn Ing. Schächter) Beratungsleistungen im Wert von unverändert TEUR 390 zu. Von der Rubicon IT GmbH (mittelbare Beteiligung über Stiftungen von Herrn Dr. Strohmayer und Herrn Ing. Schächter) wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr IT-Programmierleistungen im Wert von TEUR 325 (im Vorjahr TEUR 78) bezogen.

Zum 31.03.2015 bestehen Forderungen gegen nahestehende Personen in der Höhe von TEUR 117. Zum 31.03.2014 bestanden weder Forderungen noch Verbindlichkeiten mit nahestehenden Personen.
Zur Bedienung des Aktienoptionsprogramms fand von 30.09.2013 bis 18.10.2013 ein Aktienrückkaufprogramm statt, in dessen Rahmen 112.500 Aktien (entspricht 1,5% des Grundkapitals) zur Bedienung des Aktienoptionsprogramms erworben wurden. Das Programm erfolgte börslich und außerbörslich mit einer Preisspanne von EUR 11,00 bis EUR 11,80 pro Stück. Der tatsächliche Ankauf der Gesamtstückzahl erfolgte außerbörslich zu einem Preis von EUR 11,80 und somit mit einem Gesamtvolumen von TEUR 1.328. Verkäufer waren jeweils zur Hälfte die G3 Industrie Privatstiftung und die GRT Privatstiftung.

Zur Bedienung des Aktienoptionsprogramms fand von 04.09.2014 bis 19.09.2014 ein Aktienrückkaufprogramm statt, in dessen Rahmen 112.500 Aktien (entspricht 1,5% des Grundkapitals) zur Bedienung des Aktienoptionsprogramms erworben wurden. Das Programm erfolgte börslich und außerbörslich mit einer Preisspanne von EUR 11,00 bis EUR 12,10 pro Stück. Der tatsächliche Ankauf der Gesamtstückzahl erfolgte außerbörslich zu einem Preis von EUR 12,10 und somit mit einem Gesamtvolumen von TEUR 1.361. Verkäufer waren jeweils zur Hälfte die G3 Industrie Privatstiftung und die GRT Privatstiftung.

Mangels Vorliegen von wegen Unwesentlichkeit nicht konsolidierter Unternehmen entfallen die diesbezüglichen Angaben zu Geschäftsbeziehungen.

6 Erläuterungen zur Konzern Geldflussrechnung

Die Geldflussrechnung zeigt, wie sich die Zahlungsmittel des Konzerns im Laufe des Berichtsjahres durch Mittelzu- und Mittelabflüsse verändert haben. Innerhalb der Geldflussrechnung wird zwischen Zahlungsströmen aus der Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit unterschieden. Die in der Geldflussrechnung ausgewiesene Liquidität umfasst Kassabestand und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Darstellung der operativen Teile der Geldflussrechnung erfolgt nach der indirekten Methode. Im Bereich der Investitions- und Finanzierungstätigkeit wurden die Auswirkungen aus neuen Finanzierungsleasingvereinbarungen in Höhe von TEUR 304 (im Vorjahr TEUR 151) als unbare Vorgänge entsprechend berücksichtigt. Im Bereich der Investitionstätigkeit wurden Bereinigungen für noch nicht bezahlte Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Anlagenzugängen in der Höhe von TEUR 90 vorgenommen.

Der Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit beträgt TEUR -4.075 (im Vorjahr TEUR -4.438) und ergibt sich aus der Tilgung von Krediten und Leasingverbindlichkeiten, dem Kauf der eigenen Anteile sowie aus der Dividendenausschüttung.

7 Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Zwischen dem Bilanzstichtag zum 31.03.2015 und der Freigabe zur Veröffentlichung am 26.05.2015 gab es keine angabenpflichtigen Ereignisse.

8 Organe der Muttergesellschaft

Der Vorstand der Gesellschaft setzt sich aus Ing. Robert Schächter (Vorstandsvorsitzender), Prof. Reinhart Gausterer und Mag. Helmut Lackner zusammen. Es sind keine Prokuristen bestellt.
Als Aufsichtsräte sind Dr. Johannes Strohmayer (Vorsitzender), Dr. Wilfried Stadler (stellvertretender Vorsitzender), Mag. Wilhelm Hemetsberger (stellvertretender Vorsitzender) und seit 11.07.2014 Dr. Peter Hoffmann-Ostenhof bestellt. Vom Betriebsrat wurden Herr Alfred Hahn und Herr Robert Nebel als Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat entsandt. Die konstituierende Aufsichtsratssitzung der Gesellschaft fand am 24.06.2010 statt. Sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrates sind auch Mitglieder des Prüfungsausschusses. Herr Robert Nebel scheidet mit 31.03.2015 aus dem Aufsichtsrat aus, künftig wird Herr Martin Smit als Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat vertreten sein.

Für die Übernahme der Geschäftsführung in der Österreichische Staatsdruckerei GmbH haben die Mitglieder des Vorstands Vergütungen wie folgt erhalten:

	2014/15 (in TEUR)	2013/14 (in TEUR)
Laufende Bezüge	514	473
davon variable Prämienbestandteile	149	131
Abfindung Aktienoptionsprogramm	402	0
Summe ausbezahlte Bezüge	917	473

An Beiträgen zu Mitarbeitervorsorgekassen und Abfertigungsrückstellungsdotierung wurden TEUR 23 (im Vorjahr TEUR 12) entrichtet. Im Zusammenhang mit anteilsbasierten Vergütungen (Aktienoptionsprogramm) wurde zusätzlich ein Betrag von TEUR 197 (im Vorjahr TEUR 420) im Personalaufwand erfasst.

Darüber hinaus gibt es einen Managementvertrag mit der ECP Capital Partners GmbH in der Höhe von TEUR 390, der auch die Vorstandstätigkeit von Herrn Ing. Schächter miteinschließt.

Die Aufsichtsräte erhielten wie im Vorjahr eine Vergütung von TEUR 16.

Es wurden keine Vorschüsse oder Kredite an Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrates gewährt. Zugunsten des Vorstands oder der Aufsichtsräte wurden keine Haftungsverhältnisse eingegangen.

Der Vorstand hat den Konzernabschluss am 26.05.2015 freigegeben und zur Prüfung und Billigung an den Aufsichtsrat weitergeleitet.

Wien, 26. Mai 2015

Ing. Robert Schächter
Vorstandsvorsitzender

Prof. Reinhart Gausterer
Vorstandsmitglied

Mag. Helmut Lackner
Vorstandsmitglied

Vorstand der
Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Konzernabschluss

Wir haben den beigefügten Konzernabschluss der
Österreichische Staatsdruckerei Holding AG, Wien

für das Geschäftsjahr vom 1. April 2014 bis zum 31. März 2015 geprüft. Dieser Konzernabschluss umfasst die Konzernbilanz zum 31. März 2015, die Konzerngesamtergebnisrechnung für das Geschäftsjahr 2014/15, die Konzerngeldflussrechnung für das Geschäftsjahr und die Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals für das am 31. März 2015 endende Geschäftsjahr sowie den Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2014/15.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Konzernabschluss und die Konzernbuchführung

Die gesetzlichen Vertreter des Konzerns sind für die Konzernbuchführung sowie für die Aufstellung und den Inhalt eines Konzernabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in Übereinstimmung mit International Financial Reporting Standards (IFRSs), wie sie in der EU anzuwenden sind, sowie mit den in Österreich geltenden anzuwendenden Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Konzernabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen, sei es auf Grund beabsichtigter oder unbeabsichtigter Fehler, ist; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Konzernabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Konzernabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Konzernabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Konzernabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen

Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen des Konzerns abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Konzernabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. März 2015 sowie der Ertragslage des Konzerns und der Zahlungsströme des Konzerns für das Geschäftsjahr vom 1. April 2014 bis zum 31. März 2015 in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRSs), wie sie in der EU anzuwenden sind, sowie mit den in Österreich geltenden anzuwendenden Vorschriften.

Aussagen zum Konzernlagebericht

Der Konzernlagebericht ist auf Grund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Konzernlagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage des Konzerns erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Konzernlagebericht mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob die Angaben nach § 243a UGB zutreffen.

Der Konzernlagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Konzernabschluss. Die Angaben gemäß § 243a UGB sind zutreffend.

Wien, am 26. Mai 2015

BDO Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

ppa MMag Helfried Schodl
Wirtschaftsprüfer

WIRTSCHAFTSPRÜFUNGS- UND STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT
BDO
Austria GmbH
BDO
Kohlmarkt 8 -10
1010 Wien

Mag Klemens Eiter
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Konzernabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Konzernabschluss samt Konzernlagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.

Dr. Johannes Strohmayer, Vorsitzender des Aufsichtsrates

Bericht des Aufsichtsrates der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Der Aufsichtsrat der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG hat im Geschäftsjahr 2014/15 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und sich von der ordnungsgemäßen Geschäftsführung überzeugt. Neben der Überwachung der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich der Aufsichtsrat vor allem mit der strategischen Ausrichtung des Unternehmens befasst. Im Berichtsjahr fanden vier ordentliche Aufsichtsratssitzungen und eine Sitzung des Prüfungsausschusses statt.

Der gemäß UGB erstellte Jahresabschluss der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG zum 31.03.2015 der gemäß den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellte Konzernabschluss zum 31.03.2015 und die Lageberichte für das Geschäftsjahr 2014/15 wurden von der BDO Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft in Einklang mit den in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die Prüfung hat keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben.

Die Überprüfung des Jahresabschlusses, des Konzernabschlusses zum 31.03.2015 und der Lageberichte für das Geschäftsjahr 2014/15 durch den Aufsichtsrat haben zu keinen Beanstandungen Anlass gegeben. Der Bericht des Abschlussprüfers BDO Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft wurde den Mitgliedern des Aufsichtsrates vorgelegt. Der Aufsichtsrat hat sich mit dem geprüften und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG zum 31.03.2015, dem Konzernabschluss zum 31.03.2015 sowie den Lageberichten für das Geschäftsjahr 2014/15 einverstanden erklärt, den Jahresabschluss der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG zum 31.03.2015 gebilligt und damit den Jahresabschluss gemäß § 96 Abs 4 Aktiengesetz festgestellt.

Wien, am 2. Juni 2015

Dr. Johannes Strohmayer
Vorsitzender des Aufsichtsrats

Vorschlag für die Gewinnverteilung

Der Vorstand wird in der am 10. Juli 2015 stattfindenden 5. ordentlichen Hauptversammlung vorschlagen, aus dem im Jahresabschluss zum 31.03.2015 ausgewiesenen Bilanzgewinn von EUR 12.491.462,00 eine Dividende von EUR 0,45 je (dividendenberechtigter) Aktie (in Summe EUR 3.273.750,00) auszuschütten und den verbleibenden Betrag in Höhe von EUR 9.217.712,00 auf neue Rechnung vorzutragen.

Wien, im Mai 2015

Der Vorstand der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Erklärung aller gesetzlichen Vertreter gemäß § 82 Abs. 4 Z3 BörseG

Als gesetzliche Vertreter der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG bestätigen wir nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Konzernabschluss zum 31. März 2015 ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt, dass der Konzernlagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Konzerns darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entsteht und dass der Konzernlagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen der Konzern ausgesetzt ist.

Wien, 26. Mai 2015

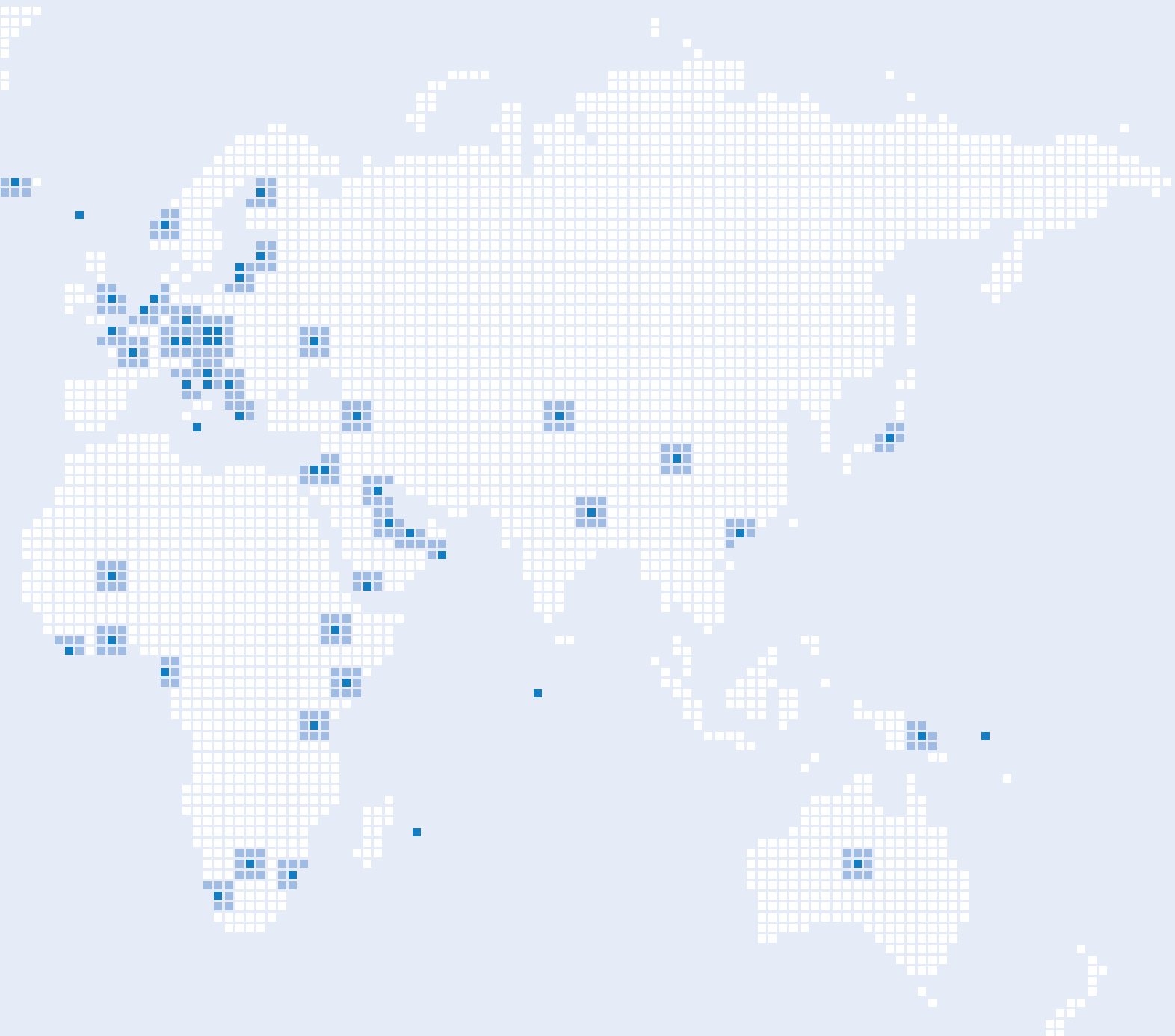
Ing. Robert Schächter
Vorstandsvorsitzender

Prof. Reinhart Gausterer
Vorstandsmitglied

Mag. Helmut Lackner
Vorstandsmitglied

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG
Tenschertstraße 7
1230 Wien

Sicherheit und Vertrauen weltweit.



Österreichische Staatsdruckerei AG
Tenschertstraße 7, 1230 Wien, Austria

Tel.: +43/1/206 66-0
Fax: +43/1/206 66-100
www.staatsdruckerei.at

Österreichische Staatsdruckerei